Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Kommunismus und Klassenkampf – Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)

RUB Bochum
Inst. z. Erforsch. d. europ. Arbeiterbew.
S2D 2200

1 200 Jahre – Geschichte der Klassenkämpfe in Osnabrück

780-1648. Die Bauern werden in feudale Abhängigkeit gezwungen und später, ebenso wie die Handwerker, an der Entwicklung der Produktivkräfte gehindert

Die Gründung des Bistums Osnabrück ist Bestandteil der feudalen Expansionspolitik des Frankenreiches unter Karl dem Großen. Bistümer wie Minden, Verden oder Osnabrück wurden gegründet als koloniale Stützpunkte im Sachsenland.

Die Organisation der Kirche bildet die Hauptstütze in der Kolonialpolitik Karls des Großen. So verwandelt er den ehemaligen Missionar Wiho kurzerhand in den ersten Bischof und Landesherrn von Osnabrück. Mit der Unterwerfung der Sachsen und anderer ostrheinischer Gebiete und der allmählichen Herausbildung des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation erfolgt der Aufbau eines ausgedehnten Feudalsystems bei gleichzeitig immer weitergehender Entrechtung der ehemals freien Bauern. Auch hierbei bildet die katholisch-römische Kirche wieder den entscheidenden Eckpfeiler. Gestützt auf Schenkungen von Seiten der Kaiser, angefangen bei Karl dem Großen, monopolisiert sie bald einen Großteil des Bodens, dessen Erträge über das kaiserl. Zehntgebot ebenfalls zu einem Großteil in ihre Taschen fließen.

Unter dem im Verlauf des Feudalismus immer drückender und kleinlicher werdenden Lasten der Bauern stagniert die Produktivkraftentwicklung in der Landwirtschaft bis weit in das 17. Jahrhundert. So war im Hochstift Osnabrück im 16. Jahrhundert die Drei-Felder-Wirtschaft noch nicht gebräuchlich und die landwirtschaftlichen Erträge entsprechend gering. Eine ähnliche Rolle, wie die feudalen Blutsauger auf dem Lande, spielte das gehobene Bürgertum, das Patriziat in den Städten. Zwar kam es im Zuge der großen Bauernkriege des 16. Jahrhundert auch in Osnabrück zu einzelnen Aufständen vor allem der kleineren Handwerker, jedoch ohne nennenswerten Erfolg.

Das deutsche Bürgertum hat seine klägliche Rolle innerhalb der deutschen Bauernkriege, an deren Niederschlagung es maßgeblich beteiligt war, auch im 30-jährigen Krieg nicht aufgegeben. Das Ergebnis ist die politische Dominanz der beiden modernen Mächte Frankreich und Schweden und die Zersplitterung Deutschlands in zig kleine und kleinste Staatengebilde. „Die brachen alle Häuser mit Gewalt auf, und plünderten auf die feindlichste Art. Sie droschen Hafer, was sie konnten, schlachteten Schweine, die sie von der Weide holten nach Belieben und nahmen alles Geflügel, das noch übrig war mit sich," beschreibt ein Zeitgenosse das Vorgehen der kaiserlich-habsburgischen Truppen. Die Einquartierung derselben Truppen zwang Bischof Franz Wilhelm der Stadt Osnabrück zur Durchführung seiner „Gegenreformation" auf. Eine Reihe Handwerker, vor allem Weber, verließen daraufhin Osnabrück, und kehrten erst zurück, nachdem die Schweden diesem Spuk ein Ende bereitet hatten. Auf dem Friedenskongress kann sich der Rat der Stadt Osnabrück nicht durchsetzen und gerät erneut unter den „krummen Stab" Franz Wilhelms und soll zusätzlich 80000 Taler an Schweden aufbringen. Das Siechtum des Feudalismus ist in ganz Deutschland ungebrochen, die Produktivkräfte sind gelähmt.

Unterwerfung der Sachsen und Gründung der Bistümer: die Kirche profitiert von der feudalen Unterdrückung der Bauern

33 Jahre brauchten der fränkische Adel und die Kirche zur Unterwerfung der Sachsen

Von 772 bis 804 bekämpften die Sachsen die „Christianisierungsversuche" des fränkischen Königs, der Adeligen und der Kirche. Einhard, ein Höfling Karls des Großen, berichtet vom Standpunkt der Kolonisatoren. Der Kirche versprach die „Bekehrung" die Vermehrung ihres Reichtums durch Plünderung der Bauern.

7. Nach Beendigung dieses Kriegs (gegen die Langobarden, Anm. der Verf.) wurde der sächsische, der nur unterbrochen schien, wieder aufgenommen, der langwierigste, grausamste und für das Frankenvolk anstrengendste, den es je geführt hat. Denn die Sachsen, die wie fast alle Völker Germaniens wild von Natur, dem Götzendienst ergeben und gegen unsere Religion feindselig waren, hielten es nicht für unehrenhaft, göttliches und menschliches Recht zu schänden und zu übertreten ... Der Krieg wurde also begonnen und von beiden Seiten mit großer Erbitterung, jedoch mehr zum Nachteil der Sachsen als der Franken, dreiunddreißig Jahre lang ununterbrochen fortgeführt. Er hätte früher zu Ende gebracht werden können, wenn das die Treulosigkeit der Sachsen zugelassen hätte. Es ist schwer zu sagen, wie oft sie besiegt waren und demütig sich dem König unterwarfen, seinen Anordnungen zu folgen versprachen, die ihnen abgeforderten Geiseln ohne Zögern stellten und die zu ihnen geschickten Beamten aufnahmen; waren sie doch einigemal so geschwächt und heruntergebracht, daß sie selbst den Götzendienst zu entsagen und den christlichen Glauben anzunehmen gelobten. Aber wenn sie einerseits mehrmals bereit waren, so waren sie andererseits stets eifrig bei der Hand, das Gegenteil zu tun ...
8. In diesem Krieg, so sehr er sich auch über einen langen Zeitraum hinzog, kämpfte Karl selbst doch nicht mehr als zweimal in ordentlicher Feldschlacht mit dem Feinde, das erstemal am Osning bei Detmold, das zweitemal an der Hase ... In diesen beiden Schlachten erlitten die Feinde eine solche Niederlage, daß sie den König nicht herauszufordern, und wenn er kam, ihm nur dann Widerstand zu leisten wagten, wenn die Örtlichkeit besonderen Schutz bot."

Rau, Reinhold (Bearb.): Quellen zur karolingischen Reichsgeschichte, Teil 1, Einhard: Leben Karls des Großen, Darmstadt 1977, S. 173 ff

779, März. Karl der Große. Allgemeines Zehntgebot. Kapitular von Herstall.

„Im 11. Jahr der Herrschaft unseres Herrn Karl, des ruhmreichsten Königs, wurde im Monat März ein Gesetz gemacht. Diesem Erlaß haben die zu einem Hoftag zusammengetretenen Bischöfe, Äbte und erlauchten Grafen gemeinsam mit unserem so frommen Herrn dem göttlichen Willen gemäß aus gewichtigen Gründen zugestimmt: 7. Von den Zehnten: Jedermann soll seinen Zehnten geben. Auf Geheiß des Bischofs werde er verwaltet. 13. Von den Kirchengütern aber, soweit sie bisher Zins geben, soll der Zehnte und der Neunte mit dem Zins selber entrichtet werden. Soweit sie bisher keinen gegeben haben, sollen entsprechend der Neunte und der Zehnte gegeben werden, von 50 Hofstätten 1 Schilling, von 30 Hofstätten ein halber Schilling, von 220 ein Drittel."

Franz, G. (Hrsg.): Quellen zur Geschichte des deutschen Bauernstandes im Mittelalter, Darmstadt 1967, Nr. 22

Die Bauern werden in die Hörigkeit von Kirche und Adel gezwungen.

Seit dem 11. Jh. gelang es der Kirche zunehmend, sich das Land der ehemals freien Bauern anzueignen. Friderici und Stüve schreiben dazu 1816: „Zuerst gelang es ihnen (den Bischöfen d. Hrgs.) mit den meisten Oberhöfen. Sie behielten die aus denselben gehende Gerichtsbarkeit, sowie die daran gehörende Jagd und Fischerei für sich und ließen die Höfe selbst durch gemeine Leute bauen. Diese waren nur ihre Verwalter und hießen ... Meyer. Nun werden die Höfe selbst Schulzen- und Meyerhöfe genannt ...

Auch mit den gemeinen Erben gingen ähnliche Veränderungen vor. Die Eigentümer derselben, Wehren oder Wehrfester genannt, fanden es bei den vielen Kriegen zu beschwerlich, stets zu Felde zu liegen ... Statt selbst zu Felde zu ziehen, verpflichteten sich nämlich die Höfebesitzer zur Entrichtung gewisser Abgaben an den Besitzer des Oberhofes sowie zu dessen Bebauung mittelst verschiedener Hand- und Spanndienste; dagegen warb und unterhielt der Inhaber des Oberhofes die von der Gemeinde zu stellende Dienstmannschaft. Nur noch zur Zeit der höchsten Not zogen die Wehrfester zu Felde. Es schied sich also der Wehrstand von dem Nährstande und ward nach den stattfindenden Verhältnissen bald geehrter wie dieser. Dies veranlaßte manchen Wehren, in die Dienstmannschaft zu treten und seinen Hof einem gemeinen Manne zur Bebauung zu überlassen. Das echte Eigentum an dem Hofe, welches vornehmlich in der Stimmbarkeit im Staate und in der Jagd und Fischerei bestand und Erbecht oder Erbexenschaft hieß, behielt er sich dann aber vor. Ein gleiches tat die Geistlichkeit, welche durch Schenkung und Kauf viele gemeine Erben an sich brachte." (Friderici-Stüve: a.a.O. 1. Teil, S. 70f)

„Kund sei allen Christgläubigen in Gegenwart und Zukunft, daß der Freigelassene Werinbreht mit Billigung und Zustimmung seines rechtmäßigen Erben Heio seinen unterschriebenen Grundbesitz mit den untengenannten Unfreien dem Bistum Osnabrück übergeben hat. Er übertrug in die Hand des Bischofs Alberich und seines Vogtes Wal, indem er nach üblichem Brauch ihnen mit dem Finger die sofortige Auflassung der Schenkung versprach, die folgenden Grundstücke und Unfreie: in Buscon 2 Hufen, in Thiene 1 Hufe, in Walsum 1 Hufe und in Hörsten 1 Hufe. Und folgende Unfreie (55 Namen) sowie alle anderen, die er besetzt oder künftig besitzen wird, deren Namen er nicht wußte. Kurz darauf aber übergab er sich selbst dem Bistum mit allem seinem gegenwärtigen und zukünfigen Besitz aus Liebe und Verehrung für den Bischof. In feierlicher Verpflichtung, wie ein abhängiger Höriger von Rechts wegen muß, schwor er Bistum und Bischof die Treue. Deshalb übergab der Bischof in Gegenwart seiner Getreuen, Kleriker und Laien, durch die Hand seines Vogtes diesem Werinbreht alles das zu Lehen, was er übergeben hatte, und außerdem zwei Pfund vom Zehnten und von den Abgaben, die ihm jährlich bei seiner Bereisung von den Gütern des Abtes von Corvey geschuldet werden. Spelz, Roggen, Gerste, Hafer und Braugerste im Werte von 2 Pfund und jährlich zwei Fuder Wein. Wenn aber der Wein, was oft vorkommt, mißrät, soll er statt dessen zwei Mark entweder in Silber oder Spelz im Werte davon erhalten. In jedem Jahr darf er zwei Stück Wild, einen Hirsch und eine Hirschkuh entweder selbst erlegen oder nach seinem Belieben einem anderen zur Jagd überlassen. Werinbreht und seine Gattin Hazucha sollen derart das Übergebene zusammen mit dem Erworbenen Zeit ihres Lebens ohne jegliche Belastung und Dienstverpflichtung besitzen und innehaben. Weiter sollen alle wissen, daß Werinbreht besonders zugesichert worden ist, daß ihn kein Bischof noch jemand anders zwingen kann, an einem Kriegszug teilzunehmen oder auf einen Königshof zu kommen. Wenn aber ein Bischof oder ein Vogt, was ferne sei, diese Vereinbarung brechen oder zunichte machen will, dann – das sollen alle christgläu-

bigen als festen Beschluß wissen – sollen Werinbreht und seine Frau Freiheit, Grundbesitz, Unfreie und alle ihre übrigen Güter, so wie sie diese zuvor besessen haben, ohne jeden Einspruch frei und uneingeschränkt zurückerhalten und besitzen. Und damit dies glaubhafter erscheine, hat der Bischof diese Urkunde, die zum Gedächtnis und zur Anerkennung dieses Sachverhaltes niedergeschrieben wurde, mit dem Abdruck seines Siegels gekennzeichnet. Zeugen: der Vogt Wal (9 Männer), vom Hofgesinde (8 Männer).
Franz, G.: a.a.O., Nr.52

Eine andere Einnahmequelle waren die Besitztümer der Nonnen.

„Orvieto, 1281, Juli 18.
Papst Martin ... entbietet der Äbtissin und dem Convent des Zisterzienser Klosters Bersenbrück im Bistum Osnabrück Gruß und Apostolischen Segen. ... geben wir Euch das Recht, die Grundstücke (Besitztümer) und andere bewegliche und unbewegliche Güter, in Anspruch zu nehmen und Euch zurückzuholen und auch zu behalten ohne Vorentscheidung fremder Rechtsansprüche, welche die Freien, die als Schwestern in Euer Kloster eingetreten sind und die eitle Welt hinter sich gelassen haben, als rechtmäßiges Erbe oder aufgrund irgendeines anderen Rechtstitels besessen hätten, wenn sie weltliche geblieben wären, ... Lehensgüter ausgenommen."

Osnabr. Urkundenbuch, Bd. 4, Nr. 22 (eigene Übers.)

Stüve beschreibt, daß alles Land zur Zeit der Gründung des Bistums bereits als Privateigentum oder als von mehreren Bauernschaften gemeinsam genutzte Mark unter den Sachsen verteilt war (a.a.O., S. 69). Die Bischöfe versuchten durch Verleihungen des Kaisers ihre Rechte zu erweitern. Später bekamen sie das Recht auf den eigenen Forstbann.

„Quedlinburg, 965, Juli 15.
Im Namen der Heiligen und unteilbaren Dreieinigkeit. Otto von Gottes Gnaden Kaiser.
Alle unsere gegenwärtigen und zukünftigen getreuen sollen wissen, daß wir wegen der Fürbitte unserer allerauserwähltesten Mutter Mathilde und aufgrund der Vermittlung Adelheids, unserer geliebten Ehefrau und darüberhinaus selbstverständlich wegen der häufigen Dienste Drogos, des ehrenwerten Bischofs zu Osnabrück, dem Sitze seiner Kirche, diesem den Forst und Wald, der innerhalb folgender Orte gelegen ist, zu immerwährendem Eigentum schenken werden: Hrutansten, Angare, Osning, Sinithi, Bergashavid, Drevanameri, Etenesfeld, Diummeri; mit der Maßgabe, daß niemand den durch unsere Gnade geschenkten Wald und mit unserem Banne versehenen Wald betreten soll zum Zweck des Jagens oder zu anderen Zwecken ohne die Erlaubnis des Bischofs oder eines Försters. Und wenn einer aus geringer Unsicherheit dies versuchen sollte, so soll er wissen, daß er Gottes und unserer Rache und Banne verfallen ist und dazu Strafgeld an die königliche Kasse fällt ..."

Osnabr. Urkundenbuch, Bd. 1, Nr. 102 (eigene Übers.)

Kaiser Friedrich I. verlieh 1171 ein Privileg, daß die Bürger sich keinem auswärtigen Richter zu stellen brauchten, sondern bloß von den Stadtrichtern oder dem Kaiser gerichtet werden durften. Auch als der Bischof das Bürgergericht verkaufte, blieb der Richter aber bischöflicher Beamter.

1225. „... Da wir beklagen müssen, daß unser Bürgergericht in der Stadt Osnabrück gleichsam ohne Ertrag für uns ist, sind wir übereingekommen – wie es in diesem Abschnitt dargelegt wird – wenn wir durch Verkauf die Hälfte des genannten Gerichts an die Bürgerschaft Osnabrücks übertragen, daß durch ihren Eifer in der Verwaltung die Hälfte für uns und unsere Kirche in Zukunft weit mehr betragen wird als früher das Ganze.

So haben wir mit einmütiger Zustimmung unserer ganzen Kirchengemeinde, Geistlicher wie Laien, aus freiem, beständigem und unabänderlichem Willen, die Hälfte unseres Gerichts, gewöhnlich Burggericht genannt, an die Bürgerschaft Osnabrücks zu übertragen, nachdem wir für den Verkauf den Preis von 150 Mark erhalten haben.

Jedoch wird weiterhin festgelegt, daß der Richter von uns und unseren Nachfolgern mit Zustimmung und auf Anordnung der Bürger aus der Beamtenschaft der Stadt eingesetzt wird. Wenn jene aber bei der Bestimmung des Richters mit uns uneins sind oder über seine Befugnisse zu uns im Widerspruch stehen, soll die Entscheidung bei uns oder unseren Nachfolgern verbleiben ... Von denjenigen, die in der Stadt das Bürgerrecht erlangen, fallen drei Denare an uns und die Bürgerschaft gemeinsam. Ihre Söhne erwerben wie früher für je einen Denar das Bürgerrecht. Bei Unrecht und Straftaten werden, wie es von altersher üblich ist, 6 Denare vom Übeltäter genommen. Aber nur einer der Sechs (Denare) wird dem Richter überreicht und soll als Wiedergutmachung verwendet werden ..."

Osnabr. Urkundenbuch, Nr. 196 (eigene Übers.)

Zeittafel

772-804	„Sachsenkriege". Die Sachsen widersetzen sich ihrer Unterwerfung
780	Gründung des Bistums Osnabrück
888	Verleihung von Immunität, Münze, Markt und Zoll an die Osnabrücker Kirche
1171	Privileg von Kaiser Friedrich I.: Kein Bürger braucht vor ein auswärtiges Gericht

Osnabrück um 1100. Bischofsburg mit Markt

Spörhase, R., Karten zur Entwicklung der Stadt, Hamburg 1968

Der Dom, erbaut von 1068-88, – ein drohendes Monument für die Bauern des ganzen Landes.

Kommunismus und Klassenkampf – Quellenheft – Herausgeber: Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW), Geschäftsstelle Bremen, Gröpelinger Heerstraße 261 2800 Bremen, Tel. 0421/61604551. Auflage: 700 · Preis: 1,50 DM 1. Mai 1980

Titelbild: 1. Hollandgänger im 18. Jahrh.; 2. Haus eines Heuerlings; 3. Arbeiter im Piesberg im 19. Jahrhundert ; 4. Stahlarbeiterstreik 1969 für 50 Pf mehr Lohn. Kundgebung vor Klöckner-Hauptverwaltung in Osnabrück; 5. Demonstration gegen den reaktionären Entwurf des Betriebsverfassungsgesetzes 1952;

Die ökonomische Lage im Spätmittelalter – Klassenkämpfe im 15. und 16. Jahrhundert

Das feudale Eigentum an Grund und Boden fesselt die Entwicklung der Produktivkräfte

Die Landwirtschaft hatte sich im Hochstift Osnabrück seit dem 13. Jahrhundert kaum weiterentwickelt. Vorrang genoß die Viehhaltung in Verbindung mit der Marknutzung, die unter der Aufsicht des Oberholzgrafen, des Bischofs, stand. Eine Einschränkung der Mark zugunsten der Ausdehnung der Höfe wurde nur selten geduldet. Die Dreifelderwirtschaft, im 16. Jahrhundert überwiegend in Deutschland, war im Hochstift noch nicht eingeführt worden. Die Ernteerträge waren gering. Größeres Ausmaß erreichte der Flachsanbau als Rohstoff der Leineweberei, die als bäuerliche Hausindustrie allgemein verbreitet war.

Die ganze Last des feudalen Systems ruht auf den Bauern. Größte Grundherren sind der Bischof als Landesherr, das Domkapitel und die schon im 13. Jahrhundert in die Vasallität der Kirche geratene Ritterschaft. Daneben beuten Klöster, Orden, Stifte und das Patriziat der Stadt die Bauern aus. Die Bauern sind eigenbehörig. Naturalabgaben, Hand- und Spanndienste und ungewisse Gefälle, Erbteilung und Auffahrtsgeld sind noch die grundlegende Form der Ausbeutung. Ablösung der Abgaben und Dienste in Geld finden seit dem 13. Jahrhundert statt, werden aber allgemein erst ab Mitte des 16. Jahrhunderts. Die Bauern wehren sich in zahlreichen Prozessen gegen jede Erhöhung der Abgaben.

Das Kloster Gertrudenberg besetzt freiwerdende Erben mit Kolonen

„Item das mershus bewohnt jetzt Johann, Sohn des seligen Lübbert Schroders, und gibt die vierte Garbe und wird ausgenommen (d.h. bezüglich der normalen Pacht wird eine Ausnahme gemacht, d. Hrsg.) und wir kriegen pro Jahr 16 Scheffel Roggen und 9 Scheffel Gerste und 18 Scheffel Hafer, 3 Scheffel Buchweizen, 3 Fastnachts-Hühner, vier Dienste auf dem Kloster mit seinem Gespann, 2 nach Waldenbrück, 2 Tage zum Mähen auf dem Erbe. Anno 1525 ... hat Johann, Sohn des seligen Mersmans, das Erbe zu den mershens angenommen. Er gehört dem Kloster. Aber sie (seine Frau, d. Hrsg.) ist neu ... und ist die Tochter des seligen alten Mersmans, und man soll sie erbteilen. Sie sollen einen Sohn bei dem Erbe lassen, der sich bequeme, das Erbe zu bebauen, und er soll sich auch erbteilen lassen gleich unseren Eigenbehörigen, und außer ihm sollen weder Kinder noch Knechte oder Mägde irgendein Recht oder Anspruch auf das Erbe haben. Item sollen sie nicht unerlaubt Holz hauen bei Strafe einer Tonne Butter, und zur Mast soll er neun Schweine aus dem Besitz des Konvents hüten ... Item anno 1516 blieb er schuldig 13 Schilling ... sein Schweinegeld von, mit diesem St. Michaelstag, acht Jahren, auch 2 Scheffel Gerste."

Meyer, H.: Geschichte der Bauerschaft Evinghausen, Osnabrück 1968 (eigene Übers.)

„1492 ... die Eggermannschen haben in diesem Jahr abzuliefern 2 Malter Korn und einen Malter Roggen, 2 Malter Hafer und 3 Scheffel Buchweizen und zwei Hühner ... es soll zwischen St. Michel und St. Martin bezahlt sein, und sie sollen das Erbe räumen, sofern sie nicht vorher unseren Willen erfüllen."

Meyer, a.a.O., (eigene Übers.)

Die Stadt verteidigt ihre Privilegien gegenüber Kirche und Bischof

Der Rat an der Spitze der städtischen Gesellschaft wurde gestellt von den patrizischen Familien. Ihm beigeordnet waren als Korporation 22 Gildemeister (die reichsten) der elf größten Innungen der Stadt. Das Patriziat verwaltete nicht bloß die Einkünfte der Stadt, es verzehrte sie auch. Der Rat wandte sich gegen die Ausweitung des kirchlichen Besitzes innerhalb der Stadt, weil kirchlicher Besitz abgaben- und steuerfrei war. Das Zunftprivileg verbot die Ausübung jeglichen Handwerks im kirchlichen Bereich. Die Stadt besaß das Monopol der Leinwandlegge, womit sie sich das Monopol des Handels mit Leinwand aus der bäuerlichen Hausindustrie sicherte.

„Wir, Bürgermeister und Rat der Stadt Osnabrück, sind übereingekommen ... weil das Gemeinwohl, also weil mannigfaltige Kost und Tracht das Anliegen unserer Stadt sind, wozu man Schatzung und Abgaben benötigt, und auch auf daß aller Verdruß und Streit der zwischen der Stadt und der Geistlichkeit davon kommen möchte, (beseitigt werde): Von allen Bürgern und Bürgerinnen und all denjenigen, die hier wohnhaft sind ... soll niemand verkaufen oder geben oder versetzen, ersetzen oder überlassen ohne Arglist Erbteil, Gülte, Rente, Eigentum in unserer Stadt und unserer Feldmark in geistliche Hand. Bricht jemand diese Vorschrift ... dessen Gut wird sich der Rat vollständig bemächtigen zum Behuf unserer Stadt und dazu nehmen eine Strafe von 5 Mark ohne Gnade." ca. 1390

Osnabrücker Geschichtsquellen, Bd. IV, Osnabrück 1977 (eigene Übers.)

Statut des Lakenmessers

„Am 27. April 1473 ward Hermann Blomen die Städtische Elle übergeben ... so schwöre er, die nachstehenden Punkte einzuhalten: zum ersten, daß er das schlechteste Stück herauslegen soll, auch nicht zwei Stücke in eins zu legen, das er siegelt, auch, daß er kein auswärtiges Löwend siegeln soll, auch, daß er kein gesiegeltes Löwend darumlegen soll, auch soll er die Elle beim Ausmessen nicht verrücken, auch soll er das Ende des Löwends besiegeln, auch kein Löwend legen und siegeln, das nicht Kaufmanns Gut sei, auch soll er das Löwend messen von der kürzesten Seite, auch soll er niemandes Kauf bestimmen, auch soll er den Kaufleuten gleichemaßen gewogen sein und auch niemanden bevorzugen ... "

Osnabrücker Geschichtsquellen, Bd. IV, a.a.O, (eigene Übersetzung)

Klassenkämpfe im 15. und 16. Jahrhundert in der Stadt Osnabrück

Gegen die Vetternwirtschaft der patrizischen Familien in Rat, Domkapitel, Kloster Gertrudenberg richtete sich 1430 der Aufstand derRampendael-Partei. Ihr gehörten zum großen Teil Handwerker an. Gefordert wird die Beteiligung am Rat und die Änderung der Stadtverfassung, bzw. deren Einhaltung. Die Artikel sind sehr gemäßigt.

1488 kommt es erneut zum Aufstand, der unter der Führung des Schneidermeisters Lenetuen sich hauptsächlich gegen die Zuschläge (Abriegelung der Felder, Verhinderung der gemeinen Stoppelweide nach der Ernte) durch Domkapitel und Kloster Gertrudenberg, gegen den Prunk der Geistlichkeit, aber auch reaktionär gegen die Ausübung des Handwerks auf den Dörfern richtete.

„Am 26. August, im Jahr 1488 erhoben sich die Bürger Osnabrücks gegen ihre von Gott verordnete Obrigkeit, Bürgermeister, Rat und die ganze Geistlichkeit. Zuerst zogen sie nach St. Gertrudenberg und durchstachen mit Gewalt deren Fischteiche, danach mit großen Geschrei und bewaffneter Hand, einschließlich der Schützen, haben sie die großen Glocken geläutet, das gemeine Volk versammelt, die Geschütze gerüstet. Am gleichen Tag gegen elf Uhr sind sie aus dem Hasetor wie rasende Hunde gelaufen, haben alle Einfriedungen und Zäune niedergerissen und verbrannt, wobei sie keinen ausgelassen haben ... Danach am Abend Johannis des Täufers sind sie zusammengekommen unter der Linde des Kirchhofs unserer Lieben Frau und faßten da ihren bösen Beschluß. Zunächst verlangten sie von Bürgermeister und Rat, sie wollten das Stadtbuck lesen hören, darüberhinaus sollten keine Handwerksleute auf den Dörfern wohnen ..."

Niederdeutsche Bischofschronik, Lilie, Dietrich: Osnabrücker Geschichtsquellen, Bd. II, Osnabrück, 1977 (eigene Übersetzung)

Beide Aufstände werden niedergeschlagen, die Anführer hingerichtet.

1525 bewilligten die Landstände des Hochstifts (unter ihnen der Rat der Stadt) dem Bischof 2000 Goldgulden zum Bauernkrieg. Im Zusammenhang mit dem Bauernkrieg im Süden und Westen Deutschlands erheben sich bürgerliche Opposition und Plebejer in rascher Folge in den Städten Frankfurt, Mainz, Köln, Münster, Osnabrück (27. Mai). Die Frankfurter Artikel gehen zurück auf die 12 Artikel der Bauern. Die Beschwerdeschrift der kleinen Handwerker wurde in Osnabrück dem Rat gar nicht erst vorgelegt, sondern durch die Gildemeister stark abgestumpft und ausschließlich gegen die Kirche gewendet.

Beschwerdeschrift der kleinen Handwerker, 1525

„6. Den Mönchen und Nonnen sollen zwei vom Rat, zwei von den Gildemeistern und zwei von der Gemeinde alle ihre Siegel und Urkunden, Renten und Einkünfte aufheben und davon die versorgen, die in den Klöstern sind. Von diesem Tag an sollen sie keine neuen Personen mehr aufnehmen. Man soll die, die austreten möchten, gehen lassen. Die dürfen mit herausnehmen, was sie mitgebracht haben, und mehr nicht. Sofern die von unseren Bürgern Kämpe, Haus, Land und Sand gekauft haben, sollen sie es zu dem Preis zurückgeben, zu dem sie es gekauft haben, und was sie (Mönche und Nonnen, d. Hrsg.) über ihre Notdurft hinaus besitzen, das sollen die obengenannten Verwahrer im Armenhaus sitzenden Leuten geben, damit die auch möchten versorgt werden.

7. Daß das Kloster St. Gertrudenberg vor Osnabrück abgebrochen und in der Stadt den Jungfern eine andere Stätte zugewiesen wird.

8. Das Domstift und das Kollegiatsstift sollen auf die Regel achten, die in Köln und Münster für solche Kollegien ausgearbeitet worden sind.

10. Man soll hinfürder keine Terminare und Stationarier, die Sammlungen durchführen, in Osnabrück dulden.

11. Daß nach diesen Tagen kein Bürger der Geistlichkeit im Testament Zuwendungen zukommen lassen oder Memorien und Seelenmessen stiften soll ... und sofern geistliche Leute Bürgergut per Testament ungebührlich erhalten haben, soll man es den richtigen Erben wiedergeben oder, sofern diese nicht zu finden sind, soll man das Erbgut der Stadt vermachen.

12. Die Pastoren in den Kirchspielen sollen keine Kapläne halten ... es geschehe denn mit Konsens der Kirchenpersonen, Schöffen und gemeinen Kirchspielleuten. Dieselbigen (Pastoren, d. Hrsg.) sollen uns das lautere klare Evangelium

predigen ohne allen menschlichen Zusatz oder Abbruch, und die Pastoren oder Kapläne sollen auch von den Sakramenten der hl. Kirche nicht nehmen.

16. So unsere Bürger Land von geistlichen Leuten in Winnpacht haben, sollen sie es keinem anderen (Bürger, d. Hrsg.) teurer geben, als sie es selbst gepachtet haben.

18. Daß nach diesen Tagen niemand jegliche geistliche oder weltliche Rente oder Gut von Bürgern mahnen oder empfangen soll, es sei denn, daß er es gekauft oder geerbt habe ...

24. In jeglichen Gräben oder Fischteichen, die in der Mark gelegen sind und von Bürgern angelegt wurden, sowie in der Hase, als es seit alters her gebräuchlich ist, soll jedermann fischen können zum Behuf des allgemeinen besten.

25. ... geistliche oder weltliche Renten, löslich oder ewig, sollen zur Löse gegeben werden ..."

Berning, W.: Das Bistum Osnabrück vor Einführung der Reformation, Osnabrück 1940, (eig. Übersetzung)

Der Fürstbischof vereinbart mit dem Rat die Einführung der Reformation. Die Ausbeutung der Bauern wird verschärft.

Die Politik des Bischofs in den folgenden Jahrzehnten war auf die Festigung und Ausweitung des Fürstentums und der landesherrlichen Macht gerichtet. Franz von Waldeck bewilligt, um die Machtstellung des Domkapitels zu brechen, der Stadt die Einführung der Reformation und die Säkularisierung einiger Klöster. Die Fürstherrschaft verschlingt immer größere Summen: sie werden durch brutale Besteuerung beigetrieben.

„Steuererhebungen:

1350	Kopfsteuer, klassifiziert nach Erbklassen
1456	(wahrsch.) Kopfsteuer
1489	Viehsteuer
1512	Kopfsteuer, klassifiziert nach Erbklassen
1519	Kopfsteuer, klassifiziert nach Erbklassen
1524	Kopfsteuer, klassifiziert nach Erbklassen
1532	Kopfsteuer, klassifiziert nach Erbklassen
1534	Kopfsteuer, klassifiziert nach Erbklassen
1542	Türkensteuer
1554	(wahrsch.) Kopfsteuer
1555	Kopfsteuer für drei Jahre, Viehsteuer
1556	Viehsteuer, von da ab auf 20 Jahre
1557	Erb- (grund-)Steuer
1557	Gewerbesteuer
1557	Vieh- und Kopfsteuer, auch Gesinde und Grundherr
1573	Erbsteuer nach Klassen, z. T. auch Grundherren
1574	Viehsteuer
1576	Viehsteuer, von da ab auf weitere 20 Jahre"

Meyer, H.: Geschichte der Bauerschaft Evinghausen, a.a.O.

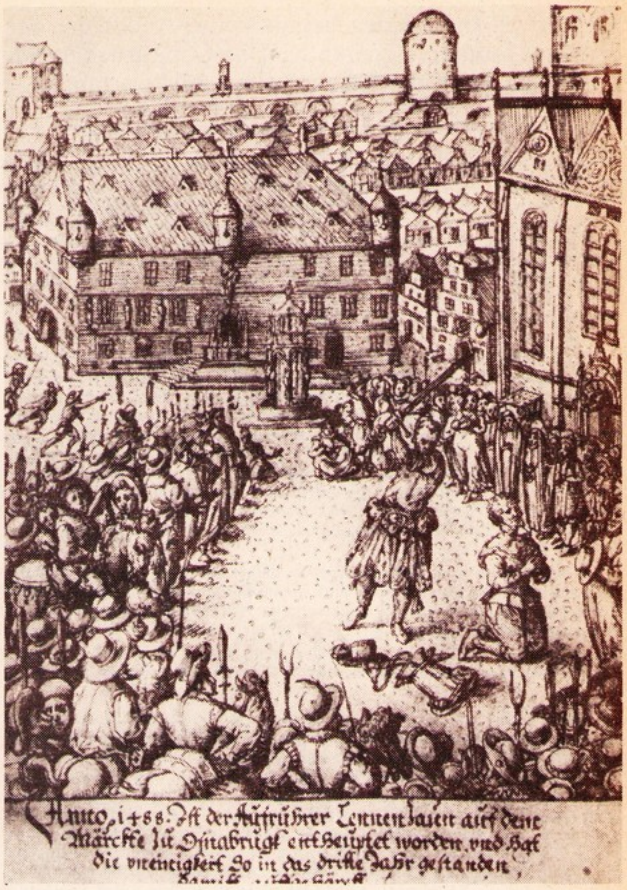
Die Kämpfe der Bauern reißen nicht ab

„Im Jahre 1579 hatte unser Kloster (Iburg, d. Hrsg.) das Ellereck (Bestandteil der Mark, d. Hrsg.) in Aschendorf einzäunen lassen, aber die Bewohner der Bauerschaft hatten die Einfriedigung wieder zerstört. Um nun diese Frechheit zu strafen, da die Einzäunung den Bauern nicht schaden konnte, kauften die Unsrigen von Lohmeyer das Holz einer alten Scheune und bauten daraus unserem Rechte gemäß eine Scheune zum Einsammeln des Zehnten. Das verdroß die Bauern so, daß endlich im Jahre 1590 der Meyer zu Hörste, der sich vom Kloster geschädigt glaubte, um unseren Zehntpflichtigen einen Gefallen zu tun, sie anzündete. Aber obgleich er ein geriebener Bursche war, brachte Gott doch seine Bosheit an den Tag, und zur schuldigen Strafe für die Brandstiftung wurde er auf dem Stallbrinke verbrannt."

Iburger Klosterannalen des Abtes Maurus Rost, Osnabrücker Geschichtsquellen, Bd. III, Osnabrück 1977

Zeittafel

1430		Rampendael-Aufstand
1488	26. August	Lenetuen-Aufstand
1525	27. Mai	Oberg-Aufstand, Beschwerdeschrift der kleinen Handwerker
1542		Einführung der Reformation



Die Enthauptung Lenetuens auf dem Marktplatz

Osnabrück um 1500, Alt und Neustadt

Spörhase, R.: Karten zur Entwicklung der Stadt Osnabrück, o.O., o.J.

Der 30-jährige Krieg bringt keine Änderung der klerikal-feudalen Zustände. Das Osnabrücker Bürgertum kann die Reichsfreiheit nicht erlangen.

a) Die „Gegenreformation" Bischof Franz Wilhelms

Mit den Erfolgen der kaiserlich-habsburgischen Söldnerhaufen zu Beginn des 30-jährigen Krieges, sieht der Osnabrücker Bischof Franz Wilhelm aus dem Hause Bayern seine Zeit gekommen, Osnabrück wieder vollständig seiner Herrschaft und damit der katholisch-feudalen Reaktion zu unterwerfen. Als Mittel dazu dient ihm die Einquartierung ligistischer Truppen in Osnabrück, was zur völligen Ausplünderung der Stadt führt. Seine „Gegenreformation" ist so gründlich, daß ihn der Kaiser zum Restaurator von ganz Norddeutschland ernennt. Hier ein Brief Franz Wilhelms, der sein Vorgehen gegen die Stadt dokumentiert und ein Bericht eines Iburger Mönches und späteren Abts des Klosters Iburg.

„Zuletzt endlich haben wir die Schwierigkeiten mit der Bürgerschaft hinsichtlich der Aufnahme der Kaiserlichen Besatzung. Mit guten und schlechten Worten, als auch durch Drohungen sind sie dazu veranlaßt worden, da sie doch wahrnahmen, daß kein Ausweg übrig sei. Die Aufstände des Volkes sind auch beschwichtigt worden. Heute sind 6 Schwärme Infantristen herbeigeführt worden ... Gelobter Gott! O, wie viele Gefälligkeiten, Versprechungen, Demütigungen und Erniedrigungen, ja sogar das Ausstrecken zu Füßen, sind vorangegangen, nur damit dieser Kelch vorübergehe. Aber nur zum Schein erniedrigen sie sich gerade jetzt, nennen mich ihren Führer ... erkennen sich als Untertanen und Unterworfene an, weshalb wir alle überrascht sind, von jener da plötzlich entstehenden Veränderung.

... Ich habe unlängst D.V. geschrieben, daß er mir jene 1000 oder 1500 Kaiserlichen sende, die für mich nötig sind, um im Fürstenhof vorzurücken, und ich hoffe, daß H. schon für den Tausch gesorgt hat. Ich erwarte die Antwort begierig in meinem Quartier ..."

Franz Wilhelm an J. Pelking, 19.1.1628. Iburger Stifts-Archivalien Osnabrück, Abschn. I Nr. 59, zit. n. Forst: Correspondenzen Franz Wilhelms, S. 182 ff (eigene Übers.)

In diesem Jahr, am 20. Januar, wurde nach Vertreibung der Dänen die Stadt Osnabrück dem Bischof Franz Wilhelm gänzlich unterworfen. Denn als der Bischof sah, daß sie die protestantische Partei gegen den Kaiser begünstigte, wendete er sich an Tilly, den General der bayrischen Truppen und der katholischen Liga, welcher Soldaten unter der Anführung des Stephan Albrecht schickte, die Stadt belagern und ihr die Zufuhr abschneiden ließ. So mußten die Bürger sich ergeben, nahmen den bayrischen Obersten Stephan Albrecht mit sechs Regimentern in die Stadt auf; der Bischof hielt am 12. März seinen feierlichen Einzug und empfing die Huldigung der Stände ... Als die Osnabrücker dem Herkommen gemäß am 2. Januar die Ratswahl hielten (im J. 1629, d. Hrsg.), ließ der Bischof durch die Commissäre, den Official Jodocus von Höver, den Marschall Böhmer von Cobbinghof und den Kanzler Wilhelm Henseler anordnen und befehlen, daß man nur Katholiken wählen sollte. Deshalb wurde der evangelische Rath, bestehend aus dem Bürgermeister Konrad Grave, Albert Modemann, Doctor beider Rechte, und Johann Meyer abgesetzt, und endlich nach vielen Beratungen, da man aus der Bürgerschaft keine neuen Bürgermeister bekommen konnte, Wolfgang von Böselager zur Honenburg und Dietrich Korff von Sutthausen, ferner Doctor Johann Adolf Weimar, genannt Gülich, gewählt".

Das ganze vorige Jahr hatte der Bischof auf gütlichem Wege die Zurückgabe der Kirchen versucht, aber als das vergeblich war, gebrauchte er Gewalt, vertrieb die evangelischen Kirchendiener aus denselben und nahm die Kirchen in feierlicher Prozession wieder für den alten katholischen Gottesdienst in Besitz ...

Als man in öffentlicher und prächtiger Prozession von den Kirchen wieder Besitz ergriff, waren die Predicanten gerade eifrig beschäftigt, ihren Anhängern das Abendmahl zu erteilen und flüchteten vor dem Bischof, der sie überraschte, aus den Kirchen ... Den Bürger wurden sehr hohe Abgaben auferlegt, bis sie sich unterwarfen, aber der Ausgang zeigt, daß dies nur eine scheinbare Bekehrung gewesen war. Mit dem größten Eifer suchte der Bischof, das Ansehen und Wachstum der katholischen Kirche zu fördern; er richtete eine Akademie in Osnabrück ein, gründete verschiedene Seminarien ..."

Die Iburger Klosterannalen des Abts Marcus Rost. Hrsg.: Dr. C. Stüve, Osnabrück 1895,

b) Osnabrück unter schwedischer Vorherrschaft

Der Vorstoß der schwedischen Armeen im Jahre 1633 setzt der „Gegenreformation" Franz Wilhelms ein Ende. Die damit in gewissem Umfang zurückerlangten politischen und religiösen Freiheiten kommen die Stadt teuer zu stehen, deren Umland völlig darniederliegt und immer noch von verschiedenen Söldnerhaufen durchstreift wird, und deren Bevölkerung sich bereits um fast die Hälfte verringert hat. Beschwerden der Bürger tauchen auf, „also daß die reichen sich verschonet, die mittelmäßige und arme zimblich mitgenommen." Im folgenden ein Augenzeugenbericht über die Belagerung der Stadt 1633 und ein Auszug aus dem Übergabevertrag vom 2.9.1633.

„Den 13 August Satertags Nachmittags zu drei Uhren ist das Schwedische und Lüneburgische Kriegsvolk erst vor Osnabrück gekommen und hat sich auf St. Gertrudberg herumgelagert. – Den 18 August ist ein Ausfall in's Lager geschehen, wie auch aus dem Lager in die Stadt geschossen worden. – Am Bartholomäi-Tage (August 24) hat man 32 auf die neue Mühle und die neue Stadt geschossen ... den 3 September war der 21 Tag der Belagerung haben die Kriegsleute die Hase durchgegraben bei der Krümmung und der Hase einen anderen Lauf gemacht in die Nette, damit der Stadt das Wasser entzogen ... Die Kaiserlichen haben sich in die Petersburg gezogen. – 1633 den 11 September den 16 Trinitatis war der 30 Tag der Belagerung ist einem Theil des Kriegsvolks, so unsere Stadt belagert, mit Accord willig übergeben. Die Schlüssel unserer Stadtpforten, so lange Zeit nicht bei unsern Herrn gewesen seien, nun Dr. C. Lohausen und den anderen Herrn wieder überantwortet. – Den 12 September Montags ist die Herndichspforte auch Nortorfer und Hasepforte wiederum eröffnet und ist Herzog Georg von Lüneburg, Graf Dodo von Kniphausen und des Königs von Schweden Sohn zur Herrendeichspforten sammt anderen Herren Haupleuten und Officieren eingeritten, so von den neuen Herrn des Raths empfangen; da sie ins Jesuiter-Collegium geritten zu besichtigen, da haben die Jesuiten einen Fußfall gethan ... Den 19 September ist durch Trommelschlag ausgerufen, daß sich keiner von Soldaten bei Leibesstrafe untermessen, denen Burgern in die Häuser zu fallen, sondern sich daraus in ihren Lägern finden lassen ...

Den 6 Oct. um Mittag Donnerstags ist das Kaiserl. Kriegsvolk aus der Petersburg mit Accord mit ihrem Gewehr ausgezogen ... Hauptmann Berchon ist auch mit ausgezogen, da sie großen Hunger litten. – ...

Angaben Rudolfs von Dellinghausen in seinen Jahrbüchern der Stadt Osnabrück über die Belagerung. in: Mitteilungen des Vereins für Geschichte und Landeskunde von Osnabrück, Bd. 18, 1893. Osnabrück 1893, S. 288 ff.

„Anfaenglich was wegen Ihr Fürstl. Gnad. des Herrn Bischoffen gesucht, ist pur abgeschlagen, sonsten erhalten, daß ein hochehrwürdiges Thum-Capitel bey allen ihren habenden Privilegys, Jurisdictionibus, immunitatibus, statutis, Gütern und Intraden neben den exercito religinis Catholica und ihren Kirchengebräuchen ungehindert sol verbleiben, und mit contributionen, einquartierungen und dergleichen Kriegslasten nechst dero Bedienten nicht sollen beschweret, sondern es sollen damit gehalten werden allermassen esLiP dergleichen Leufften bey Weyland deß Hochwürdigen Durchleuchtigen und Hochgeborenen Fürsten und Herrn Phillip Sigismunden Postulirten Bischoffen dero Stifter Osnabrück und Verden, Hertzogen zu Braunschweig und Lüneburg Fürst. Gnad. Christseeligen andenckens löblicher Regierung odserviert werden ...

Zum siebenden, sollen die Schulen bey ihren Juribus, verbleiben, gestalt sie dieselben bey lebzeiten und löblicher Regierung mehr hocherwehntes Bischoff Sigismund Fürstl. Gnad. genossen.

Zum achten, sollen alle Adeliche Personen und deren Güter so in dieser Stadt sich befinden nechst dero Höfen, bey ihren Frey, und Gerechtigkeiten verbleiben, und sie mit ihren Gütern so in diese Stadt sich begeben und eingebracht, wieder frey und ungehindert sollen ausgelassen werden ...

Zum zwölften, sol Bürgermeister und Rath in ihrem Stand ungepertubirt wie auch Stadt und Bürgerschaft bey ihren Privilegien Recht und Gerechtigkeit, herbrachten, löblichen Gebräuchen und freyen Rathswahl, wie bey offthochged. Herrn Bischoffen Philip Sigismundi Löblicher Regierung im Schwang und gang gewesen, manuteniret werden.

Zum 14. sol die Soldatesca und deren Oberherrn sich in keinen Jurisdictonalien, Registern, Befehlen, Renthen und Intraden der Stadt bemengen, sondern dabey einen jeden nach Standesgebühr verbleiben, auch die Accisen und andere gefälle nicht pertubieren, steigern oder schmälern, sondern frey zu- und abfuhr paß und repaß verstatten.

Zum 15. weiln die Bürger vermüge Eidt und Pflichten, bey dieser Belagerung mit zu Wall gehen müssen, soll derowegen general pardon Bürgermeister und Rath auch gemeiner Bürgerschaft, darunter auch die Constabel und Handlangers begriffen, fort allen Einwohnern die seyn Geist- oder Weltlich ertheilt worden, und alles andere so bey wehrender Belagerung vorgelauffen vergessen seyn ...

Vorbeschriebene und hoch wohlgeb. I. F. G. an Ihr Excell. einen hoch Ehrwürdigen Thum-Capitel und einen Ehrbarn Rath und gemeiner Stadt verliehen accord und ihnen sampt und sonders gegeben person auch abwendung des Soldatesca Raub und Plünderung werden und sollen wolgemeitetes Thumb Capitel und Stadt Oßnabrügk der Königl. Cassa auff Termin und maß wie man sich dessen mit gemelten Herrn General Commissario vergleichen wird hergeben sechzig tausend Reichsthaler in Specie, womit dann dieser Accord geschlossen, welcher zur urkund von Hochwol. und Ehrngedachten Contrahenten sampt und sonders unterschrieben und versiegelt worden so da geschehen im St. Gertrudenberg vor Oßnabrügk den 2. September Anno 1633."

Artikel so wegen Übergabe der Stadt Osnabrück zwischen Herzog Georg zu Braunschweig und Lüneburg und Feldmarschal Dodo von Kniphausen an einem und dem Domcapitel und Rath der Stadt Osnabrück am anderen Theile verglichen worden, vom 2. Sept. 1633. zit. n.: Stüve, D. J. E., Beschreibung und Geschichte des Hochstifts und Fürstentums Osnabrück mit einigen Urkunden. Osnabrück 1789. Urkunden XLI ff.

c) Der Westfälische Frieden. Die Stadt Osnabrück kann die Reichsunmittelbarkeit nicht durchsetzen und gerät erneut unter den „krummen Stab" Franz Wilhelms.

Die nachfolgenden Korrespondenzen zwischen Bürgermeister Schepeler als Beauftragten der Stadt auf dem Friedenskongress und dem Rat der Stadt Osnabrück dokumentieren den kläglichen Versuch der Osnabrücker Bürgerschaft, das bischöflich-feudale Joch ein für allemal loszuwerden. Daß ihr das nicht gelingt,

entspricht durchaus dem Charakter des Westfälischen Friedens insgesamt. Das deutsche Bürgertum ist außerstande, sich über seine Partikularinteressen hinaus national zusammenzuschließen, das Ergebnis ist die Dominanz Frankreichs und Schwedens und das weitere Siechtum des Feudalismus. Das Osnabrücker Bürgertum muß mit den sog. Privilegien von 1624 (Normaljahr) zufrieden sein und der Hoffnung auf einen protestantischen Nachfolger Franz Wilhelms. Die Osnabrücker Bevölkerung ist damit keineswegs zufrieden und macht gleich nach Verkündigung des Friedens die bischöfliche Petersburg in Osnabrück, unterstützt von 1500 Mann Landbevölkerung, dem Erdboden gleich.

„Zwar, wan wir ein tausend Thlr. oder sechs itzo zu spendieren hetten, wollte ich mir schier einbilden, die immedität zu erlangen; aber weil wir das Geld nur auf der Zungen, nicht in der Hand füren, mußte es eine sonderliche Schickung Gottes sein, wan wirs erhielten. Und daß wir usn Theils eingilden, die Crohn Schweden sei schuldig, uns hierin zu assistieren, weil wir uns umb dieselbe so hochverdient gemacht hetten, ist jüngst von den Herren Schwedischen übel auffgenommen worden; begehren zu wissen, ob sie uns deswegen verhafftet, daß wir durch Ihre siegreiche Waffen zu unser libertät wieder geraten und dabei bis auf die heutige Stunde geschützet worden sein.

Es wollen aber bei dieser Sache meine großgunstigen Herren und Freunde reifflich erwegen und sich wol bedenken, ob wir lieber eine Reichs-Stadt mit großen Unkosten werden, und mit großer Beschwer ... verpleiben, oder ohne große Unkosten alle und jede von Kaisern und Bischoffen erlangten privilegia confirmiert haben, und waß sonst einer Reichs-Stadt gebürt, überkommen und keine Bechwer haben, nur den Titul und den Rahmen nachgeben und unter dem Krummen Stabe wie unsere gottsellige Vorfaren, als eine Stifts-Stand sein uns verpleiben. Dan wann wir die immedietät bekommen, erhalten wir nichts mehr alß wir itzt haben, weil viel Reichs-Städte sein, die viel geringere privilegia (außer dem Titul) alß wir haben ..."

Brief G. Schepelers an den Rat der Stadt Osnabrück, Münster 14.6.1647. in: Mitteilungen des Vereins für Geschichte und Landeskunde von Osnabrück. Bd. 15. Osnabrück 1890, S. 317 ff.

„... Ob zwar nicht ohne, daß unsere gottfählige Vorfahren von Alters unter dem krummen Stabe ruhigh und woll gelebet, daß dannoch leider wir bey unseren Zeitten und jüngsthin ein anderes mit großen Schaden erfahren und beleben müssen. Dieses besorgendes großes Unheill, Gefahr undt Unglück nun in künfftig zu verhüeten und daß so wol anjetzo wyr, als unsere posteri in einen sicheren Standt gesetzet werden mügten, ist nochmalß für dienlich undt hochnöttigh befunden die immedietet nach wie vor ferner zum allerfleißigsten zu sollicitiren, und da, vermittelst göttlicher gnädiger Verleihungh, dieses edles Kleinodt zu erlangen, man das incommodum nicht ansehen, sondern vielmehr gedenken müßte, ... Wobey man dan der gentzlichen Hoffnungh lebt, daß in Betracht dies wegen vor Jahren erlittenen großen Brandschadens undt ausgeJtandener vieljährigen unsaglichen Kriegspressiren mit schweren Schuldenlasten vertieffet und überladen, also dieselbe bey kunfftigen Reichsanlagen billigh auf ein Ertregliches gesetzet und angeschlagen und dießfalß über die Gebür und Vermügen nicht werde beschweret werden."

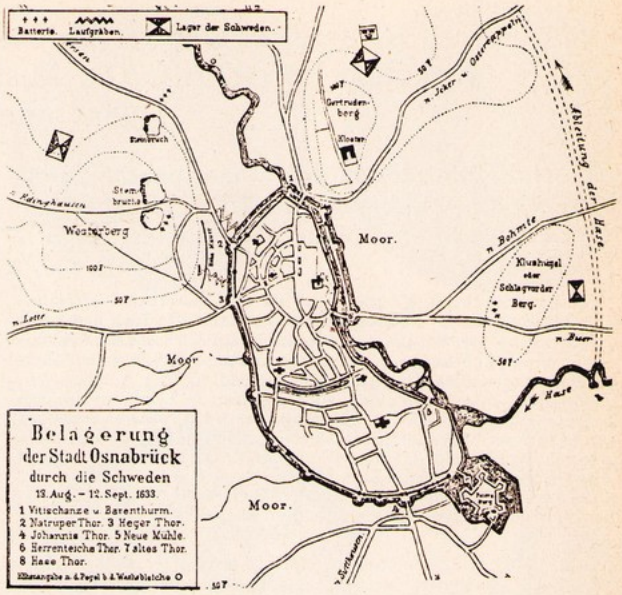
Antwortschreiben des Rats vom 15.6.1647 an Schepeler, a.a.o.. S.319ff.

„§ 1. Nachdem das Herzogliche Haus Braunschweig und Lüneburg in desto besserer Beförderung des allgemeinen Friedens von den Coadjutoerien in den Erzstiften Magdeburg und Bremen auch den Bischofthümern Halberstadt und Ratzeburg einen Abstand genommen, unter der Bedingung, daß demselben unter anderen auch die wechselweise Nachfolge mit dem Catholischen im Bischofthum Osnabrück zugestanden werde; die Römisch Kayserl. Majestät aber dem gegenwärtigen Zustande des Reichs keineswegs es zuträglich achten das Freidensgeschäte deswegen länger zu verhindern: so bewilligen und erlauben dieselbe, daß eine abwechselnde Nachfolge zwischen Catholischen und der Augsburgischen Confession zugethanen Bischöfen, welche jedoch aus dem herzoglichen Hause Braunschweig und Lüneburg, solange dasselbe dauern wird, zu postulieren, statthaben solle auf Art und Weise und Bedingungen als folget.

§ 2. Weil erstlich Herr Gustav Gustavi Graf zu Wasaburg, des Königreichs Schweden Senator, auf alle bey Gelegenheit des gegenwärtigen Krieges erlangte Gerechtsame an das Bischofthum Osnabrück Verzicht thut, und dessen Ständen und Untertanen die geleistete Eides-Pflicht erläßt, so sind deshalb der Herr Bischof Franz Wilhelm und dessen Nachfolger, wie auch Capitel, Stände und Untertanen Des Bischofthums Kraft dieses verpflichtet besagten Herrn Grafen, und dessen Bevollmächtigten, innerhalb vier Jahren, vom Tage der Publication des Friedens anzurechnen, in Hamburg zu bezahlen 80000 Reichsthaler, dergestalt daß sie jährlich 20000 Rthl. zu Händen des Grafen oder dessen Bevollmächtigten zu bezahlen und zu entrichten schuldig sind widrigenfalls, dem Friedensschluß gemäß die Execution, zu gewärtigen haben.

§ 3. Zum anderen soll das besagte Bischofthum Osnabrück, völlig und ganz, mit aller seiner geistlichen und weltlichen Zubehör, dem jetzigen Herrn Bischof Franz Wilhelm zurückgegeben werden, welches er mit vollkommenen Rechte besitzen soll, wie solches die Gesetze einer einförmigen immerwehrenden, mit gemeinschaftlicher Einwilligung des Fürsten Franz Wilhelms, des Hauses Braunschweig und Lüneburg und des Domcapitels des Stifts Osnabrück, zu errichtenden Capitulation bestimmen werden."

Einige der Osnabrück betreffenden Artikel des Friedensvertrages von 1648. Stüve, a.a.o., S. 372 ff.



Auszug über die Taxe der Waren (amtliche Preisfestsetzung) laut Rathsprotokoll v. 19.1.1641

Ein Pfund	Speck	2 Schill.	6 Pfenn.
	Friesische Butter	3 Schill.	
	Inländ. Butter	2 Schill.	6 Pfenn.
	Feist und guth Fleisch		9 od. 10
	Zucker	7,8,9 Schill.	
	Reisz	2 Schill.	
Ein Malz	Branntwein	16 Schill.	
	Osnabruggisch Bier		9 Pfenn.
4,5 Pfund	Brot	2 Schill.	
Eine Elle	Colörde sattin carmosin farbe	2,5 od. 2,25 Taler	
	Ordinari colörde	2,25 Taler	
	Gebleichet fletzen linnen	10 Schill.	6 Pfenn.
Ein Paar	Stiefelen nach advenant	4, 3,5 od. 3 Taler	
	Gueter Mann Schuhe nach advenant	12,13,14,15 Schill.	9 Pfenn.
	Frauwen Schuhe	9 od. 10 Schill.	6 Pfenn.
	Mägde Schuhe	9 Schill.	

Mitteilungen d. Vereins f. Gesch. und Landesk. von Osnabr., Bd. 18, Osnabrück 1893, im Anhang

Zeittafel

1628	Einquartierung von 1600 Mann ligistischer Truppen in Osnabrück
1633	Übergabe der Stadt Osnabrück an den schwedischen General Dodo von Kniphausen
1636	Belagerung Osnabrücks durch kaiserliche Truppen
1643	Abzug der Schweden; Bestimmung Osnabrücks zum Kongressort
1647	Beschluß des Rats zur Zerstörung der Petersburg
1648	Verkündung des Westfälischen Friedens zu Münster und Osnabrück

Literaturverzeichnis:

Osnabrücker Urkundenbuch, Osnabrück 1892/1902
Frederici-Stüve: Geschichte der Stadt Osnabrück, Osnabrück 1816/28
Möser, J.: Sämtliche Werke, Bd. 13 u. 12,1, Osnabrück 1971 u. 64
Berning, W.: Das Bistum Osnabrück vor Einführung der Reformation, Osnabrück 1940
Meyer, H.: Geschichte der Bauerschaft Evinghausen, Diss., Osnabrück 1968, Osnabrücker Geschichtsquellen, Bd. 2-4, Osnabrück 1977
Stüve, J. E.: Beschreibung und Geschichte des Hochstifts und Fürstentums Osnabrück mit einigen Urkunden, Osnabrück 1789
Mitteilungen des Vereins f. Gesch. und Landesk. v. Osnabr., Bd 18, Osnabrück 1893
Die Iburger Klosterannalen des Abts Maurus Rost, hrsg, von. C. Stüve, Osnabrück 1893

1648-1848. Der verfaulende Feudalismus verhindert jeglichen Fortschritt. Die Ausbeutung der Landbevölkerung wird unerträglich

Der Bischof zentralisiert den Staatsapparat durch gesteigerte Ausplünderung. Verarmte Handwerker werden in die Lohnarbeit getrieben.

Nach dem Ende des Dreißigjährigen Krieges war die Landwirtschaft verfallen. Die einst blühende Leinen- und Tuchindustrie in Osnabrück, Stadt und Land, war im Niedergang. Der Fürstbischof, unersättlich auf der Suche nach Finanzmitteln für seine Hofhaltung und seine Kriege, unterwirft Schritt für Schritt Stadt und Land der Ausplünderung durch Steuern und Abgaben. Auf diese Weise wird der Staatsapparat zentralisiert; alle Ressourcen des Landes werden dem Fürsten zugänglich gemacht. Im 18. Jahrhundert werden zur weiteren Steigerung der Staatseinnahmen Manufakturen errichtet - woanders als beim Fürsten ist ohnehin kein größeres Kapital zu finden. Die vielen „Armen", gelegte Bauern und verarmte Handwerker, werden in die Lohnarbeit gepreßt. Jedoch kann sich dieses Arbeitshaus am Ende unter dem Eindruck der Französischen Revolution gegen die arbeitenden Klassen und gegen die französischen Heere nicht halten.

„Der hiesige Bauer besitzt, im Ganzen genommen, wenig oder gar nichts Eigenes. Alles gehört dem Kloster, oder dem Edelmann ... Besitzt er noch etwas Eigenes, so muß er auch dem Landesherrn die Steuern davon bezahlen ...

Der Gutsbesitzer hat überdem noch eine andere Art von Eigenbehörigen, die ihm ganz zugehören, und dem Landesherrn nichts geben ... Diesen kann er das verliehene Eigentum nehmen, wenn er will, den Colonen aber nur im rechtlichen Gange, weil sie zugleich der Regierung verpflichtet sind, bei welcher sie auch ihren Gutsherrn verklagen können.

Eine dritte Klasse von Eigenbehörigen sind die Meier. Dies sind große Bauern, die, außer dem, was sie zum Lehn haben, noch viele eigene, dem Fürsten zinsbare Äcker besitzen ... Wenn sie ihre Verpflichtung dem Gutsherrn abgekauft haben, und dies geschieht oft ... so heißen sie Freimeier, Freibauern. Von diesen Freibauern und Colonen hängt die vierte Klasse ab, die Heuerleute. Dies ist die ärmste Menschenklasse, die nicht Eigenes besitzen, und sich von jenen ein Paar Äcker mit einem Häuschen mieten, und die Bezahlung dafür durch körperliche Arbeit leisten, wenn das Geld ihnen fehlt."

Hoche, J. G.: Reise durch Osnabrück und Niedermünster in das Saterland, Ostfriesland und Gröningen. Bremen o.J. (1800), S.72 ff.

„In jedem Hause auf dem platten Lande ist ein Weberstuhl, worauf eine Magd das sogenante Löwentlinnen webt. Alles spinnt, selbst der Knecht hat sein Rad, wenn er nicht auf dem Felde, oder in der Scheune zu thun hat. Die Oekonomie gibt dem Bauer nicht Beschäftigung genug, er muß beinahe alle seine Bedürfnisse vom Flachse ziehen, und wenn er die gewöhnlichen Geschäfte des Tages verrichtet hat, so wirft er seine Holzschuhe ab und läßt selbst sein Rädchen schnurren."

Hoche, J.G.: a.a.O., S. 67.

„Wahr ist es weiter, daß von den Leuten, welche in die Fremde gehen, jährlich zehn von hundert verlorengehen. Einige gehen auf den Herings-und Walfischfang; und die Reisen zur See verführen manchen nach Ost- und Westindien ...

Viele, die nach England ... oder nach Holland auf allerhand Arbeit ausgehen, lassen sich, wenn sie zu Hause keine Weiber haben, leicht bereden, gar auszubleiben."

„Die Frage: Ist es gut, daß die Unterthanen jährlich nach Holland gehen? wird bejahet.", in: Möser, J.: Sämtliche Werke, Bd. IV, S. 87, Berlin, Oldenburg o. J.

„Von Dörfern, Landstädten und allen Flecken durfte gar nicht nach Bremen, Hamburg oder Holland gehandelt werden. Die Hansestädte hatten das unter sich ... Damals mußte alles Linnen, was in unserm Stifte gemacht wurde und verschickt werden sollte, zur Stadt Osnabrück gebracht werden; ... Es ward nichts als gutes Linnen gezeichnet, und wer schlechtes brachte, wurde mit Schimpf zurückgewiesen; die Stadtlegge trug damals jährlich einige tausend Taler ein; und der Kredit ihres Zeichens war so stark, daß es bei den Mohren in Afrika gerühmt wurde."

Möser, J.: Abhandlung von dem Verfall des Osnabrückischen Linnenhandels und den Mitteln, solchen wieder aufzuhelfen, in: Sämtliche Werke, Bd. VII, Hamburg 1956, S. 30

„So beschäftigte man sich zu Ankum, Bippen, Berge und Quakenbrück mit Verfertigung des sogenannten Wollakens, wodurch gleichfalls eine beträchtliche Summe Geldes aus dem Holländischen ... gezogen wird, ja die Kaufleute behaupten, daß sie jährlich an die 50 bis 60000 Rtlr. (Reichstaler, d. Hrsg.) dafür eingenommen haben ...

Der Heuermann, Kötter, ja auch verschiedene Bauern wurden durch schönen Gewinn angetrieben, zum Kaufmann zu gehen, von demselben für etwa 12 bis 15 Rtlr. Wolle und Garn zu borgen, davon in etwa 14 Tagen mit vier Personen ein Stück und 14 Tage danach das zweite Stück Wollaken zu verfertigen, wovon das Geborgte bezahlt wurde und wofür sie auf jedes Stück von 60 Ellen 3½„ 5 bis 6 Rtlr. hatten ... dieser Gewinn wird bei einer Jahreszeit verdient, wo bei Frost und Schnee außerhalb des Hauses nichts zu verdienen ist."

Möser, J.: Gedanken eines Beamten über die Wollakenfabrik, von dem Verfall derselben und wie solche wieder aufzuhelfen, in: Sämtliche Werke, Bd. IX, S. 64 f

Niedergang der Tuchmacherei in Osnabrück nach dem Dreißigjährigen Krieg:

	1656	1674	1679	1680	1693	1694
Tuchmachermeister	189	130	104	60	50	50
Zahl der gefertigten Tuche	3156	2270	1280	868	544	22

Angaben nach: Hoffmeyer, L.: Chronik der Stadt Osnabrück, Osnabrück 1964, S. 168

„Es gibt so viele arme einfache Leute ... Deswegen muß alle Sonn- und Festtage die Kollekte dafür angesetzt werden. ... Ganz zu schweigen von ... denjenigen Armen, die flehentlich um Unterhalt bitten bei den ... Armenhäusern, wo sich gleich 20 – 30 melden, wenn ein Platz frei wird, und unter diesen Leuten sind auch Handwerker ..."

Stadtarchiv Osnabrück, O.A.A. 29,22, zit. n. Kennepohl, K.: Die Stadt Osnabrück und Bischof Ernst August I. 1662-1698. Diss. Münster 1922, Osnabrück 1922, (eigene Übers.)

„Ich habe eine große Stadt, aber nichts davon!" (Bischof Ernst August I.)

Stadtarchiv Osnabrück, A.A. 34,5; zit. n. Kennepohl, a.a.O., S.37

Subsidienzahlungen der Stadt OS an den Bischof Ernst-August I.

Insgesamt 1675-91:	77300 Mark		
1676	15000 Mark	Schulden: 1676	40000 Mark
1677	15000 Mark		
1682	5300 Mark		
1683	15000 Mark	(Hoffmeyer,	
1691	4500 Mark	a.a.o. S. 169)	

„Im Rat und vor versammelten Amtsleuten berichtete Bürgermeister Vette, daß ... das Haus Braunschweig-Lüneburg den Beschluß gefaßt habe, daß die Stadt Osnabrück eine Garnison aufnehmen müsse ... Man beschloß also, daß man sich auf Bitten und Flehen verlegen wolle und sich bereit erklären wolle, daß man fleißige Wacht halten werde."

Ratsprotokoll v. 17.10.1665, Staatsarchiv Osnabrück, Militaria 17-18,2; zit. n. Kennepohl, a.a.O., S. 17, (eigene Übers.)

„Unser Oberst J.H.F. v. Uffeln hat untertänigst vernehmen lassen, wie viele verschiedene Leute er habe, teils neue, teils gegen andere untüchtige ausgewechselte, denen dort (in Osnabrück, d. Hrsg.) kein Quartier gegeben werden sollte. So ist unser gnädigster Wille, daß ihr dafür sorgt, daß alle Leute, die Euch unser Oberst präsentiert, diesen ein Quartier zugewiesen wird auch wenn sie beweibt sind. Wir möchten damit nicht weiter behelligt werden.
Iburg 6. Aug. 1669. Ernst August."

Stadtarchiv Osnabrück, Militaria 17-18,2; zit. n. Kennepohl, a.a.O., S. 23

„Die Schulden, welche während des dreißigjährigen Krieges gemacht wurden und die schwedischen Satisfaktionsgelder (75000 Taler Entschädigung sogen die Schweden allein aus Osnabrück, Hrsg.) gaben zuerst zu einer beständigen Kasse Gelegenheit ... In diesen Umständen gelangten S. Kurfürstl. Durchl. Ernst August der erste zum Stifte; und wie derzeit der notwendige Aufwand eines Fürsten überall gestiegen war: so hing gewissermaßen die Ehre des Stifts daran, die „freiwillige Zahlung" öfter und stärker zu bewilligen. Es kam der Krieg mit Frankreich hinzu; der Bischof von Münster Bernhard von Galen spielte darin eine Rolle ... man wird endlich genötigt, einen Landschatz (Steuer auf den Boden, Hrsg.) einzuführen, welcher auch 1667 auf den dritten Pfennig geleget, und zu 12000 Taler monatlich repartiert wurde. Es kostete sehr viel Mühe, diesen zu erhalten ..."

Gutachten Mösers über das Steuerwesen, zit. n. Behr, H. J.: Politisches Ständetum und landschaftliche Selbstverwaltung. Geschichte der Osnabrücker Landschaft im 19. Jahrhundert. Osnabrücker Geschichtsquellen und Forschungen, H. 12, Osnabrück 1970

Ausplünderung der Volksmassen

Verordnung der Landesregierung (1780):
„Die Hochzeiten der Heuerleute sollen höchstens einen Tag, die der übrigen höchstens zwei Tage währen; jene dürfen höchstens 20, die Erb- und Markkötter höchstens 30, die Voll- und Halberben höchstens 80 Gäste laden. Das Weintrinken ist dabei verboten. Bei Kindertaufen sollen außer dem Pastor, Vogt und Küster nur acht Personen zugelassen, außer Butter und Käse nur drei Speisen aufgetragen werden. Bei Begräbnissen darf den Begleitern nichts als Essen und Trinken verabreicht, höchstens nach der Beerdigung eine halbe oder ganze Tonne Bier aufgelegt werden. Alle anderen Gastereien, wie Fenster-, Mai- und Pfingstbier, Fastnachtszechen, Garn- und Mistzehr ist streng verboten."

nach Hoffmeyer a.a.O., S. 176

„Die Tafelgüter des Bischofs betragen im Durchschnitt 40000 Rthlr., die Einkünfte des Domkapitels aber 100000 Rthlr. Jährlich wird von den drei Ständen ein Landtag abgehalten, auf welchem dem Bischof ein freiwilliges Geschenk gegeben wird, das aber nicht unter 60000 Rthlr. seyn darf. Gewöhnlich sind es 100000 Rthlr. Die Landeseinnahme, woraus dies genommen wird, beträgt im Durchschnitt 160000 Rthlr. Besondere Ausschreibungen erhöhen diese Summe oft sehr beträchtlich."

Hoche, a.a.O., S. 64

„Seine Wünsche und Bemühungen hatten keinen andern Endzweck, als Recht und Gerechtigkeit handhaben, den Ackerbau blühend, die Handlung (= Handel) nützlich, und besonders den eignen Stoff des Landes zu veredeln. Er ließ Kohlen und Marmor brechen, Erz graben, Maulbeerbäume pflanzen, Salzwerke anlegen, Werkhäuser bauen, Zigeuner kostbare Brücken anlegen, Dämme aufwerfen ... Doch ließ er auch eben nicht auf Gewinn arbeiten, sondern schien ... zu fühlen, daß mit tausend Taler Almosen eine gedoppelte Anzahl Arme ernähret werden kann, wenn sie für den Staat arbeiten und die Hälfte ihres Lohns verdienen."

Möser, Justus, Ernst August II., in: Historische Handschriften, Sämtliche Werke Bd. 9, S. 340 f.

„Wir Bürgermeister und Rat der Stadt Osnabrück fügen hiemit zu wissen: Demnach von unsern löblichen Vorfahren das Gassenbetteln vor den Türen mehrmalen ernstlich verboten worden ... So verordnen wir hiemit:
1) Daß das Gassenbetteln, in der Stadt gänzlich abgestellet und männiglichen bei ernstlicher Strafe verboten sein solle. ...
8) Diejenige, welchen aus den Armenanstalten Flachs, Hanf oder Wolle zu spinnen, oder sonstige Arbeit anvertrauet worden, dabei aber einer Untreu überführet werden, sollen das erste Mal, wenn das Verbrechen nur geringe, mit Gefängnis bei Wasser und Brot, zum zweiten Mal aber mit der Verweisung der Stadt ob sonsten bestrafet werden.
9) Damit nun diese vorhabende Armenanstalten desto besser zur Aufnahme befördert, Fleiß und Arbeitsamkeit unter den müßiggehenden Bettlern wieder hergestellt, mitleidswürdige Arme desto mehr verpfleget, unvermögende Kinder versorget und zu einem redlichen Gewerbe angeführet werden mögen, so werden alle Einwohner dieser Stadt erinnert und ermahnet, daß sie ihre gottgefällige mildtätige christliche Beisteuer ... nach den Umständen ihres Vermögens verbessern ... wollen ...
Gegeben in Ratsversammlung den 17. März 1772

Sammlung von Verordnungen aus dem Nachlaß Lemke, Staatsarchiv Osnabrück.

Löhne und Arbeitszeit

„Wir Bürgermeister und Rat der Stadt Osnabrück fügen hiemit zu wissen; ... daß nachbenannte, wenn sie ohne Kost und ohne Bier arbeiten, als

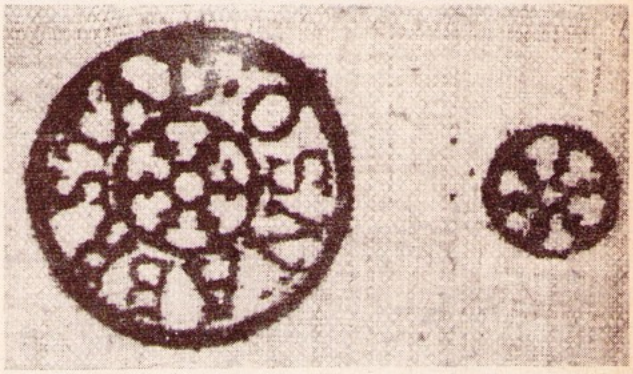
Ein Steinhauer	8 Schilling	Ein Deckergeselle	6 Schilling
Deren Gesellen	8 Schilling	Ein Handlanger	5 Schilling
Ein Handlanger	5 Schilling	Ein Kleinschnitger	8 Schilling
Ein Zimmermann	6 Schilling	Dessen Geselle	6 Sch. 3 Pf.
Ein Zimmerknecht	6 Schilling	Ein Glaser	8 Schilling
Ein Sagenschneider	6 Schilling	Dessen Geselle	6 Sch. 3 Pf.

ein anderer Tagelöhner aber nach Befinden 4 Schilling, 4 Sch., 8 Pf., oder 5 Sch. 3 Pf. täglich, in alten guten Gelde, an Lohn empfangen, dagegen aber die Maurer, Steinhauer, Zimmerleute, Sagenschneider und Decker nebst ihren Gesellen und Handlangern, von Ostern bis Michaelis, von 4 Uhr des Morgens bis 6 Uhr des Abends arbeiten, jedoch des Morgens von 7 bis 8, und des Mittags von 11 bis 1 Uhr der Ruhestunden geniessen; die Kleinschnitger und Glaser aber von 5 Uhr des Morgens bis Abends um 7 Uhr, nach Abzug der gewöhnlichen Ruhestunden, arbeiten sollen. Von Michaelis bis Ostern, da dieselbe von 6 Uhr des Morgens, bis Abends um 5 Uhr arbeiten, und des Mittags eine Ruhestunde geniessen, ist das Lohn um den vierten Teil abzukürzen.
Gegeben Osnabrück, den 3. Februarii 1763"

a.a.O.

Vorder- und Rückseite des mehrfachen Talers auf den Regierungsantritt des Bischofs Ernst August I. (1662-1698). Auf der Rückseite das Wappenschild des Hauses Braunschweig - Lüneburg.

Kennepohl, K.: Kleine Geld- und Münzengeschichte. Osnabrück o.J., S. 8f



Stempel der Stadtlegge von 1671
Israel, O.: Kleine Wirtschaftsgeschichte. Osnabrück 1966, S. 2

Weber am Webstuhl
Aus Rothert, H.: Heimatbuch des Kreises Bersenbrück, Bd. 1, Quakenbrück 1933, S. 62

Auch zu Beginn des 19. Jahrhunderts stagnieren Industrie und Handel - Das Land verarmt immer mehr

Die französische Revolution zeigte auch Auswirkungen auf den Osnabrücker Raum. In Osnabrück kam es zum Aufstand der Handwerksgesellen 1801. Auch auf dem Land gab es Unruhen, so stürmten z. B. die Gesmolder Bauern das Gefängnis, um einen Müller zu befreien, und zerstörten es. Weil diese Bewegungen zersplittert und ohne klare Zielsetzung waren, konnten sie von Kirche und Adel unterdrückt werden. – Von 1803 bis 1815 war Osnabrück, mit einer kurzen Unterbrechung, von den Franzosen besetzt. Diese räumten mit einer Reihe von feudalen Fesseln auf, beseitigten die Zünfte und z. T. die Leibeigenschaft, führten Gewerbefreiheit, öffentliche Geschworenengerichte und die bürgerlichen Freiheiten (Code Napoleon) ein. Durch hohe Zölle und Steuern, Einführung des Tabakmonopols und ständiges Abziehen von Arbeitskräften für den Krieg wurden Industrie und Handel allerdings stark behindert, lediglich die Papierindustrie entwickelte sich. – Nach der Niederlage der Franzosen fiel Osnabrück wieder, wie schon kurze Zeit 1803, an das Königreich Hannover, das in Personalunion mit England stand. Weil England dessen Konkurrenz fürchtete, trat Hannover nicht dem Preußischen Zollverein bei, was durch die hohen Zölle eine Entwicklung von Industrie und Handel bis zur bürgerlichen Revolution weitgehend verhinderte. Das Volk wurde unterdrückt, alle Fortschritte aus der Zeit der französischen Besatzung wurden fast vollständig zurückgenommen. – Vor allem das Land verarmte immer mehr; dies führte zu einer enormen Auswanderung, insbesondere nach Amerika. Unter maßgeblicher Initiative Stüves wurde die Ablösungsordnung erlassen, die den Bauern den Freikauf aus der Leibeigenschaft ermöglichte. Mit ihr wollte die aufkommende Bourgeoisie Arbeitskräfte für die Industrie heranschaffen, was aber bis zur Revolution kaum gelang.

Verordnung des Rats der Stadt Osnabrück zur genauesten Kontrolle und Reglementierung der Aufnahme von Fremden:

„... Gleichwie nun diese zu Beförderung des gemeinen Wohls abzweckende Verordnung jederzeit von unsern Wirten und Einwohnern bei Vermeidung willkürlicher Strafe beobachtet werden soll, so wird auch bei den jetzigen Zeitumständen, in Ansehung der reisenden Personen französischer Nation unsern Wirten die besondre warnende Erinnerung gegeben, keinen länger als höchstens vierundzwanzig Stunden, oder, wenn er mit der Post kommt, nicht länger als bis zu deren nächsten Abgang zu bewirten ... Unsere übrigen Einwohner haben sich jedoch der Beherbung solcher Personen gänzlich zu enthalten ...
Gegeben aus der Ratsversammlung, Osnabrück den 11. Dezember 1792"

Sammlung von Verordnungen aus dem Nachlaß Lemke, Staatsarchiv Osnabrück.

Der Aufstand auf der Gartlage

„Dieser unglückliche Vorfall (bei dem es 10 tote und 14 verwundete Bürger sowie 6 verwundete Soldaten gab, d. Hrsg.) ... hatte nun zwar bewirkt, daß die Gesellen und die übrigen Personen von dem Platze entflohen waren. Dagegen wurden aber jetzt von mehreren im Gehölze und Garten noch befindlichen Personen aufrührerische Reden vorgebracht, indem sie laut riefen: es sei nicht erlaubt, daß die Obrigkeit durch Soldaten auf Bürger feuern lasse; dieses solle der Obrigkeit jetzt nicht so hingehen, das Blut der Getöteten schreie um Rache; es solle jetzt nicht länger beim Alten bleiben, sondern man wolle es nun wie in Paris machen!"

Aus dem Bericht des Gerichtsherrn Storck und des Altermanns Schlederhaus über die Vorgänge auf der Gartlage, aus Merx, O.: Der Aufstand auf der Gartlage 1801, Mitteilungen des Historischen Vereins, Bd. 26, S. 265, 1901.

Friedrich von Gottes Gnaden, Herzog von York und Albanien, Bischof zu Osnabrück, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg usw.

„Das aufrührerische Betragen mehrerer Zunft- und Handwerksgesellen, die ... sich nicht entsehen haben, ihre Werkstätten zu verlassen und sich gegen die Befehle der Obrigkeit strafbar zu empören, sind stadt- und landkundig ... Und (was) den Aufstand der Handwerksgesellen betrifft, solcher (ist) nicht nur durch die Reichsgesetze bei schwerer Strafe verboten, sondern auch durch die im Jahre 1765 in unserm Hochstifte bekanntgemachte Kaiserliche Verordnung, daß die Handwerksgesellen, welche sich gelüsten, einen Aufstand zu erregen, sich zusammen zu rottieren, und entweder die Arbeit so lange, bis ihren Forderungen Genüge geschehen, zu verweigern, oder gar haufenweise anzutreten, als verwegene Frevler und Missetäter durch militärische Hilfe zum Gehorsam gebracht und mit Gefängnis, Zuchthaus, Festungsbau und ähnlichen Strafen belegt werden sollen ...
17. Juli 1801"

Zit. nach zu Hoene, O.: Der Gesellenaufstand auf der Gartlage von 1801, Osnabrücker Land 1977, Heimatbuch, S. 44f

Die Justiz reagierte auf den Aufstand auf der Gartlage mit drakonischen Strafen: gegen 28 Personen wurden zusammen 13 Jahre, 7 Monate und 3 Wochen Arrest bzw. Zwangsarbeit verhängt, zweimal scharfe körperliche Züchtigung angeordnet und 450 Taler Strafe verhängt. Die Kosten des Verfahrens und der „entstandene Schaden" mußten von 37 Personen getragen werden.

aus dem Urteil über den Aufstand, s. Merx, a.a.O., S. 270 ff

Unter der französischen Besatzung entsteht die Osnabrücker Papierindustrie; der übrige Handel geht zurück.

„Meine beiden hiesigen Fabriken ... befinden sich jetzt in einem vorzüglichen Flor ... Obgleich ich von jeher mit vielen Hindernissen kämpfen und manche Gefahr überwinden mußte, so ist es mir dennoch geglückt, es dahin zu bringen, daß jetzt das ganze Jahr hindurch zehn Bütten unausgesetzt im Gange sind ... wodurch eine Anzahl von 120 größtenteils solcher Menschen Arbeit und Brot erhalten, die keiner schweren Arbeit tüchtig sind, die also dem Staate unmittelbar zur Last fallen würden."

Papierfabrikant Quirll über seine Werke; zit. nach Sporken-Krempel,: Chronik der Papiermacherei im Raum Osnabrück, Osnabrück 1958, S. 67

„Die Tabaksfabriken haben infolge der Stockung des Handels ihre Arbeiter größtenteils entlassen müssen, und wenngleich die Zahl derselben in der bei der Stadt befindlichen Papier- und Kartenfabrik (an der Wüste) noch bedeutend ist, so wird doch wahrscheinlich dieselbe sich vermindern, da der sonst nicht unbedeutende Absatz des Papiers an die Tabaksfabriken mangelt oder doch wenigstens geringer wird."

zit. n. Sporken-Krempel, a.a.O., S.66

Aus einem Bericht des Präfekten des Oberemsdepartements, zu dem Osnabrück gehörte, Keverberg, an seine vorgesetzte Behörde:

„Es ist unmöglich , den Zoll von 61 Franken für den Meterzentner (Leinen, d. Hrsg.) zu entrichten. Im Oberemsdepartement fabriziert man eine große Art Leinen, Löwend genannt, 1 Stück von 100 Ellen Länge und 1 3/16 Breite wiegt 25-27 kg und kostet 70-90 Franken. Der Eingangszoll erhöht also den Preis um 20%, was den Absatz in dem Hauptabsatzgebiet, in Holland, gänzlich unterbinden muß. Die Leinenindustrie ist die einzige industrielle Hilfsquelle, liegt jetzt aber ganz danieder."

zit. n. Hoffmeyer, L.: Chronik der Stadt Osnabrück, Osnabrück 1964, S. 258

Nach der Besatzung stellt der Feudaladel gegen den Willen der aufkommenden Bourgeoisie die alten Verhältnisse wieder her

Bekanntmachung über die Wiederherstellung der Ämter und Gilden im Fürstentume Osnabrück vom 12. Mai 1817:

... 1. Die Gilden und Zünfte im Fürstentume Osnabrück werden vom 1. Juli dieses Jahres an unter folgenden Bestimmungen und Modifikationen wieder hergestellt und in ihr früherhin besessenes Eigentum wieder eingesetzt ...

12. Da es übrigens die Absicht nicht sein kann, durch die gegenwärtig angeordnete Herstellung der Gilden auch alle diejenigen Willkürlichkeiten und Mißbräuche wieder herzustellen, welche in früheren Zeiten an einigen Orten von denselben ausgeübt worden sind, so wird das vormals behauptete Zwangsrecht der Gilden ... hiemit beschränkt: ...

17. Alle Mißbräuche der Handwerker ... werden für die Folge gänzlich abgestellt. Des Endes darf auch das sogenannte Gerichthalten der Gesellen, alles Strafen und Schimpfen derselben für die Zukunft nicht weiter stattfinden.

Sie dürfen unter sich keine eigene Gesellschaft bilden und als Mitglied einer solchen sich nicht versammeln oder Beschlüsse fassen ...

23. Den Gesellen wird übrigens verboten, anders als nach achttägiger Aufkündigung aus der Arbeit ihrer Meister zu gehen. Auch wird ihnen zur Pflicht gemacht, außer den Sonn- und Festtagen sowohl im Sommer, als im Winter täglich von Morgens 5 Uhr, bis Mittags 12 Uhr, dann von 1 Uhr bis Abends 7 Uhr zu arbeiten. Die Aufkündigung soll von beiden Seiten nur Sonntags geschehen, und ist es, wenn selbige von dem Gesellen geschieht, diesem verboten, vor Ablauf von 6 Wochen sich an dem nämlichen Orte bei einem andern Meister wieder zu verdingen.

Jeder Gesell, der diesen Verfügungen zuwider aus irgend einem Grunde an den Werktagen während ermeldeter Arbeitszeit das Haus seines Meisters verläßt und spazierengeht, soll die zwei ersten Male unabbittlich für jeden Tag 1 Reichstaler Strafe zum Vorteil der Pflege-Kasse erlegen, bei dem dritten Falle aber, außer der Erlegung der Strafe, binnen 24 Stunden bei Gefängnisstrafe den Ort verlassen verbunden sein.

Königlich Großbritannisch-Hannoversche Regierung."

Sammlung von Verordnungen aus dem Nachlaß Lemke, a.a.O.

J.C.B. Stüve zum Nichteintritt Hannovers in den Preußischen Zollverein:

„Der Plan von Handelsfreiheit im Innern, mit Ursprungsscheinen und Transitozöllen scheint mir auch ein leidiges Inventum und ebenso übel, daß man nicht einsieht, wieviel man verderbe, wenn Hannover sich ausschließt. Auf jenem Wege entsteht nie ein festverbundenes Ganzes ... Man legt sich dadurch die Schmuggelei recht unmittelbar ins Herz Deutschlands, und statt einer Grenzwache behalten wir tausend, die unendlich kosten und den Handel hemmen."

Aus einem Brief Stüves vom 21.12.1829, zit. n. Vogel, W.: Briefe J.C.B. Stüves, Bd. 1. Göttingen 1959, S. 163

Mit der Ablösungsordnung von 1833 hoffte die Bourgeoisie, Arbeitskräfte für die stagnierende Industrie freizusetzen. Dies gelang kaum, schon allein deshalb,

weil die Bauern in der Regel viel zu arm waren, um sich freikaufen zu können. Um der wachsenden Verarmung und dem letztlich drohenden Hungertod zu entgehen, wanderten sie scharenweise aus.

„Zuerst ist zu bemerken, da überall nur der pflichtige Landmann berechtigt ist, die Lasten, die auf seinem Grund und Boden haften, aufzukündigen und also deren Ablösung zu erzwingen. Der Gutsherr hat ein solches Recht nicht ...

Eine Verwandlung in eine jährliche Geldabgabe kann dagegen nur verlangt werden:
1) bei allen ungewissen Gefällen (ungewisse Abgaben, die die Eigenbehörigen z. B. bei Sterbefällen, Heiraten oder für Freibriefe zu entrichten hatten, d. Hrsg.)
2) bei allen Diensten;
3) bei allen Naturalabgaben (Einschränkungen s. unten, d. Hrsg.) ...
4) beim Zugzehnten ...

Feste Geldabgaben und feste Abgaben an Roggen, Weizen, Gerste, Hafer, Buchweizen, Bohnen und Erbsen kann dagegen der Bauer nur mit einem Kapital ablösen ...

(Es ist bestimmt), daß ein jedes Grundstück frei verkauft werden kann, wenn der Kaufpreis zu Ablösung von Gefällen verwandt wird ...

Die Hauptsache aber ist, die Art und Weise, wie überall (die) Geldrente gefunden wird. Hier werden nun, was das Korn und sonstige Naturalabgaben angeht, die Preise öffentlich bekannt gemacht, nach denen die Berechnung geschehen soll. Dieser Preis kann nicht zu hoch kommen, da der Wert der Kornfrüchte immer 3%, also etwa 1 Mgr. vom Taler geringer angeschlagen werden soll.

In Rücksicht der Dienste werden auch die Preise öffentlich bekannt gemacht werden, welche für einen Diensttag zu berechnen sind ... Was den Zehnten angeht, so kann jeder Teil verlangen, im Falle derselbe die letzten 24 Jahre verpachtet gewesen ist, daß der Durchschnitt des Pachtertrags zu Grunde gelegt werde. Ist dies nicht der Fall, so werden die Zehntregister, wenn solche 24 Jahre lang glaubwürdig geführt sind, zum Grunde gelegt."

Aus Stüve, C.: Kurzgefaßter Unterricht über die Ablösungsordnung vom 28. Julius 1833 für den Osnabrückischen Landmann, Osnabrück 1833, S. 1 ff

Steuerpflichtige und Zahlungsunfähige 1848/49 (Personensteuer)

1. Städte und Flecken	Steuerpflichtige die bezahlten	Zahlungsunfähige
Osnabrück	5316	744
Fürstenau	424	35
Quakenbrück	1087	70
Melle	470	177

2. Vogteien	Gesamtzahl der Heuerlingsfamilien	Zahlungsunfähige
Amt Bersenbrück	2679	968
Amt Iburg	2050	1054

Bevölkerungszahlen und Viehbesatz 1833 (1560)

	Familien	Pferde	Rindvieh	Schafe
Flecken Vörden	150 (53)	38 (165)	398 (349)	35 (-)
Kirchspiel Bramsche	869 (372)	483 (1275)	2660 (2246)	233 (1700)
Kirchspiel Engter	336 (163)	225 (595)	1376 (998)	637 (1104)
Gesamt	1588)	746 (2035)	4434 (3593)	905 (2804)

Brief eines auswandernden Heuermanns an die Landdrostei Osnabrück

„Vor meiner Abfahrt fühle ich mich veranlaßt, Ihnen zu schreiben, wie es mit der Behandlung der Heuerleute durch die Bauern steht. Man muß viel Geld für schlechtes Heuerland bezahlen und obendrein noch so viel arbeiten, daß man es nicht mehr aushalten kann. Wenn der Heuerling sich einen Tagelohn verdienen will, muß er seine eigenen Arbeiten schon bei Nacht verrichten ... Es hieß immer so, daß sich die Verhältnisse von Jahr zu Jahr bessern sollten, aber nichts ist eingetreten; sie werden sich noch weiter verschlechtern. Deshalb geht der Heuermann gezwungen aus Deutschland ..."

Kiel, K.: Gründe und Folgen der Auswanderung aus dem Regierungsbezirk Osnabrück, in: Mitteilungen des Historischen Vereins, Bd. 61, S.105, 1941.

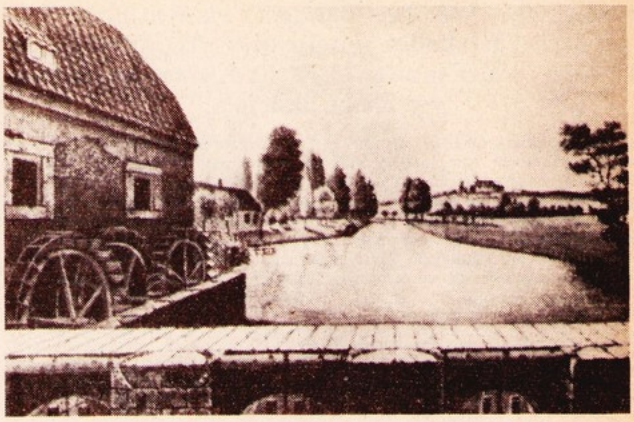
Gesamtauswanderung 1832 – 1866

Stadt Osnabrück	Amt OS	Amt Iburg	Regierungsbezirk Osnabrück
1209	7025	6246	60630

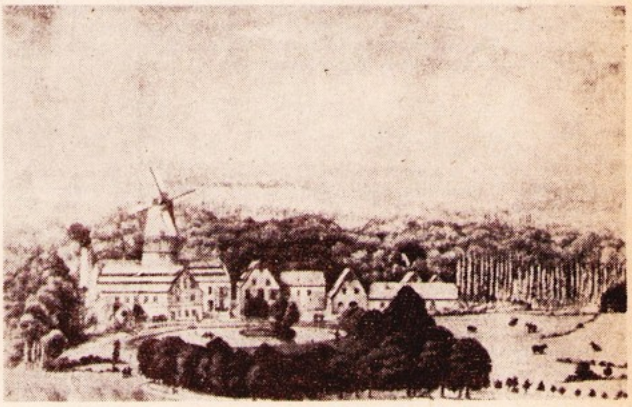
Kiel, K.: a.a.O., S. 176

Prozentuale Auswanderung im Verhältnis zu Deutschland

	Aus Deutschland ausgewandert	Aus dem Regierungsbezirk Osnabrück ausgewandert	In %
1833 - 1840	195000	11139	5,5
1841 - 1850	633000	22491	3,5
1851 - 1866	1484000	26799	1,8



Neue Osnabrücker Mühle um 1834
Hoffmeyer, L.: Chronik der Stadt Osnabrück 1935, S. 217



Papiermühle in Gretesch (1844)
Bedeutende Osnabrücker des 19. Jahrhunderts. Osnabrück o.J., S. 12

Spottlied auf die auswandernden Heuerleute

„Ihr Bauern werdet eure Häuser leer,
Und keiner will den Schmachtstall mehr.
Aus eurem Haus ein Ziegenstall
Und euer Land bald Heide all."

Aus Wrasmann, a.a.O., S. 83

Marseillaise der auswandernden Heuerleute

„Hier sind wir nur Bauernsklaven,
Dort fahren wir in Kutschewagen!
Drum ihr deutschen Brüder, ja,
Es geht nichts vor Amerika."

Aus Hardebeck, W.: Die Auswanderung nach Amerika aus unserer Gegend, in: Mitteilungen des Vereins für Geschichte und Altertumskunde des Hasegaus, H. 14, Lingen 1905, S.27

Um 1824 beutete Quirll in seinen beiden Papiermühlen an der Hase und in Oesede 134 Arbeiter aus. Der Export machte seinen Angaben zufolge im Durchschnitt ⅔ der Gesamtproduktion aus und ging vor allem nach Bremen, Hamburg, Oldenburg und Preußen.

Aus Sporken-Krempel, a.a.O., S. 75

Revolution 1848: Das Bündnis zwischen Bourgeoisie und Feudaladel unterdrückt die arbeitenden Klassen – der monarchistische Kleinstaat Hannover bleibt bestehen.

In der Revolution von 1848 traten in der Stadt Osnabrück im wesentlichen zwei Strömungen hervor: zum einen die radikalen Demokraten, die sich schon 1833 im sog. Bierklub organisiert hatten, der später in Märzverein umbenannt wurde, deren soziale Basis zum einen im Kleinbürgertum (Handwerker, Intellektuelle), zum andern auch in einem kleinen Teil der Osnabrücker Bourgeoisie bestand. Sie forderten die völlige Abschaffung der Monarchie und ein einheitliches frei gewähltes deutsches Parlament. Ihnen gegenüber stand die Mehrheit der Osnabrücker Bourgeoisie, deren politische Zentrale im Magistrat, angeführt von J.C.B. Stüve, bestand.

Aus Furcht vor den revolutionären Aktionen der arbeitenden Klassen suchte sie das Bündnis mit dem Feudaladel. Die Unterdrückung der Bewegungen des erst im Entstehen begriffenen Proletariats und der Gesellen stand von Beginn an auf ihrem Programm. Ebenso wandte sie sich gegen die Aktionen der Bauern und Heuerleute, wenn diese sich direkt gegen die Feudalherren richteten.

Um die Volksbewegungen unter Kontrolle zu bekommen, sah sich der König genötigt, das „Märzministerium" mit Stüve als Innenminister zu bilden und bestimmte Zugeständnisse (Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit) zu versprechen.

Zielstrebig betrieb das Märzministerium die Beibehaltung des monarchistischen Kleinstaats mit erweiterten Rechten für die Bourgeoisie; so lehnte es die Anerkennung der Reichsverfassung ab. Als dieses Ziel erreicht war, mußte es folgerichtig einer offen reaktionären Regierung weichen.

Briefe J.C.B. Stüves vom 18. und 20.3.1848

„Es ist heute ein unendlicher Spektakel in der Stadt gewesen. Gleichzeitig mit der Nachricht von Metternichs Sturze kommt die Nachricht, der König habe nachgegeben ... Nun mußte illuminiert werden. Das Schloß illuminiert, die Infanteriekaserne durch die Unteroffiziers illuminiert, darüber dann natürlich endlose Vivats vom Volke ...

Abends zog nun eine Schar von mindestens 3000 – 4000 Menschen mit schwarz-rot-goldenen Fahnen auf den Markt, wo vom Turme eine 40 Ellen lange Flagge gleicher Farbe wehte. Da ließen wir „Nun danket alle Gott" blasen und mit entblößten Häuptern singen. Dann hielt ich eine Anrede, indem ich ihnen die Farben auslegte. Man muß auf alle Weise dem Volke Ernstes und Erhebendes sagen. Nun „Des Deutschen Vaterland". Dann trug Breusing mit ungemeiner demagogischer Gewandtheit ihnen verschiedene Sachen vor, ließ sie zu allem ja sagen ... Aber es ist einem schwül! In Schledehausen sind die Bauern wild geworden, haben H(errn) v. Schele einen Hund totgeschlagen, dann ein Leichenbier gehalten und ihn feierlich zum Scheleschen Erbbegräbnis gebracht: „Ein Hund solle bei dem andern!"

Vogel, W.: Briefe J.C.B. Stüves, Bd. 1, Göttingen 1959, S. 632 f

Die folgende Petition an die hannoversche Regierung wurde am 18. März auf einer Volksversammlung auf dem Rathausplatz von mehreren hundert Einwohnern Osnabrücks unterzeichnet. Sie ist ein Kompromiß zwischen den o. e. politischen Strömungen und enthält auch Zugeständnisse an die arbeitenden Klassen:

„Freie Männer, deutsche Brüder!

Ganz Deutschland ist in Bewegung ... Alle wollen ein einiges, aber auch ein freies Deutschland ... Die Fürsten haben die Wichtigkeit dieser Anträge nicht verkannt ... Nicht aber wollen wir Aufhebung des Besitzes und Eigentums, nein Heiligkeit und Unverletzlichkeit desselben, Achtung aller Rechte ...

1. (Wir) verlangen ... Bewaffnung aller wehrhaften Männer. Zu den Anführern müssen wir Vertrauen haben, und verlangen deshalb, sie selbst zu wählen ... (Wir verlangen) bedeutende Verminderung des stehenden Heeres, namentlich der kostbaren Kavallerie ...

2. (Wir verlangen) Aufhebung der Zensur, Freiheit in Rede, Schrift und Druck.

3. Wir wollen, daß unser deutsches Volk, wie das französische und englische, in sich einig und dadurch nach Außen stark sei ... Wir verlangen ein deutsches Parlament statt der gegenwärtigen Gestalt des Bundestages ...

4. Wir verlangen völlige Freiheit der Meinung in religiösen Dingen, und völlige Freiheit der Religionsausübung mit gleicher bürgerlicher Berechtigung aller ...

5. Wir verlangen Sicherung der Arbeit und eines entsprechenden Lohns ...

6. (Wir verlangen) für alle wahrhaft unbescholtenen Männer Teilnahme an den Wahlen ...

7. Wir halten dafür, daß Jeder ein Recht auf möglichst freie und vollkommene geistige Ausbildung habe; ... wir verlangen, daß das Schulgeld aufgehoben, die nötigen Mittel des Unterrichts auf Staatskosten beschafft, die Lehrer ... besser als bisher besoldet werden ...

8. (Wir verlangen) Freiheit der Volksversammlung ohne polizeiliche Aufsicht ...

9. (Wir verlangen) Aufhebung der rein privatrechtlichen Privilegien und Exemtionen, namentlich Aufhebung des Jagdrechts, Aufhebung der Befreiung von Steuern und Gemeindelasten, Aufhebung der Vorrechte einzelner Stände, Zutritt für alle zu allen öffentlichen Ämtern in Zivil und Militär ...

10. (Wir verlangen) Unabhängigkeit der Verfassung und Verwaltung der Gemeinden ...

11. (Wir verlangen) Öffentlichkeit der Vertretung in Gemeinde und Staat.

12. Wir fordern ... Öffentlichkeit und Mündlichkeit der Rechtspflege und Beteiligung des Volks an derselben durch Geschworenengerichte ...

13. Wir fordern ... unbeschränkte Verantwortlichkeit aller Staats- und Gemeindebeamten, namentlich der Minister.

14. Wir halten dafür, daß es die Bestimmung des Militärs ist, den Staat und die Verfassung zu schützen.

15. Wir verlangen also Beeidigung des gesamten Militärs auf die Verfassung.

Osnabrück, den 18. März 1848"

Sammlung von Flugschriften über die Revolution von 1848 – 1849, Staatsarchiv Osnabrück

„Eine Petition der „sämtlichen Handwerker und Heuerleute des Kirchspiels Oesede" enthielt folgende Forderungen: 1. Befreiung der Beitragspflicht zur Unterhaltung der Kommunalwege; 2. Benutzung der ungeteilten Oeseder Markgründe zur Weide, gegen Entschädigung nach einer bestimmten Ordnung; 3. Abstellung der unentgeltlichen Hofdienste, „wo ... wir insgesamt drückend dar niederliegen und uns zur Pflicht gemacht wird, so viel als der Bauer verlangt, unentgeltlich zu tun"; 4. Verbesserung der Wohnungen der Heuerleute und Ueberweisung größerer Mengen Landes unter gehöriger Berücksichtigung der Beschaffenheit desselben; 5. Möglichste Arbeitszuteilung und Sicherheit eines entsprechenden Lohnes; 6. Feststellung und Regulierung der Heuer-Verträge durch einflußreiche und vertrauenswürdige Männer; 7. Ermäßigung des Schulgeldes; 8. Abänderung der den freien Verkehr hemmenden Domizils-Ordnung; 9. Zuziehung und Vertretung bei den Verhandlungen und Beschlüssen der Gemeinde; 10. Ueberlassung von Holz und Streumaterial aus den landesherrlichen und klösterlichen Forsten nach einer billigen Taxe."

Wrasmann: a.a.O., S. 105.

Im Juli 1848 organisierten sich Teile der 500 Zigarrenarbeiter Osnabrücks, stellten u.a. folgende Forderungen auf und traten darüber in Verhandlungen mit den Fabrikanten. Diese verweigerten hingegen jedes Zugeständnis und brachen die Verhandlungen im November 1848 ab.

„...

§ 1 In der Stadt und Landdrostei - Bezirk Osnabrück bildet sich eine Cigarrenmacher-Vereinigung, welche den Stand der Cigarrenarbeiter in moralischer und materieller Hinsicht zu wahren und zu heben sucht ...

§ 6 Für die Lehrlinge in den Cigarrenfabriken gelten folgende Grundsätze: ...

b. Die Lehrzeit ist mindestens fünf Jahre ...

h. Zum wirklichen Cigarrenmachen (Rollen) kann der Lehrling das letzte Jahr gelassen; die ersteren Jahre wird er zum Abstruppen und Wickelmachen gebraucht ...

§ 7 Die Verhältnisse der Gehilfen betreffend: so soll ...

b. die Arbeitszeit von 7 bis 7 Uhr dauern, und kann 1 Stunde zum Mittagstisch verwandt werden.

c. die Arbeitspreise jedesmal nach Beschaffenheit des Tabaks nach vorgelegter Probe zu bestimmen sein; indes darf niemals für 1000 der geringsten Sorte, nach guter Verarbeitung, unter 22 ggz gearbeitet werden ...

h. ... Ein Kontrakt, der eine Verpflichtung enthält, (nach Kündigung durch den Gesellen, d. Hrsg.) in keiner anderen Fabrik wieder zu arbeiten, ist unzulässig.

... Osnabrück, den 30. Juli 1848."

Staatsarchiv Osnabrück, Dep 3b V, Nr. 1661.

Von Beginn an plant die Bourgeoisie die Unterdrückung der revolutionären Volksbewegung und sucht das Bündnis mit dem Feudaladel.

Aus dem provisorischen Dienstreglement von 1848 der am 21.3. gebildeten Bürgerwehr von Osnabrück:

„... Die in der Stadt Osnabrück errichtete Bürgergarde ist zu dem Zweck gebildet, nur im Verein mit der Obrigkeit und in Folge deren Aufforderung zur Erhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung ... und zum Schutze des ... gefährdeten Eigentums und der Sicherheit der Personen mitzuwirken."

Baum, Wilfried: Revolutionäre Aktionen und Bewegungen in Osnabrück 1848 – 1851, Osnabrück 1963, S. 71

Die Heuerleute in Langen protestierten mit folgender Begründung gegen die allgemeine Bewaffnung „für's Vaterland":

„Wir haben kein Vaterland, keine Heimat, keinen Grundbesitz, ja wir sind selbst um die Nutzung der Mark, die wir vor der Teilung hatten, gebracht, jetzt wo nun Not an den Mann tritt, sollen wir für die Besitzer eintreten. Unsertwegen mögen die Banden ruhig herankommen, wir haben nichts zu verlieren. Wenn erst alle Ufer und Einfriedungen in der Mark niedergelegt, dann wollen wir auch unsern Mann stehen und Gut und Blut für Gesetz und Ordnung opfern."

Zit. n. Hardebeck: Politische Plaudereien 1834 und 1848, S. 29, Mitteilungen des Vereins für Geschichte und Altertumskunde des Hasegaus, Heft 13. Lingen 1904

Kommentar des Osnabrücker Tageblatts (Organ der Radikalen Demokraten)

„Was ist aber das Ministerium Stüve? Ein Ministerium des Spießbürgertums, das gern alle noch bei uns bestehenden mittelalterlichen Einrichtungen, die „notwendige ständische Gliederung" u. dergl. erhalten, ja uns weit in's Mittelalter zu-

rückführen möchte, das Hannover von der modernen Entwicklung ganz abschließen, die Hannoveraner zu einem patriarchalischen Ackerbauvölkchen machen möchte, das sich mit Gewerben nur so weit befaßt, als es gerade für seinen eigenen Bedarf notwendig ist ...

Osnabrücker Tageblatt Nr. 62 (3.6.1848), S.1, Staatsarchiv Osnabrück

Aus einem Brief J.C.B. Stüves an Pagenstecher vom 14.4.1848

„... Man muß jetzt mit der Revolution schiffen, in der Hoffnung, so den Zeitpunkt zu erreichen, wo die Übertreibung der Revolutionäre den Punkt herbeiführt, wo ihre Macht zusammensinkt ...

Wahrscheinlich werde ich Ihnen bald meine Resignation schicken, da der K(önig) nun unsere Verhältnisse ordnen will. Ich kann sehr gut mit ihm gewähren; er soll sehr lobend von mir sprechen und scheint mit den Zuständen zufrieden zu sein ...“

Zit. n. Vogel. W.: a.a.O., S. 634.

Am 26. November 1848 zogen mehrere hundert Gesellen, Arbeiter und Kleinbürger vor die Hauptwache am Neumarkt und forderten die Freilassung zweier Unteroffiziere, die aufgrund einer Bittschrift, in der sie eine Verbesserung ihrer Lage gefordert hatten, verhaftet worden waren. Die Demonstration wurde durch die Bürgerwehr auseinandergetrieben und mehrere Teilnehmer verhaftet. Als Reaktion veröffentlichte der Magistrat die folgende „Obrigkeitliche Bekanntmachung und Warnung:

„Befreiung eines Gefangenen wird nach den Umständen mit Gefängnis, Arbeitshaus und selbst sechsjähriger Zuchthausstrafe geahndet. Legen zusammengerottete Personen die Absicht an den Tag, mit vereinigter Gewalt der Obrigkeit in Ausführung ihres Willens zu widerstehen, oder die Erlassung oder Zurücknahme einer Verfügung von einer öffentlichen Behörde zu erzwingen oder wegen einer Amtshandlung Rache an derselben zu nehmen: so werden sie als Aufrührer den Umständen nach mit Gefängnis-, Arbeitshaus-, Zuchthaus- oder Kettenstrafe belegt.

... (Es) wird zur Warnung bekanntgemacht, daß die getroffenen Maßregeln zur Erhaltung der Ruhe und Ordnung mit der größten Strenge und nötigenfalls durch Anwendung von Waffengewalt durchgeführt werden.

Osnabrück, den 28. November 1848
Bürgermeister und Rat der Stadt Osnabrück, Pagenstecher“

Sammlung von Flugschriften über die Revolution von 1848 – 1849, Staatsarchiv Osnabrück

Gesetz, die Verhältnisse der Heuerleute betreffend – Zugeständnis der herrschenden Klassen an die revolutionären Aktionen auf dem Lande

§ 1 Der seinem Verpächter zur Arbeitshilfe verpflichtete Heuermann ist, mit Ausnahme der Erntezeit, zur Dienstleistung nur dann schuldig, wenn er Tags zuvor vor Sonnenuntergang bestellt ist ...

§ 2 Der Heuermann kann von dem Verpächter einer Wohnung verlangen, daß diese trocken ist und Wohnstube und Kammer gelüftet werden können ...

Gegeben Hannover, den 24.11.1848 Ernst August Dr. Stüve

Gesetzsammlung für das Königreich Hannover 1848/49

Zeittafel

1650	„Immerwährende Capitulation“ legt fest, daß in Osnabrück abwechselnd ein katholischer und ein protestantischer Bischof regieren
1662-1698	Ernst August I., aus dem Hause der Welfen in Hannover, beseitigt die meisten der Souveränitätsrechte der Stadt Osnabrück, wie das Recht, Truppen auszuheben, Steuern zu erheben und die Stadtgerichtsbarkeit. Das Bistum wird zu einem zentralisierten Territorium.
1665	Osnabrück wird Garnisonsstadt
1702/07	Lingen und Tecklenburg werden preußisch.
1715-1728	Ernst-August II., Bruder des Georg I., König von Hannover und England. Einrichtung einer Porzellanmanufaktur, Finer Wachsbleiche und der Saline Rothenfelde
1756-1763	Osnabrück wird in den Siebenjährigen Krieg hineingezogen. Hohe Zahlungen an britische und hannoversche Truppen.
1801	Handwerksgesellenaufstand auf der Gartlage – Unruhen in Gesmold
1803	Säkularisierung des Bistums Osnabrück
1803-1815	Osnabrück unter französischer Besatzung
1833	Inkrafttreten der Ablösungsordnung
1848	
7. März	Volksversammlung im Friedenssaal unter Vorsitz von Stüve, Unterzeichnung einer Petition an die Landesregierung.
14. März	Proklamation Ernst Augusts, die u. a. Presse- und Versammlungsfreiheit verspricht
18. März	Volksversammlung auf dem Rathausplatz, Unterzeichnung einer neuen Petition, abends Illumination der Stadt.
20. März	Bildung des „Märzministeriums“
5. September	Abänderungsgesetz zur Landesverfassung, der Einfluß des Adels auf die Gesetzgebung wird eingeschränkt.
26./27. November	„Novemberunruhen“ in Osnabrück

Die Illumination

Großvater, ich setze die Lampe
Ans Fenster zur Illumination.
Sieh, alles glänzt, die Minister,
Sie stürzen mit Spott und mit Hohn.

Laß dunkel, mein Kind, die Fenster,
Das macht micht nicht traurig, nicht froh;
Ob diesen Minister, ob jenen,
Das Volk liegt hungernd auf Stroh.

Großvater, hörst du nicht schallen
Den jubelnd freudigen Ton?
Gefallen ist Louis Philipp
von seinem entweihetem Thron.

Fünf Könige schon sah ich fallen,
Das macht mich nicht traurig, nicht froh;
auch unter dem sechsten König
liegt hungernd das Volk auf dem Stroh.

Nein, nein! Zerbrochen auf ewig
Hat Frankreich das Königsjoch.
Hörst Du? Sie rufen die Freiheit,
Die Republik lebe hoch!

Die Republik und die Freiheit?
Das macht mich nicht traurig, nicht froh;
auch unter dem Wohlfahrtsauschuß
Lag hungernd das Volk auf dem Stroh.

Großvater! Sieh leuchten die Inschrift
Am Schloß der Tuilerien:
„Hotel der invaliden
Arbeiter“ künftighin.
Und dort, sieh nur, dort funkelt:
„Die Arbeit wird garantiert!“
Arbeiter! Des Königs Millionen
Sind euer, wie sichs gebührt!

Da trägt mit zitternden Händen
Das Lämpchen ans Fenster der Greis,

Und über die faltigen Wangen,
Da rollen die Tränen ihm heiß,
Er schließt mit erhobenen Augen
Ans Herz den Enkelsohn
Und ruft mit gebrochener Stimme:
'Es lebe die Revolution!''

Gedicht einer Osnabrückerin namens Mathilde Beckmann, das 1848 auch als Flugblatt in Osnabrück verteilt wurde.

Sammlung von Flugschriften über die Revolution von 1848 – 1849, a.a.O.

Literaturverzeichnis

Baum, W.: Revolutionäre Aktionen und Bewegungen in Osnabrück 1848-1851, Osnabrück 1963
Bedeutende Osnabrücker des 19. Jahrhunderts, hrsg. v. Verkehrsverein Osnabrück, Osnabrück o.j.
Behr, H.-J.: Politisches Ständetum und Landschaftliche Selbstverwaltung. Geschichte der Osnabrücker Landschaft im 19. Jahrhundert. (Osnabrücker Geschichtsquellen und Forschungen, H. 12) Osnabrück 1970
Staatsarchiv Osnabrück, Dep 3 b V, Nr. 1661
Gesetzsammlung für das Königreich Hannover 1848/49
Hardebeck, W.: Die Auswanderung nach Amerika aus unserer Gegend. In: Mitteilungen des Vereins für Geschichte und Altertumskunde des Hasegaus, H. 14, Lingen 1905
Hardebeck, W.: Politische Plaudereien 1834 und 1848. In: Mitteilungen des Vereins für Geschichte und Altertumskunde des Hasegaus, H. 13, Lingen 1904
Hoche, J. G.: Reise durch Osnabrück und Niedermünster in das Saterland, Ostfriesland und Gröningen, Bremen o. J. (1800)
Hoene, O. zu: Der Gesellenaufstand auf der Gartlage, in: Osnabrücker Land 1977, Heimatbuch
Hoffmeyer, L.: Chronik der Stadt Osnabrück, Osnabrück 1935
Hoffmeyer, L.: Chronik der Stadt Osnabrück, 3. erw. Aufl., Osnabrück 1964
Israel, O.: Kleine Wirtschaftsgeschichte, herausgegeben vom Verkehrsverein Osnabrück, H. 16, Osnabrück 1966
Kennepohl, K.: Die Stadt Osnabrück und Bischof Ernst August I. 1662-1698, Diss. Münster 1922, Osnabrück 1922
Kennepohl, K.: Kleine Geld- und Münzgeschichte, herausgegeben vom Verkehrsverein Osnabrück, H. 8, Osnabrück o. J.
Kiel, K.: Gründe und Folgen der Auswanderung aus dem Regierungsbezirk Osnabrück, insbesondere nach den Vereinigten Staaten, im Lichte der hannoverschen Auswanderungspolitik betrachtet (1823-66). In: Mitteilungen des historischen Vereins, Bd. 61, Osnabrück 1941
Merx, O.: Der Aufstand auf der Gartlage 1801. In: Mitteilungen des Historischen Vereins, Bd. 26, Osnabrück 1901
Möser, J.: Sämtliche Werke. Historisch-kritische Ausgabe in 14 Bänden, Oldenburg und Berlin o. J. (1954 ff)
Osnabrücker Tageblatt von 1848, Staatsarchiv Osnabrück
Rothert, H.: Heimatbuch des Kreises Bersenbrück, Bd. 1, Quakenbrück 1933
Sammlung von Flugschriften über die Revolution 1848-1849, Staatsarchiv Osnabrück
Sammlung von Verordnungen aus dem Nachlaß Lemke, Staatsarchiv Osnabrück
Sporken-Krempel, L.: Chronik der Papiermacherei im Raum Osnabrück, Osnabrück 1958
Stüve, C.: Kurzgefaßter Unterricht über die Ablösungsordnung vom 28. Julius 1833 für den Osnabrücker Landmann, Osnabrück 1833
Vogel, W.: Briefe J. C. B. Stüves, Bd. 1, Göttingen 1959
Wrasmann, A.: Das Heuerlingswesen im Fürstentum Osnabrück, Teil II, In: Mitteilungen des Historischen Vereins, Bd. 44, Osnabrück 1922

1848-1914. Die Bourgeoisie wird zur herrschenden Klasse. Die Arbeiterklasse beginnt, ihre Kraft zu entfalten

„Bis 1848 hatte Deutschland keine eigentliche Großindustrie besessen. Die Handarbeit herrschte vor; Dampf und Maschinerie bildeten nur Ausnahmen. Nachdem die deutsche Bourgeoisie dank ihrer Feigheit in den Jahren 1848 und 1849 eine schmähliche Niederlage auf politischem Gebiet erlitten hatte, tröstete sie sich, indem sie sich mit Feuereifer auf die Großindustrie warf. Das Bild des Landes verwandelte sich schnell. Wer Rheinpreußen, Westfalen, das Königreich Sachsen, Oberschlesien, Berlin und die Seestädte 1849 zum letztenmal gesehen hatte, erkannte sie im Jahre 1864 nicht wieder. Überall waren Maschinen und Dampfkraft eingedrungen. Große Fabriken waren größtenteils an die Stelle der kleinen Werkstätten getreten. Dampfschiffe ersetzten nach und nach die Segelschiffe, zunächst in der Küstenschiffahrt und dann im Überseehandel. Die Eisenbahnlinien vervielfachten sich, auf den Werften, in den Kohlen- und Eisenerzgruben herrschte eine Aktivität, zu der sich die schwerfälligen Deutschen bis dahin für völlig unfähig gehalten hatten ... Bis dahin hatten die deutschen Industriearbeiter in Verhältnissen vegetiert, die noch aus dem Mittelalter stammten. Im allgemeinen war ihnen gerade noch die Möglichkeit geblieben, nach und nach zu Kleinbürgern zu werden, zu Handwerksmeistern, zu Besitzern mehrerer Handwebstühle etc. Das verschwand jetzt alles. Die Arbeiter, die Lohnarbeiter der großen Kapitalisten wurden, begannen eine selbständige Klasse, ein wirkliches Proletariat zu bilden. Aber wer Proletariat sagt, sagt Sozialismus.“ (Engels, F.: Der Sozialismus des Herrn Bismarck, in: Marx/Engels, Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert, S. 268/69) Genau dies läßt sich für das Osnabrücker Land verfolgen, wenn auch um etliche Jahre später, da das Königreich Hannover, bis kurz zuvor zu England gehörig, Exportland von dessen Waren, daher überwiegend Agrarland war.

Für die Entfaltung des Kapitalismus mußten Bedingungen geschaffen werden – Arbeitskräfte und Kapital! Ausgangspunkt ist die Landwirtschaft. Aufgeschreckt von der Rebellion der Heuerlinge gegen ihre wahrlich elende Lage und der Bauern gegen die Abzugslast und Herrendienste, beeilte man sich, die Marken zu teilen und die Ablösung der Bauernlasten voranzutreiben, ganz nach preußischem Vorbild. Hier kassierten Adel und Fiskus bis 1865 rund 1 Milliarde Mark ein von den Bauern, „... um nur den kleinsten Teil des seit vieljahrhundert Jahren geraubten Bodens lastenfrei zurückzuerhalten! Den kleinsten Teil, denn den weitaus größten Teil behielten Adel und Fiskus ohnehin zurück in Gestalt von Majorats- und anderen Rittergütern und Domänen!“ (Engels, a.a.O., S. 33) Hervorgetan dafür hat sich J. C. B. Stüve in Hannover, dem von Rittergutsbesitzern und Bourgeoisie Beifall geklatscht und in Osnabrück ein Denkmal gesetzt wurde.

Die eingesetzten Heuerlingskommissionen konnten das Elend der Heuerlinge nicht aufhalten, das war auch nicht ihre Bestimmung, sondern die Rebellion der Heuerlinge sollte aufgefangen werden. So finden sich die Heuerlinge bald zu Niedrigstlöhnen in der Industrie wieder.

Die Landwirtschaft ist der Ausgangspunkt für die Entfaltung des Kapitalismus

Ablösungsordung - Millionen für den Staat und die Gutsbesitzer

„Für ganz Hannover fehlen für die Zeit vor 1849 zuverlässige und vollständige Berechnungen, weil erst seit dem Jahre 1849 über diejenigen Ablösungen von Reallasten, welche von den Ablösungskommissionen durch bestätigte Rezesse beendet wurden, Aufzeichnungen systematisch gesammelt wurden ...

Trotzdem ergeben sich aus den Zusammenstellungen und Schätzungen der Statistik des Königreichs Hannover (Zur Statistik des Königreichs Hannover 1857, Heft 6, 1866 Heft 12) wertvolle Aufschlüsselungen über die gezahlten Ablösungssummen.

Für die Zeit vor 1890 werden folgende Ablösungssummen genannt:

an Kapital	23719860 Rthlr.
an Land	3216 Morgen
an Geldrente	288703 Rthlr.
an Fruchtrente	1888 Himten Korn und 3 ¾ Schock Stroh

Wiemann, Gerhard: Bauernbefreiung im Königreich Hannover, unter besonderer Berücksichtigung des ehemaligen Fürstbistums Osnabrück, Münster 1976, S. 71.

Liste der Ablösungen im Fürstentum Osnabrück 1852-65

Jahr	1852	1853	1854	1855	1856	1857	1858	1859	1860
Zahl	119	122	589	472	479	284	154	62	423
Wert in (Thlr.)	48700	38900	523400	140000	209000	82200	23900	19000	145400

Herzog, Friedrich: Das Osnabrücker Land im 18. und 19. Jahrhundert, Oldenburg 1938, S.171, Zusammenfassung

„Für die nach 1865 noch abzulösenden Kapitalien wurde in diesem Jahre eine Schätzung angefertigt, weil man Mittel und Wege suchte, die Ablösungsgeschäfte zum Abschluß zu bringen und dazu einen Überblick über die noch bestehenden Verpflichtungen benötigte. Nach diesen Schätzungen betrugen die Ablösungskapitalien der wichtigsten noch abzulösenden Lasten:

für die Domänenkammer	16042925 Taler
für die Klosterkammer	889300 Taler
für sonstige Berechtigte in den Landdrostereien	
Hannover	662650 Taler
Lüneburg	1263550 Taler
Hildesheim	1381600 Taler
Stade	842975 Taler
Osnabrück	886250 Taler
Aurich	1682425 Taler
Claustal	4150 Taler

... Nach einer Schätzung Stüves betrug der Kapitalwert aller vorhandenen grundherrlichen Gefälle mindestens 70 Millionen Taler.

Da 1867 durch die preußische Gesetzgebung die Kapitalablösung mit dem 18- bzw. 20fachen Betrag des Jahreswertes anstatt des bisher gerechneten 25fachen Betrages möglich wurde, dürfte die durch Schätzung ermittelte Kapitalablösesumme nach 1865 entsprechend niedriger liegen.

Der gesamte pflichtige Grundbesitz betrug im Königreich Hannover 4666400 Morgen. Die gesamten Ablösungskapitalien mußten direkt oder indirekt von diesem Grund und Boden erwirtschaftet werden. Jeder Morgen wurde demnach im Durchschnitt mit 12, 83 Taler Ablösungskapital belastet. Dieser Betrag dürfte je nach Güte des Bodens bereits einen großen Teil des Kaufpreises ausgemacht haben.“

„Eine der wichtigsten Fragen der Bauernbefreiung überhaupt, wem die großen Ablösungssummen zugeflossen sind und wie groß der Anteil der einzelnen Berechtigten war, kann genauso wie die Frage nach der Gesamtsumme des Ablösungskapitals nur ungenau beantwortet werden ...

Einen ungefähren Anhaltspunkt finden wir in der Schätzung von 1865 über die noch abzulösenden Lasten. Wenn wir die in dieser Schätzung erstellte Aufschlüsselung als repräsentativ für das gesamte Ablösungskapital zugrunde legen, so erhalten wir folgende Anteile:

für die Domänenkammer	67,8 %
für die Klosterkammer	3,8 %
für sonstige Berechtigte	28,4 %

Demnach floß mit über 70 % des Ablösungskapitals dem Staatsfiskus der weitaus größte Anteil zu, während den privaten Grundherren, und hier dürfte es sich vornehmlich um die Rittergutsbesitzer handeln, weniger als 30 % zuflossen.“

Wiemann, G.: a.a.O., S. 76

Entwicklung der Produktivkräfte in der Landwirtschaft

Mit der Ablösung der feudalen Lasten und der Möglichkeit des Landkaufs durch die Markenteilungsordnung von 1822 – an der die Heuerlinge nicht beteiligt waren – konnten die Bauern erstmals wieder Fortschritte in der Produktivität erzielen. Aber nur die größeren Bauern konnten sich sanieren.

„Um 1830 werden im Osnabrücker Lande die ersten Versuche mit künstlichem Dünger gemacht, Knochenmehl wurde auf kleine Ackerstücke an Stelle von Mist gestreut, und damit wurden gute Ernten erzielt; schon 1839 besteht bei Osnabrück eine Knochenmühle, die diesen ersten Kunstdünger herstellt. In den 40er Jahren werden Guano und Chilesalpeter als Düngerarten eingeführt, erlangen aber keine Bedeutung, da Guano häufig gefälscht wurde und bei den großen Mengen, die man nötig zu haben glaubte, sehr teuer war. Dagegen wird Knochenmehl immer häufiger benutzt. 1862 wurde in den Landw. Bl. zum ersten Male von Staßfurter Abraumsalz gesprochen, und 1869 wird von den ersten Versuchen mit Kalidüngung im Osnabrücker Land berichtet.

Gleichzeitig mit diesem nur durch die Erfahrungen und Erfolge verbreiteten Kunstdüngerarten gewinnt auch die landwirtschaftliche Theorie der Liebigschen Lehre von der Ernährung der Pflanzen, vom chemischen Haushalt der Natur und vom Ersatz der dem Boden entzogenen Mineralien und Stoffe an Verbreitung. Und sogar die Gründüngung, das Unterpflügen von Spörgel, Buchweizen oder schlecht geratenem Roggen wird als gut und wichtig angesehen.

Wichtig ist ferner die Einführung von Fruchtwechsel- und Schlagwirtschaft. Zwar war außerhalb der Esche in den Ämtern Iburg und Osnabrück schon immer eine gemischte, aber nicht streng eingehaltene Fruchtfolge üblich gewesen, die auf den häufigen Kämpen mit der notwendigen selbständigen Wirtschaft natür-

lich war, aber eine richtige Schlageinteilung aller Felder mit schriftlichen Plänen und genauer Reihenfolge der Düngungen und angebauten Pflanzen gab es nirgends ...

Um 1850 kommt zu allen diesen Neuerungen zum ersten Male die Entwässerung von Äckern und Wiesen durch Drainage. Vielfach hatte man schon früher offene Entwässerungsgräben mit Strauchwerk, Rohr, Holz oder Steinen ausgefüllt, um dem Wasser einen dauernden Abfluß zu verschaffen. Die Anlagen mit Tonröhren waren völlig unbekannt. Nach den ersten gut gelungenen Versuchen auf Gütern und großen Bauernhöfen, wonach völlig durchnäßte, oft unter Wasser stehende Äcker einen guten und lockeren Boden bekommen hatten, hörte man immer häufiger von Drainage. Besonders auf den schweren Böden erwies sich die Entwässerung durch Tonröhrensysteme als erfolgreich. Allerdings verhinderten vielfach der Mangel an Röhren, ein geringes Gefälle und die hohen Kosten die Bauern, ihre Äcker zu drainieren; aber um 1860 ist diese Kulturart schon normal.

Wenn nun ein größerer Teil aller dieser Verbesserungen durchgeführt war, dazu tiefergehende Pflüge, schärfere Eggen und bessere sonstige Maschinen benutzt wurden, kann es uns nicht wundern, daß die Ernten erheblich besser wurden als zu Anfang des 19. Jahrhunderts.

	Weizen	Roggen	Gerste	Hafer	Hülsenfrüchte
1813	5-8 fache	5-8 fache	6-12 fache	5-10 fache	6-18 fache
1867	14-18 fache	18 fache	18-22 fache	26-32 fache	18-20 fache

„Hierbei ist allerdings die geringere Einsaat um 1867 zu berücksichtigen."

Herzog, Friederich: Das Osnabrücker Land im 18. und 19. Jahrhundert, Oldenburg 1938, S. 136/37

Heuerlinge – die elende Lage zwingt zu Lohnarbeit und Haltung einer Ackerstelle

Kaum einen bürgerlichen Wissenschaftler oder Politiker gibt es, der nicht folgende Aussage über die Lage der arbeitenden Klassen in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts machen würde:

„Das Lohnniveau ist zwar niedriger als anderswo, da aber die Arbeiter aus den ländlichen Gegenden kommen und meist einen kleinen Hof bewirtschaften, ist die Lage nicht schlecht'. Allseits wird Zufriedenheit und Seßhaftigkeit wohlgefällig zum Ausdruck gebracht. Dabei zeigen die Statistiken, Lohnarbeit in der Fabrik wurde erzwungen durch das Elend auf dem Lande, der niedrige Lohn zwingt zur Bewirtschaftung eines noch so kleinen Ackers.

„Gleichzeitig mit dieser starken Verringerung der Einnahmen aus der altgewohnten Nebenarbeit – auch der Hollandgang ist in Abnahme begriffen – verändert sich die wirtschaftliche Stellung der Heuerleute durch die fortschreitende Aufteilung der Marken. Die freie Viehweide, Plaggenmatt und Holzschlag hören ganz auf, und die Heuerleute sind auf die Grundstücke ihrer Bauern und deren guten Willen angewiesen. Der Bauer benötigte die Hilfe der Heuerlinge zur Kultivierung der neuen Markteile und nutzte diese teilweise sehr stark ohne Entgelt aus. Einzelne Bauern boten auch neuen Heuerlingen Platz und suchten sie nach Beendigung der Kultivierungen wieder loszuwerden.

Trotzdem nimmt die Zahl der Heuerleute zu, weil sich für die Nachkommen der Heuerleute nur wenige andere Möglichkeiten finden, als wieder eine Heuerstelle anzunehmen oder als Knechte und Mägde Dienste zu leisten. So kommt es, daß um 1850 fast alle Bauern mehrere Heuerlinge haben. Daher ergibt sich besonders in den dichtbesiedelten Kirchspielen eine erschreckende Wohnungsnot, die Heuerhäuser für zwei Familien werden von drei bis vier Familien bewohnt; der Zustand der Häuser ist erbärmlich, kleine, nicht zu öffnende Fenster müssen den einzigen Wohn- und Schlafraum erhellen, und Schornsteine fehlen fast überall.

Aus der Zunahme der Heuerlinge erklärt sich auch die geringe Größe der Pachtäcker und die Höhe der Landmieten ... Die erste und wichtigste Erleichterung dieser Zustände erfolgte durch die massenhafte Auswanderung ... Um 1860, nachdem die Auswanderung nach Amerika den Höhepunkt erreicht hat, fehlt es den Bauern sogar an Landarbeitern und Tagelöhnern.

... Nach 1850 mehren sich überall die Tagelohnangelegenheiten. Straßen- und Eisenbahnbau, Bergwerke und die Georgs-Marien-Hütte, Zigarrenfabriken und Webereien benötigen Arbeitskräfte, und besonders in der Stadtnähe bestehen gute Verdienstmöglichkeiten. Das Pachtland, die Kuh und die Schweine sichern den größten Teil des unmittelbaren Lebensunterhalts, der Verkauf von Butter und eines fetten Schweins sichern schon das Pachtgeld."

Herzog, Friedrich: a.a.O., S. 130/32

Reaktionäre Politik mit den Heuerlingen

„Das Heuerlingswesen dürfte trotz allem, was diese Art Agrarverfassung, die für Osnabrück und angrenzende Bezirke in Deutschland einzigartig ist, an Unzuträglichkeiten in den Nachkriegsjahren mit sich gebracht hat, die *idealste Lösung der Landarbeiterfrage* sein. Wer es nicht glauben will, der gehe einmal zum deutschen Osten und sehe sich die soziale Lage der Landarbeiter an. Dort ein Prolet mit entsprechenden Ansichten und Sitten, hier kaum ein Unterschied zwischen Bauer und Heuermann, was Bildung, Sitte und Lebensweise anbetrifft."

Drees, J.: Mitgl. d. Landt., Zentrum, Die Landwirtschaft im Osnabrücker Bezirk, 60 Jahre Osnabrücker Volkszeitung, Festausgabe 1928

Zahl und Größe der Bauernhöfe im Osnabrücker Land

1831		1895	
18678 Höfe	unter 2,6 ha	11411 Höfe	unter 2 ha
10000 Höfe	von 2,6-15,7 ha	7884 Höfe	von 2-5 ha
3000 Höfe	von 15,7-31,4 ha	4480 Höfe	von 5-20 ha
300 Höfe	von 31,4-50,0 ha	900 Höfe	von 20-100 ha
62 Höfe	von50,0-130 ha	6 Höfe	über 100 ha
2 Höfe	205,0 u. 230,0 ha		

Die Zahl der Höfe ist etwa gleich geblieben, die der kleinen Besitzer hat sich zwischen 1831 und 1895 erheblich erhöht, wobei allerdings zu bemerken ist, daß der größte Teil der Inhaber kleiner und mittlerer Stellen (11540) nur auf Pachtland und ein anderer Teil (3575) Land zugepachtet haben, daß also von 19295 nur 4180 vollständige Besitzer ihres Landes sind.

Herzog, Friedrich: Das Osnabrücker Land im 18. und 19. Jahrhundert, Oldenburg 1938, S. 128)

Landwirtschaftliche Produktion im 18. Jahrhundert. Die Fortschritte waren durch die gewaltige Ausbeutung der Bauern über Jahrhunderte gering.

„1882 zählt die Statistik 19,22 Millionen „Berufszugehörige" im Sektor Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischerei; bei den Berufszugehörigen wird der Familienanhang mitgezählt. 43,4% der Bevölkerung des Deutschen Reiches hängen danach von landwirtschaftlicher Betätigung ab.

1907 zählt die gleiche Statistik nur noch 17,68 Millionen von der landwirtschaftlichen Produktion unmittelbar Abhängige; das sind, da die Bevölkerung des Deutschen Reiches gewachsen ist, nur noch 28,6% der Bevölkerung.

Anderthalb Millionen, die vorher ihren Unterhalt in der Landwirtschaft gefunden haben, finden ihn jetzt dort nicht mehr. Doch merkwürdigerweise nimmt im gleichen Zeitraum die Zahl der in der Landwirtschaft „im Hauptberuf", also tatsächlich Beschäftigten, Von 8,42 Millionen auf 9,88 Millionen, um 146000 zu.

Und wie um die Eigentümlichkeiten komplett zu machen, nimmt die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe von 1882 5,56 Millionen auf 1907 5,74 Millionen auch um immerhin 180000 zu.

Allem Anschein nach hat sich das bäuerliche Eigentum mit der Entwicklung des Kapitalismus vermehrt. Es scheint so, als ob sich Landarbeiter der großen Güter in selbständige Bauern verwandelt hätten. In Wirklichkeit fand nichts derartiges, den allgemeinen Entwicklungsgesetzen des Kapitals widersprechendes, statt.

1. Der Löwenanteil der Zunahme bei den landwirtschaftlichen Betrieben spielt sich in der Größenordnung unter 2 Hektar ab. Eine landwirtschaftliche Nutzfläche, auf der sich die Bauernfamilie nicht halten kann. 1882 zählt die Statistik 3,24 Millionen solcher „Betriebe" von 0 bis 2 Hektar. 1907 zählt sie 3,38 Millionen, also um 140000 mehr.

2. Bei den „Beschäftigten im Hauptberuf" wächst der Anteil der weiblichen „Beschäftigten im Hauptberuf Landwirtschaft" von 1882 2,53 Millionen auf 1907 4,60 Millionen, also um sage und schreibe über zwei Millionen.

Offenbar wird, daß etwa folgende Bewegung stattgefunden haben muß: Die Bauernfamilie als Organisationsform der bäuerlichen Arbeit wurde zerschlagen. Ein erheblicher Teil der männlichen Landbevölkerung wurde in die Fabrik gepreßt, der „Hauptberuf" fiel den Frauen zu.

Gleichzeitig nötigten die niedrigen Arbeiterlöhne nicht nur zum Festhalten am bäuerlichen Eigentum, sie führten auch dazu, daß ein erheblicher Teil der Arbeiter strebte, bäuerliches Eigentum zu erwerben oder zumindest anzupachten.

Die Entwicklungstendenz der kapitalistischen Produktion hat also zunächst den Bauern in einen Doppelarbeiter verwandelt, um ihn alsbald von dieser Doppelarbeit, aber auch von seinem Eigentum zu befreien und endgültig in einen „freien" Lohnarbeiter zu verwandeln."

Solange es Imperialismus gibt, gibt es Krieg. Herausgegeben vom Zentralen Komitee des KBW, Frankfurt a. M. 1977, S. 70 f

Die kapitalistische Produktionsweise entfaltet sich

Die aufstrebende Bourgeoisie brauchte einen einheitlichen Staatsapparat. Schutzzölle gegen die Konkurrenten mußten errichtet werden. Die Osnabrücker Stahlindustrie z. B. war auf vom Staat betriebene Eisenbahnen angewiesen. „Der Verein hatte mit den hannoverschen und sächsischen Staatsbahnen zu verkehren, es liefen Wagen der Köln-Mindener, der Westfälischen, der Bergisch-Märkischen, der Braunschweiger, der Magdeburg-Halberstädter und der Magdeburg-Leipziger Bahn, und die meisten Bahnen lehnten es ab, ihre Wagen auf Strecken anderer Unternehmungen laufen zu lassen ...

‚Wir erachten uns zur Mitteilung obiger Tatsachen verpflichtet und enthalten uns aller ferneren Betrachtungen über die furchtbare Gewalt, welche die Eisenbahnen haben, fördernd und störend in die Entwicklung der Industrie einzugreifen, sogar die Existenz bedeutender Industrien in Frage zu stellen. Hoffentlich werden bald gesetzliche Bestimmungen den durchgehenden Güterverkehr in einer Weise regulieren, daß industriellen Etablissements, welche nicht ausnahmsweise in der glücklichen Lage sind, an zwei konkurrierenden Bahnen gelegen zu sein, nicht ferner dem souveränen Ermessen *einer* Bahnverwaltung auf Gnade und Ungnade überantwortet sind.' Dieser Notschrei – wie viele ähnliche an anderen Stellen – erscholl nicht ungehört. 1873 errichtete Bismarck ein Reichseisenbahnamt ... Unter Minister von Maybach wurden die preussischen Privatbahnen durch den Staat erworben. 1890 betrug das preussische Staatsbahnnetz 25000 km, das der Bundesbahnen 13000 km und von Privatbahnen waren nur noch einige tausend km vorhanden."

Sperling: Alles um Stahl, Osnabrück 1950, S. 74

Niedergang der Leinenindustrie und des Flachsanbaus

Das ganze hannoversche Land war von Flachsfeldern durchwirkt. Es gab fast keine Wirtschaft, in der nicht Flachs gebaut wurde ...

Es wurden vom pflugbaren Acker mit Flachs bestellt etwa:

im Landdrosteibezirk	um 1835	um 1870
Hannover	2,5%	1,7%
Lüneburg	5,0%	1,5%
Hildesheim	5,0%	2,0%
Osnabrück	10,0%	1,9%

Hornung, Erich: Entwicklung und Niedergang der hannoverschen Leinwandindustrie, Hannover 1905, S.18

Es wurden an Flachsen im Handel und sonstigem Verkehr umgesetzt:

Jahr	durchschn. kg	durchschn. M.
1867-71	544650	–
1872-76	399332	572200
1877-81	303537	440412
1882-86	207834	302035
1887-91	197866	256044
1892-96	91443	119181
1897-02	47331	77180

a.a.O., S. 20 Zusammenfassung

„Forschen wir nach den Momenten, welche diese Minderung der Flachsproduktion und das Fallen der Flachspreise veranlaßten, so finden wir verschiedene Umstände zusammenwirken. In erster Linie haben die aufblühenden deutschen mechanischen Spinnereien hemmend auf die Flachskultur eingewirkt.

Sie beziehen fast ausschließlich geschwungenen Flachs, dessen Vorkommen im hannoverschen Handel nur äußerst gering ist. (Anm.: Der vom hannoverschen Landmann gehechelte Flachs muß von den mechanischen Spinnereien, ehe er zum Verspinnen benutzt werden kann, noch einmal gehechelt werden. Sein Ankauf ist deshalb, zumal der Preis infolge der Veredelungsarbeit der Bauern einen nicht unbeträchtlichen Aufschlag erfährt, zu unrentabel.) Den größten Teil ihres notwendigen Bedarfes decken sie in Rußland und Belgien, wo die Preise niedriger stehen, und zahlen infolgedessen für einheimische Flächse, namentlich für die feineren Sorten, nicht die erforderlichen und befriedigenden Werte ... Als weiterer Konkurrent trat ihm (dem hannoverschen Landmann, d. Hrsg.) die Baumwolle mit ihrem immer weiter um sich greifenden Verbrauche entgegen und half den Preis des Flachses herabdrücken, so daß sein Anbau unrentabel wurde."

Hornung, E.: a.a.O., S. 23

Textilindustrie – Aufstieg der Firma Hammersen

1869 Friedrich Heinrich Hammersen gründet am 25. August die Firma F.H. Hammersen, eine „Kattunweberei" an der Johannisstraße mit 45 Webstühlen und 50 Beschäftigten. Eine Garnfärberei und eine Strangbleiche werden bald angeschlossen ...

1882 Die Zahl der Webstühle hat sich inzwischen auf 245 erhöht.

1884 Friedrich Heinrich Hammersen wird zum Senator der Stadt Osnabrück gewählt. Einige Jahre später werden „vor den Toren der Stadt" an der Iburger Straße 2 ha Land erworben.

1893 Eine neue Weberei mit 800 Webstühlen wird an der Iburger Straße eröffnet, ebenso eine Ausrüstungsanstalt. Mit 400 Beschäftigten werden Buntflanelle, karierte Bettbezugsstoffe, Köper- und Schürzenzeug sowie Weißware in vielen Qualitäten hergestellt.

1900 Die bisherige offene Handelsgesellschaft wird am 1. Januar mit einem Grundkapital von 2,5 Millionen Mark in die F.H. Hammersen Actien-Gesellschaft umgewandelt.

1902 Eine neue Spinnerei mit 35000 Spindeln wird auf dem Grundstück Iburger Straße errichtet.

1905 Es laufen jetzt 53000 Spindeln. Anliegergrundstücke werden erworben, ein dreistöckiges Lagerhaus für 3000 Ballen Rohbaumwolle wird errichtet.

1910 In Rheine (Westfalen) wird die Spinnweberei Kreienborg & Schemm mit 56000 Spindeln und 800 Webstühlen erworben.

1916 Nach der Errichtung einer neuen Rohweberei in Rheine laufen dort 1500 Rohwebstühle für grobe und mittelfeine Hemdentuche. Ein geschlossenes Aktienpaket der Emil Schmölder Spinnerei-AG in Rheydt wird erworben. Zwei Jahre danach wird diese Firma mit dem Osnabrücker Unternehmen verschmolzen.

1918 Am 13. April wird in Bocholt die Baumwollspinnerei Rote Erde mit rund 34000 Spindeln von Hammersen als drittes Zweigwerk übernommen. – Im Juni geht auch das Aktienkapital der Baumwollspinnerei Riesa an der Elbe mit 53000 Spindeln in den Besitz von Hammersen über.

1919 Nach fünfzigjährigem Bestehen ist Hammersen zu einem Großunternehmen der Textilindustrie geworden. Es werden Spinnereien und Webereien in Osnabrück, Rheine, Bocholt, Rheydt und Riesa betrieben.

Hammersen. Am Beginn des 2. Jahrhunderts, 1969

Entwicklung der Eisen- und Stahlindustrie

1856 Gründung des Georgs-Marien-Bergwerks- und Hüttenvereins unter dem Protektorat König Georg V. von Hannover und seiner Gattin Marie. Nach einem Sachverständigengutachten des Hannoverschen Finanzministeriums „wurde bei einem Betrieb von 4 Hochöfen mit einer jährlichen Erzeugung von etwa 600000 Zentner (30000 t) Roheisen und bei dessen Weiterverarbeitung durch Walzwerke zu Stabeisen, Blechen, Eisenbahnschienen und ähnlichem unter einer Kapitalaufwendung von 2,5 Millionen Taler ein Gewinn der Unternehmung von 20 – 30% in Aussicht gestellt." (S. 14) Als Standort wurde der Schultenhof zu Bühne in der Gemeinde Malbergen ausgewählt, als Kohlebasis verlieh die Landesregierung das Kohlenfeld bei Oesede im Dütetal und die Erzbasis war durch den Hüggel bei Hasbergen gegeben, „welcher Brauneisenstein mit einem Gehalt an Eisenoxyden von 43 – 45% enthält und frei von schädlichem Phosphor war, welches das Gußeisen brüchig macht. Das ist z. Zt. die beste Fundstelle für Erze im Königreich Hannover" (S. 11).

1858 Bau und Inbetriebnahme von 2 Hochöfen und einer Gießerei. Tägliche Leistung: 360 – 400 Ztr. Roheisen.

1860 Bau eines dritten Hochofens, Steigerung der täglichen Leistung von 293 auf 522 Ztr./Tag. Einrichtung von Gasfängen an den Hochöfen zur Beheizung der Warmwindapparate, Einführung von Steinbrechmaschinen zur Zerkleinerung der Eisenerze; dadurch Senkung der Selbstkosten des Roheisens um die Hälfte, Einsparung von 100 Arbeitern.

1864 Nach achtjährigen Verhandlungen Genehmigung zum Bau einer Eisenbahn vom Hüggel bis zur Hütte.

1866 Übergabe der Georgsmarien-Hüttenbahn an den öffentlichen Verkehr durch die Preußische Regierung. „Zur Senkung der Selbstkosten trug endlich die in Betrieb genommene Hüggelbahn bei. Sie leistete in der Erzzufuhr eine Arbeit, für die sonst 480 Pferde nötig gewesen wären. Hundert Gespanne mit 200 Pferden blieben für die sonstige Anfuhr noch im Betrieb. Die Frachtkosten für Erze sanken durch den Bahnbetrieb auf weniger als ein Sechstel." (S.70) „Für den öffentlichen Dienst wurde einstweilen ein offener Personenwagen den Erzzügen angehängt." (S. 62)
Bescheinigung von Bessemer, daß sich das Roheisen der Georgsmarienhütte besonders gut zur Herstellung von Bessemer-Stahl eignet.

1867 Pläne zur Errichtung eines Stahlwerks in der Osnabrücker Feldmark. Gründung einer Aktiengesellschaft Eisen- und Stahlwerke zu Osnabrück. „Im Prospekt waren als Zweck die Herstellung von Waren für Eisenbahnen sowie Schiffs- und Brückenbau angegeben. Ein Bessemer-Werk mit zwei Konvertern war vorgesehen, sowie ein Hammerwerk, ein Bandagen-Walzwerk, eine Achsenfabrik und eine mechanische Werkstätte. Es würde das größte nach einheitlichem Plan entworfene Bessemer-Stahlwerk in Deutschland sein. Der Bezug eines guten Roheisens war durch die Nähe der vorhandenen Georgsmarienhütte gesichert. Die Lage an der hannoverschen Westbahn, der im Bau begriffenen Hamburg-Venloer Bahn und der vorgesehenen Oldenburger Bahn war günstig. Kohlen konnten von Ibbenbüren, Borgloh, vom Piesberg und aus Westfalen bezogen werden. Der Absatz zum norddeutschen Markt mit seinen Häfen und Werften war durch die vorgeschobene nördliche Lage begünstigt." (S. 68)

1866 Vorzugsstellung der Hütte als bestes deutsches Werk für Bessemer-Roheisen. Inbetriebnahme eines 4. Hochofens mit 50% Mehrleistung. Tagesproduktion: 775 Ztr./Ofen.

1868 Stillegung des Glückauf-Schachtes in Oesede, dadurch Abhängigkeit von westfälischen Kohlegruben.

1874/75 Nach dem Wiener Börsenkrach 1873 Ausblasen des 5. Hochofens. und Beschränkung des Werkes auf 2 - 3 Hochöfen. Entlassung von 240 Arbeitern.

1880 Abschluß einer Konvention zwischen der Hütte und dem Stahlwerk, wonach die Geschäftsbeziehungen sich auf dem Boden einer vollkommenen Interessengemeinschaft vollziehen sollten. Der Anlaß für den geplanten Zusammenschluß beider Werke war die Entwicklung des Thomasverfahrens, welches die Nutzbarmachung phosphorreichen Eisenerzes zu Flußstahl möglich machte. Das Thomasverfahren war ca. 8 Mark pro Tonne billiger und warf als Nebengewinn die Thomasschlacke ab, die als landwirtschaftliches Düngemittel eingesetzt werden konnte. Dadurch war die Vormachtstellung der Georgsmarienhütte gebro-

chen.

1885 Vollziegung der Fusion. Das Eisen- und Stahlwerk Osnabrück wird eine Unterabteilung des Georg-Marien-Vereins. „Bis 1885 hatte das Stahlwerk 1588 km Schienen geliefert." (S. 123)

1883 Erwerb der Zechen „Friedrich Wilhelm" und „Hector", 1884 Erwerb der Eisensteinfelder der Zeche „Perm" am Schafberg bei Ibbenbüren, um die Erzbasis zu sichern. „Um die Erze abzufahren, wurde eine vollspurige Bahn gebaut, die von Hasbergen bis zum „Perm"-Stollen führte und 10 km lang war. Mit der Bahn Oesede-Hasbergen, dem 4 km langen Abzweiger der Hüggelbahn und den Permbahnen verfügte der Verein nun über ein Schienennetz von über 40 km." (S. 133)

1889 Einstellung des fiskalischen Bergbaus bei Borgloh wegen Ertragsmangels. Erwerb der Kohlenzechen am Piesberg für 3,5 Mio. Mark von der Stadt Osnabrück.

1893 Grubenunglück im Piesberg. Durch Wassereinbrüche verloren 9 Bergleute ihr Leben.

1897 Ersetzung der Bessemeranlagen auf dem Stahlwerk durch das Martinverfahren. „Die Gesamterzeugung von Rohstahl- und Stahlwaren konnte trotz der immer mehr absinkenden Konjunktur nicht unwesentlich gesteigert werden. Das Flußeisen des Martinwerkes ermöglichte es, bei der Anfertigung von Radreifen, Achsen, Rädern, Radsätzen und Schmiedestücken den Wettbewerb mit den Thomaswerken kräftig aufzunehmen." (S. 156)

1898 8. Juni: Beschluß der Generalversammlung der Aktionäre zur Schließung der Kohlenzechen am Piesberg.

1899 Eröffnung des Bergbaus an der Lippe, Zeche Werne, 1902 Deckung des eigenen Kohleverbrauchs aus der Förderung der Zeche Werne.

1904 Anschluß an den Stahlwerks-Verband. Gewährung eines sogenannten „Notstandtarifs" von 1,5 Pfennig je Tonnenkilometer, um die Standortnachteile bei den Frachtkosten auszugleichen.

1904 Bau eines Martinwerks auf der Georgsmarienhütte. „Die Georgsmarienhütte wurde das erste Werk in Deutschland, welches das flüssige Roheisen in einem heizbaren Mischer vermengte und dann in den Öfen unter Zusatz von Erz Martinstahl in größerem Umfang erzeugte, ein neuer Fortschritt in der Eisenindustrie. 1908 kam das Martinwerk in Betrieb und 1909 das Feineisenwalzwerk. Durch diese Maßnahmen verschob sich das Schwergewicht vom Stahlwerk zur Hütte. 1908/1909 sank die Rohstahlerzeugung in Osnabrück auf 23000 t." (S. 193)

„Von 1885 bis 1907 war das Aktienkapital von 10,7 auf 19,2 Mio. Mark gestiegen, die Anleihen erhöhten sich in dieser Zeit um 15,2 Mio. DM. Zum ersten Mal wurden Bankschulden in Höhe von 2,5 Mio. Mark aufgenommen. Im Lauf der Jahre waren etwa 80 Mio. Mark in das Werk gesteckt worden, von denen bereits mehr als die Hälfte abgeschrieben war. Die Stillegung des Piesbergs und das Werner Unglück von 1905 hatten 7,5 Mio. Mark Verluste gebracht. Die ständige Verbesserung der Hüttentechnik hatte viele Anlagen vor ihrer normalen Abnutzung unbrauchbar gemacht. So entschloß sich Vorstand und Aufsichtrat 1908 zu einer Sanierung, durch welche die Stammaktien im Verhältnis 9:5 und die Vorrechtsaktien unter Beseitigung ihrer Vorrechtsstellung von 5:4 zusammengelegt werden sollten. Nach erfolgter Sanierung würde das Aktienkapital 12,3 Mio. Mark betragen. Der Buchgewinn von 7 Mio. Mark war für Abschreibungen vorgesehen. 1909 Herausgabe von 6,2 Mio. Mark neuer Vorrechtsaktien." (S. 195)

Sperling, E.: Alles um Stahl, Osnabrück 1950

Vom Konkurrenzkampf geschüttelt: Osnabrücker Kupfer- und Drahtwerk

1873-1875 Am 1. Juli 1873 übernimmt die neugegründete Firma Witte & Kämper das in Schwierigkeiten geratene Unternehmen Meyer & Kämper samt dessen Fabrikanlage am Nonnenpfad. Drahtzieherei und Stiftfabrik kommen noch im gleichen Jahr in Betrieb. Mit einer Belegschaft von 70 Mann wird eine Tagesleistung von durchschnittlich 5 Tonnen Eisendraht erreicht. ... 1875 kann auch das Puddel- und Walzwerk mit zunächst 2 Öfen anlaufen. Für von auswärts kommende Spezialarbeiter werden die ersten Werkswohnungen gebaut. 1878-1884 Mangels lohnender Inlandumsätze muß besonders das- Exportgeschäft gepflegt werden. In den Vereinigten Staaten, Argentinien und Großbritannien werden lohnende Absatzmärkte gefunden. Ab 1880 können die ersten bescheidenen Betriebserweiterungen gewagt werden. Von 1882 bis 1886 steigt die Ausfuhr auf rund 70% der Erzeugung.

1885-1889 Durch neue Erfindungen auf dem Gebiete des Eisenhüttenwesens ist das alte Puddelverfahren immer unwirtschaftlicher geworden ... In dieser kritischen Lage sieht sich die Werksleitung veranlaßt, die ihr völlig fremde Verarbeitung von Kupfer aufzunehmen und nunmehr außer Eisendraht auch Kupfererzeugnisse (zunächst Draht, später Bleche) herzustellen ...

1890-1896 Die bisherige offene Handelsgesellschaft Witte & Kämper wird 1890 in eine Aktiengesellschaft umgegründet und unter dem Namen Osnabrücker Kupfer- und Drahtwerk in das Handelsregister eingetragen ... Die Jahresproduktion erreicht nun fast 11000 Tonnen bei einer Belegschaft von über 400 Mann."

75 Jahre Osnabrücker Kupfer- und Drahtwerk, Festschrift

Nachweisung der in den Fabriken und in diesen gleichgestellten Anlagen des Kammerbezirks beschäftigten Arbeiter von 1904 bis 1909

	1904		1906		1908		1909	
	Anz.	Arb.	Anz.	Arb.	Anz.	Arb.	Anz.	Arb.
Bergbau, Hütten u. Salinenwesen	16	4500	15	4686	16	5081	16	4733
Industrie d. Steine u. Erden	308	5130	266	4702	269	4410	195	4589
Metallverarbeit.	40	589	34	610	49	771	52	755
Maschinen u. App.	74	3252	74	4520	76	2590	76	2774
Chemische Industr.	8	285	8	270	8	301	9	307
Forstwirtsch. Nebenprod., Öle etc.	48	369	39	377	41	402	38	407
Textilindustrie	68	4817	68	5170	69	5210	66	5549
Papierindustrie	9	552	12	659	14	781	15	778
Lederindustrie	16	78	15	84	15	86	13	86
Holzindustrie	255	1602	671	1825	309	2152	319	2136
Nahrungs- u. Genußmittelindustrie	693	2322	688	2339	770	2511	828	2013
Bekleidungs- u. Reinigungsindustr.	158	652	203	1040	205	1002	201	1005
Baugewerbe	37	333	31	320	29	241	27	242
Polygr. Industrie	30	353	31	400	33	461	33	465
sonst. Industrie	2	8	4	8	4	6	4	8
Summe	1762	24842	1765	25581	1907	25737	1902	26477

Statistischer Bericht der Handwerkskammer Osnabrück über die wirtschaftliche Entwicklung des Kammerbezirks innerhalb der Jahre 1904 bis 1909, Osnabrück 1911, zitiert nach: Johann Cord Bremer, a.a.O., Tabelle 9

Statistik zur Entwicklung der Produktion, der Belegschaftszahlen und der Dividenden des Georgsmarien-Bergwerk- und Hüttenvereins

Georgsmarienhütte				Stahlwerk	
Jahr	beschäftigte Arbeiter	Roheisen-erzeugung	Dividende	beschäftigte Arbeiter	Rohstahl, Fertigfabr.
1860/61/62			keine (-)		
1863/64/65			2,3/6%		
1866/67/68			9/9/10%		
1869/70/71	1500	49283t	10/10/8%		10230t
1872/73/74	1566	48403t	16/33/15%	840	25800t
1875/76/77	1245	46034t	5,5/-/-/%	646	29582t
1878/79/80	1164	52490	-/-/	772	38101t
1881/82/83	1342	58637		956	41380t
1884/85/86	1396	60556		948	35700t
1887/88/89	1791	74133		1152	40996t
1890/91/92	1937	74597		1406	43709t
1893/94/95	1967	74943	4-5%	1476	44393t
1896/97/98	2219	91033	10%	1837	61092t
1899/00/01	2227	88930	10%	2075	63312t
1902/03/04	2292	97136		1642	61404t
1905/06/07	2548	112680		1844	79464t
1908/09/10				1831	49643t
1911/12/13				2192	62956t

Berichte der Handelskammer zu Osnabrück, 1868 ff., zitiert nach Bremer, Osnabrück i. Zeitalter der Industr. Anhang

Errechnete Jahreslöhne des Georgsmarienvereins in Mark

Jahr	Hütten-betrieb	Bergbau Eisenerz	Bergbau Kohle	Gießerei	Mech. Werkst	Bergb. städt.	Buch-drucker
1873							1014
1880/81	836	636	577	802	998	667	
1886							1199
1890							1199
1892/93		702	899				
1893/94		705	864				
1896							1228
1902							1316
1904/05	943	749		1067			
1907							1462
1908/09	1167						
1910/11	1215						
192							1609
1913/14	1319						

Anm.: Die Zahlen ab 1908 sind aus der Lohnsumme des gesamten Vereins errechnet. Zu vermerken ist ferner, daß im Hüttenbetrieb 12-Std.-Schichten, im Bergbau über Tage 9-Std.-Schichten, unter Tage 8-Std.-Schichten und in den übrigen Abteilungen 12-Std.-Schichten abgeleistet wurden. 1904 lagen die Löhne des Georgsmarienvereins um 17% niedriger als vergleichbare Löhne im Ruhrgebiet.

Angaben aus Bremer, Anhang und Sperling, Alles um Stahl

Die Arbeiterklasse entfaltet ihre Kraft. Unterdrückung durch den Staatsapparat

Die Schaffung des Deutschen Reiches war für den aufstrebenden Kapitalismus ökonomische Notwendigkeit. Daß es sich unter Führung Preußens, verbunden mit gewaltsamen Annektionen, im Bündnis mit dem Adel abspielte, brauchte die Bourgeoisie nicht zu schmerzen, wenn nur die Geschäfte gingen. Von vornherein richtete sich der staatliche Unterdrückungsapparat gegen die Arbeiterklasse, mit den „Sozialistengesetzen" als vorläufigen Höhepunkt. „Die Zeitungen der Arbeiter, mehr als fünfzig an der Zahl, wurden unterdrückt, ihre Vereine verboten, ihre Klubs geschlossen, ihre Gelder beschlagnahmt, ihre Versammlungen von der Polizei aufgelöst, und als Krönung des Ganzen wurde verfügt, daß über ganze Städte und Bezirke der „Belagerungszustand" verhängt werden kann, genau wie in Irland. Aber was selbst englische Ausnahmegesetze in Irland niemals gewagt hatten, das tat Bismarck in Deutschland. In allen Bezirken, über die der „Belagerungszustand" verhängt war, erhielt die Polizei das Recht, jedermann auszuweisen, der ihr sozialistischer Propaganda „hinreichend verdächtig" erscheinen mochte."

Engels, F.: Bismarck und die Deutsche Arbeiterpartei, a.a.O., S. 276

Unser Held aus Osnabrück, Stüve, in der Revolution von 1848 hannoverscher Innenminister, eigens, um die Kämpfe niederzuschlagen, erweist sich als der rechte Mann. Die Wiedereinsetzung des Bischofs in Osnabrück dient als Mittel, die Arbeiterklasse zu spalten.

„Vertrag. Die Ausstattung des Bistums Osnabrück vom 11. November 1856 (4. Februar 1857) betr.

Wegen der in der Bulle „Impensa Romanorum Pontificum" vom 26. März 1824 vorbehaltenen Ausstattung der bischöflichen Tafel, des Domkapitels und des Seminars zu Osnabrück ist zwischen dem Regierungsrathe Hoffmann zu Hannover, als Bevollmächtigtem der Königlich Hannoverschen Regierung und dem geistlichen Rathe Dr. Bangen aus Münster als Bevollmächtigtem des von dem päpstlichen Stuhle zum Executor der angeführten Bulle ernannten Bischofs von Münster, Dr. Johannes Müller zu Münster, folgender Vertrag abgeschlossen:

§ 1. Nach der Bulle „Impensa Romanorum Pontificum" beträgt der Bedarf für Bischof und Domkapitel an jährlichen Einkünften:

a) für den Bischof		4000 Rth. Conv. Mk.
b) für den Domdechanten		1500 Rth. Conv. Mk.
c) für die beiden ältesten Domkapitulare	1400 Rth	2800 Rth. Conv. Mk.
d) für den 3. und 4. Domkapitular	1000 Rth.	2000 Rth. Conv. Mk.
e) für den 5. und 6. Domkapitular	800 Rth.	1600 Rth. Conv. Mk.
f) für die 4 Vikarien	400 Rth.	1600 Rth. Conv. Mk.
Summa		13500 Rth. Conv. Mk.

§ 6. Die Königliche Regierung erteilt hiermit ihre Zustimmung zur Ernennung eines Bischofs für Osnabrück und zur Bildung eines Domkapitels daselbst. Dieselbe hat bei Ernennung des Bischofs und der Angehörigen des Domkapitels das ihr nach der Bulle zustehende Recht auszuüben.

§ 9. Für ein in Osnabrück zu errichtendes Priesterseminar übernimmt die Königliche Regierung folgende Bewilligungen:
2. Eine jährliche Zahlung von Eintausend Thalern. Dieselbe beginnt mit dem 1. April 1858, geschieht an den Bischof und wird bis zur Errichtung eines Seminars zur Ansammlung eines Fonds für dasselbe, nach Einrichtung des Seminars aber für dessen laufende Bedürfnisse verwendet."

Bucholtz, Engelbert: Die Einwirkungen des Reichs-deputations-Hauptschlusses zu Regensburg im Jahre 1803 und der Bulle „Impensa Romanorum Pontificum" auf das Bistum Osnabrück ..., Osnabrück 1930, S. 149 ff

Die Lage der Arbeiter des Georgsmarienvereins – Streik am Piesberg 1898

Bei der Untersuchung der Lage der Arbeiter des Georgsmarienvereins fällt auf, daß insbesondere in Georgsmarienhütte die Arbeiter nicht nur in der Sphäre der Produktion, sondern zusätzlich in der Gestaltung der Reproduktionsverhältnisse vollständig von den Vereinskapitalisten abhängig waren. In diesem Zusammenhang kommt dem Streik der Piesbergarbeiter, dem sich 700 Hüttenarbeiter anschlossen, besondere Bedeutung zu. Ebenfalls zu erwähnen ist die Rolle des Bischofs, der seinerseits, nachdem 1857 seine Wiedereinsetzung erfolgt war, aktiv im Sinne der christlichen Reaktion in die Auseinandersetzungen eingriff.

„Die Schaffung einer guten und fachmännisch gebildeten Belegschaft stieß schon bei Gründung des Vereins 1856, besonders beim Bischof von Osnabrück auf Widerstand. Dieser sah es nicht gern, wenn protestantische Bergarbeiter aus dem Hannoverschen, dem Harz, der Einbecker Gegend, dem Calenberger Lande – oder dem benachbarten Westfalen in das Osnabrücker Land kamen. Aus diesen überwiegend protestantischen Gegenden mußten aber die Facharbeiter herausgezogen werden, denn die Kumpels aus dem katholischen Rheinlande dachten nicht daran, ihre Heimat zu verlassen, wurden doch in Osnabrück schlechtere Löhne gezahlt, weil die Frachtkosten vom Osnabrücker Land zu den Verbrauchern um etwa 10% höher lagen, was man bei den Löhnen wieder einsparen mußte."

Bremer: Osnabrück im Zeitalter der Industrialisierung, Göttingen 1950, S. 39

„Da man in den Gemeinden kein Wohnrecht für die angeworbenen Facharbeiter erlangen konnte, blieb dem Verein nichts anderes übrig, als ein Dorf auf eigenem Gelände anzulegen, um die Arbeiterschaft seßhaft zu machen. Diesen Ort nannte man Georgsmarienhütte ... Die 1905 bestehenden 176 Wohnhäuser mit 448 Wohnungen, die dem Verein gehörten, hatten alle Stallungen und Land. Der Vorteil für den Verein bestand darin, daß durch den eigenen oder gepachteten Grund und Boden die Arbeiterschaft krisenfest und bodengebunden wurde."

Bremer: a.a.O., S. 40

„1863 wurde der Schulhausneubau beschlossen. 1864 wurde der Verein Patron der Schule, mit dem Recht, bei der Besetzung der Lehrerstellen Vorschläge zu machen und drei Vertreter in den Schulvorstand zu entsenden ... 1875 wurde eine selbständige evangelische Kirchengemeinde errichtet. Der Verein, dem das Patronatsrecht verliehen wurde, übernahm die Hälfte der jährlichen Kirchenlasten und erhielt das Recht der Präsentation bei Besetzung der Pfarrstelle ... Die anwesenden 44 Hausväter verpflichteten sich, einen Schichtlohn für den Kirchenbau zu opfern. In den Kirchenvorstand wurde Wintzer (Direktor der Hütte) vom Verein abgeordnet."

Sperling: Alles um Stahl, Osnabrück 1950, S. 76 ff

Zu erwähnen ist neben der Knappschaftskasse, deren Beiträge zu 50% von den Arbeitern aufgebracht wurden, der Consum- und Sparverein und der sogenannte Friedensverein (1865). „Mitglieder dieses Vereins waren alle in Georgsmarienhütte wohnenden Arbeiter. Jeder Angehörige des Friedensvereins war verpflichtet, seine Streitigkeiten erst vor das Friedensgericht zu bringen, um erst dann an ein öffentliches Gericht zu gehen, wenn keine Einigung zustande kam."

Bremer: a.a.O., S. 41

Der Streik am Piesberg

Die Arbeitsniederlegung der Piesbergarbeiter war die einzige größere selbständige Aktion der Arbeiterschaft bis zur Weimarer Republik. Der Streik stand unter Führung des christlichen Gewerkvereins und richtete sich gegen die Streichung von sieben katholischen nichtgesetzlichen Feiertagen. Der Georgsmarienverein hatte beim Kauf der Piesberger Zechen die Tradition aus städtischer Zeit übernommen, an diesen Tagen die Arbeit ruhen zu lassen. 1897 unternahm der Verein erste Vorstöße, diese Regelung abzuschaffen. Unter HinwFis auf die ständig steigenden Wasserzuflüsse im Piesberg stimmte der Bischof bei einer Besprechung mit der Direktion des Vereins der Streichung zu.

„Die weiteren Verhandlungen wurden dann zwischen der Betriebsleitung und dem Pfarrer der Domgemeinde zu Osnabrück, dem Pfarrer von Wallenhorst und dem Landdechanten geführt." (Bremer: a.a.O., S. 100) Vertreter der Arbeiter waren bei den Verhandlungen nicht anwesend. Man einigte sich schließlich darauf, daß an den entsprechenden Tagen vom Verein FrühgotteJdDenste eingerichtet wurden, die vor Arbeitsbeginn abgehalten werden sollten. „Am 3. Januar war jedoch der Frühgottesdienst nicht eingerichtet und am 13. Januar setzte sich eine Eingabe des katholischen Arbeitervereins Eversburg für die Beibehaltung der Feiertage ein." (Sperling: a.a.O., S. 167) „Nachdem sich Direktor Haarmann an den Bischof gewendet hatte und alles geordnet schien, fanden sich am 2.2.1898 (Mariä Reinigung) von 1200 Mann nur 589 zur Arbeit ein ... Da der Gottesdienst wieder nicht vorbereitet war, nahm der Verein von einer Bestrafung Abstand ... Jetzt griff Bergmann Brust persönlich in die Auseinandersetzung ein, nachdem 500 Bergleute dem Gewerkverein beigetreten waren. Der Kampf brach damit offen aus, denn als am 25. März (Mariä Verkündigung) wieder ein Teil der Belegschaft nicht zur Arbeit erschien, kündigte der Georgsmarienverein diesen 333 Arbeitern. 39% der Belegschaft erklärten sich mit den Gekündigten solidarisch und kündigten ihrerseits dem Werk. Als am 9. April die Frist zur Arbeitsaufnahme für die gekündigten 333 Bergleute abgelaufen war, wurden diese entlassen. Als Antwort darauf traten 92 Bergleute und 340 Steinbruchsarbeiter in den Ausstand. Ihnen folgte in später Nachtstunde am gleichen Tage (12. April) auf der Georgsmarienhütte 700 Hochofen- und Werkstättenarbeiter, wodurch das Hüttenwerk gezwungen wurde, sofort mit der Dämpfung seiner Hochöfen zu beginnen." (Bremer: a.a.O., S. 101 ff) „Gegen Ende April begann den im Ausstande treibenden Kräften etwas unbehaglich zu werden ... Die Streikleitung wandte sich daher an die Zentrumsfraktion des preussischen Landtags, wo die Angelegenheit am 17.5.1898 verhandelt wurde, ohne jedoch einen Erfolg für die Streikenden zu bringen, da es der Handelsminister ablehnte, sich in den Ausstand einzumischen."

Der Ausgang der Arbeiterbewegung auf den Werken des G.M.B. u. H.Vereins, in: Stahl und Eisen 1898, zit. n. a.a.O., S. 102

„Alle diese Vorgänge (Streik) waren nicht ohne Einfluß auf das Gutachten der Sachverständigen. (Der Vorstand hatte erwogen, die Wasserzuflüsse durch einen 22 km langen Kanal in die untere Ems abzuleiten). Für die Weiterführung des Betriebs setzten sich Cremer und Thomson ein. Der letztere schränkte jedoch seinen Standpunkt mit Hinweis auf die Arbeiterverhältnisse ein, die keine Gewähr für einen ununterbrochenen Betrieb böten. Eine Belegschaft, die eine Solidarität mit den Interessen des Werkes nicht anerkenne, lasse befürchten, daß ihre Kurzsichtigkeit jeden Augenblick ähnliche Gefährdungen der ganzen Existenz hervorruft."

Sperling: a.a.O., S. 169

Die Generalversammlung der Aktionäre beschloß daraufhin am 8. Juni 1898 die Stillegung der Kohlengruben am Piesberg. Damit war der Streik beendet. Kurze Zeit später waren beide Schächte ersoffen. „Von 5812 Arbeitern des Vereins schieden durch Streik und Entlassungen 1237 Mann aus, darunter 68 evangelische."(a.a.O., S. 169)

Gründung der ersten Arbeiterorganisationen und ihre sofortige Verfolgung

„'Schon seit langer Zeit ist das Bedürfnis allgemein gefühlt,' stellte am 25. Oktober 1849 eine 24köpfige Kommission von Zigarrenarbeitern und zünftigen Gesellen unter Leitung von Johann Heinrich Schucht fest, 'hier, wie in anderen Städten Deutschlands einen Verein zu gründen, durch welchen die geistigen und materiellen Verhältnisse der Arbeiter in den verschiedenen Gewerben gebessert werden können.' Der Zweck des Arbeiterbildungsvereins (ABV), der drei Tage später förmlich konstituiert wurde, war im Statutenentwurf so umrissen: '1. Unterhaltung und Bildung durch Halten von Zeitschriften, einer Bibliothek, Unterrichtsstunden, belehrenden und unterhaltenden Vorträgen, Übungen in Gesang und Körperausbildung; 2. Besprechungen der Arbeiterinteressen in öffentlichen Versammlungen und 3. Vertretung der Arbeiter '... Im Laufe des Jahres 1851 beteiligten sich ca. 400 Personen am Vereinsleben, darunter 22 Ehrenmitglieder. Bis zum Jahresende verminderte sich die Gesamtzahl jedoch um 222, weil 22 aus Furcht vor der Polizei austraten, 94 weiterreisten und 106 vom Schiedsgericht des Vereins wegen Nichterfüllung der Verpflichtungen ausgeschlossen werden mußten ...

Ende 1850 zählte der Lingener Arbeiterbildungsverein 67 Mitglieder. Der Arbeiterbildungsverein Bramsche war hauptsächlich durch den Zusammenschluß fremder Färbergesellen entstanden. Im April 1850 wurde seine Existenz und die Eröffnung einer Wanderunterstützungskasse in der „Verbrüderung" angezeigt ...

Der Anstoß zu einem Vorgehen gegen die Osnabrücker Volksbibliothek kam vom Ministerium für geistliche und Unterrichtsangelegenheiten, das die Verbreitung „gefährlicher Bücher" im Landdrosteibezirk mit Besorgnis beobachtete. Nachdem sich auch das Innenministerium eingeschaltet hatte, wurde die Ermittlung J.C.B. Stüve übertragen, der seine Rolle als Märzminister längst ausgespielt hatte und inzwischen wieder seiner Vaterstadt als Bürgermeister, Polizeidirektor u. a. diente. Stüve bestätigte die Wirksamkeit des Volkslesevereins bis nach Bramsche, Ankum und Melle, maß ihm aber ansonsten nur untergeordnete Bedeutung bei, 'da eine Reihe sozialistischer und afterpolitischer Ausgeburten der Jahre 1845 u. f.' bereits entfernt worden seien.

Er schlug vor, den Verein „fortvegetieren" zu lassen, dafür aber den Gesellenleseverein mit Lektüre zu versehen."

Pelger, Hans: Der Osnabrücker Arbeiterbildungsverein 1849 - 1851, Osnabrücker Mitteilungen, Bd. 77/1970, S. 169 f.

Die Polizeikräfte werden auf ihre Aufgaben ausgerichtet

„Durch Verfügung der Königlichen Hannoverschen Landdrostei hierselbst vom 12. April 1859 wurde dem Magistrate mitgeteilt, daß Se. Majestät der König von Hannover beschlossen habe, in Gemäßheit des §78 der revidierten Städteordnung die Errichtung einer eigenen - Königlichen - Polizeidirektion anzuordnen ...

Die nachfolgend benannten Zweige der Polizeiverwaltung verblieben dem Magistrate: 1. Der Königl. Polizeidirektion stand zu: die Concessionserteilung für die im §2 des Bundesbeschlusses vom 6. Juli 1854 zur Verhinderung des Mißbrauchs der Press für konzessionspflichtig erklärten Gewerbe der Buch- oder Steindrucker ... Inhaber einer Leihbibliothek oder eines Lesekabinetts und Verkäufer von Zeitungen, Flugschriften ... 2. Dieselbe war ferner zuständig für die auf Grund des §7 des Gesetzes vom 15. Juli 1848 zu erlassenden polizeilichen Anordnungen über Zulassung von jugendlichen und von weiblichen Arbeitern in Fabriken und über Einrichtung und Beaufsichtigung gemeinschaftlicher Kranken- und Unterstützungskassen ..."

In einem Schreiben vom 19. Juli 1867 wird mitgeteilt, „... daß mit der Stadtgemeinde Osnabrück wegen widerruflichen Rückgewähr der bisher von einer besonderen Staatsbehörde gehandhabten Polizeiverwaltung an die Commune in Verhandlung getreten werden solle ...

Die frühere Einrichtung, nach welcher 3 bzw. 2 Polizeisergeanten ein Stadtviertel zur Beaufsichtigung übergeben war, in welchem sie, nach dem Wortlaut der Instruktion von 6 Uhr morgens bis 10 Uhr abends, ausgenommen die zum Essen notwendige Zeit, ununterbrochen dienstlich tätig sein sollten, wurde mit dem 21. Januar 1884 ... aufgehoben. Es wurde die Stadt in 11 – mit dem 1. Januar 1885 in 13 – Bezirke geteilt und jedem Polizeisergeanten ein solcher Bezirk übergeben ..."

Lemke, Rudolf: Geschichte der Osnabrücker Polizei, Osnabrück 1893, S. 120 ff.

Lebensmittelpreise von 1875-1912

	1875	1880	1885	1890	1895	1900	1905	1910	1912
2 Ztr. Weizen	20,42	22,45	16,00	19,00	14,60	14,75	17,45	18,30	20,55
2 Ztr. Roggen	16,20	21,66	14,20	17.05	12,63	13,95	16,61	14,34	18.05
1 kg Rindfl.	1,05	1,40	1,50	1,30	1,20	1,35	1,50	1,60	1,80
1 kg Schweinefl.	1,26	1,15	1,05	1,25	1,10	1,30	1,50	1,60	1,80
1 kg Butter	2,16	1,91	1,81	1,93	1,81	1,99	2,10	2,44	2,60
1 kg Speck	1,60	1,45	1,35	1,50	1,30	1,45	1,70	1,80	2,00

Berichte über die Verwaltung und den Stand der Gemeindeangelegenheiten der Stadt Osnabrück 1874 ff. Darin in den jeweiligen Jahrgängen. Abt. Preisverhältnisse. Zitiert nach Bremer, Tabelle 31

Die Wahlen zum Deutschen Reichstag 1867/71-1912 in Osnabrück (in %)

(Norddt. Reichstag in Klammern)

	Nationalliberale		Welfen		Sozialdemokraten
1874	47,8	(65,3)			18,2
1877	43,0	(52,1)		(46,7)	17,3
1878	54,0		43,3		2,3
1881	35,5		37,3		11,1
1884	41,4		35,0		15,1
1887	44,7	(54,6)	8,9	(45,5)	22,1
1890	31,4	(46,0)	22,7	(54,0)	37,8
1893	35,4	(51,6)	26,0	(48,4)	32,2
1896	34,4	(58,4)	26,1	(41,6)	29,9
1898	43,2	(54,9)	25,2	(45,1)	30,0
1903	31,8	(61,6)	22,6	(38,4)	43,6
1904	40,2	(62,9)			36,0
1907	38,2	(53,5)	2,6		38,0
1912	34,6	(71,2)	1,7		35,9

(aus: 100 Jahre SPD in Osnabrück, SPD-Unterbezirk Osnabrück-Stadt, 1975)

Zeittafel

1848	Gründung des Cigarren-Arbeiter-Unterstützungsvereins
1849	Gründung des Arbeiterbildungsvereins Osnabrück
1866	Gründung des Verbandes der deutschen Buchdrucker
1869/70	1. Streik der Buchdrucker
1873	Hasenclever spricht auf einer Versammlung in Osnabrück
1874	Verbot des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins in Osnabrück
1875	Auf dem Gothaer Vereinigungsparteitag vertrat der Genosse Klute, Osnabrück, 150 Genossen aus Osnabrück,30 aus Buer und 12 aus Oldendorf
1876	Verbot der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands
1878	„Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie"
1884	5000 Flugblätter, bei Meinders u. Elstermann gedruckt, Wahlaufruf für Bebel Erster Streik der Arbeiter des Piesbergs gegen die Vorverlegung des Schichtanfangs von 4 auf 6 Uhr, der nach kurzer Zeit erfolgreich ist.
1885/90	Gründung der Verbände der Holzarbeiter, Tischler, Schneider, Schlosser, Metallarbeiter
1887	Zweiter Streik der Arbeiter des Piesberges gegen die Neuregelung der Arbeitsordnung
1889/90	Verbot von 7 Versammlungen der Arbeiter in Osnabrück mit den Themen: „Die Tätigkeiten des deutschen Reichstages", „Die wirtschaftliche Lage der Arbeiter und Arbeiterinnen und die Forderung des achtstündigen Arbeitstages", „Die Organisation der Gewerkschaften"
1889	Streik der Arbeiter des Piesberges gegen die Streichung von sieben katholischen Feiertagen. Nach kurzer Zeit schließen sich die Arbeiter der Georgsmarienhütte an
1891/92	Kampf der Buchdrucker für den 9-Stundentag
1889/94	Bau eines dreistöckigen Polizeigebäudes in der Bierstraße
1897	Polizeigefängnis in der Turnerstraße
1904	Streik der Former bei Ortmann, die Mitgliederzahl der Metallarbeitergewerkschaft steigt von 253 auf 955, bis zum Jahre 1907 auf 1210
1907	Streik von 130 Klempnern bei Kromschröder für 5% mehr Lohn und Heraufsetzung des Akkords auf 40 Pfennig für Gelernte und 35 Pfennig für Ungelernte

Literaturverzeichnis

Wrasmann: Das Heuerlingswesen im Fürstentum Osnabrück, Mitteilg. d. Hist. Vereins, Bd. 42 u. 44, Osnabrück 1920 u. 1922

Marx/Engels: Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert, Oldenburg i.O. 1938

Wiemann: Bauernbefreiung im Königreich Hannover, unter besonderer Berücksichtigung des ehemaligen Fürstbistums Osnabrück, Münster 1976

Osnabrücker Volkszeitung, Festausgabe 1928

Kommunistischer Bund Westdeutschland, Zentrales Komitee: Solange es Imperialismus gibt, gibt es Krieg, Frankf. a.M. 1977

Bremer: Osnabrück im Zeitalter der Industrialisierung, Göttingen 1950

Sperling: Alles um Stahl, Osnabrück 1950

Hornung: Entwicklung und Niedergang der hannoverschen Leinenindustrie, Hannover 1905

Hammersen. Am Beginn des 2. Jahrhunderts, Festschrift 1969

75 Jahre Osnabrücker Kupfer- und Drahtwerk, Festschrift

Matschoss: Osnabrücker Kupfer- und Drahtwerk 1879-1923, Osnabrück 1923

Buchholtz: Die Einwirkungen des Reichs-deputations-Hauptschlusses zu Regensburg im Jahre 1803 und der Bulle „Impensa Romanorum Pontificum" auf das Bistum Osnabrück ... Osnabrück 1930

Pelger: Der Osnabrücker Arbeiterbildungsverein 1849-1851, in: Osnabrücker Mitteilungen, Bd. 77/1970

Lemke: Geschichte der Osnabrücker Polizei, Osnabrück 1893

1914-1945. Die deutsche Bourgeoisie greift nach der Weltherrschaft. Der Arbeiterklasse gelingt es nicht, die Diktatur des Proletariats zu errichten

Der 1. Weltkrieg, der erste Krieg, in dem zwei Gruppen imperialistischer Mächte auf der Grundlage des in ihnen herrschenden Monopolkapitals ihre Rivalität um die Weltherrschaft militärisch austrugen, war die notwendige Folge verschärfter internationaler Konkurrenz. Nur die Revolution, der Sturz der politischen Macht der Bourgeoisie, hätte dem Ausbruch dieses auf beiden Seiten ungerechten Beutekriegs zuvorkommen und die massenhafte Opferung von Proletariern und Bauern in den Schlachten zwischen den imperialistischen Mächten verhindern können. Nachdem aber die deutsche Sozialdemokratie sich am 4. August 1914 zur Unterstützung des Krieges auf der Seite des deutschen Monopolkapitals bereit erklärt hatte – Ausdruck des in ihr zur Herrschaft gelangten Reformismus –, konnte nur noch die Revolution das Ende des Krieges vor der völligen Ausblutung des Volks für die Interessen der unterliegenden deutschen Monopolbourgeoisie herbeiführen.

Die revolutionäre Bewegung begann unter den eingezogenen Proletariern und Bauern, also den Mannschaften in Marine und Heer, Ende Oktober 1918 in Wilhelmshaven und am 3. November in Kiel, unterstützt ab 5. November vom Generalstreik der Arbeiter in den Kieler Betrieben. Zwei Tage später übernahmen örtliche Arbeiter- und Soldatenräte in Hannover die öffentliche Gewalt, tags darauf, am 8. November, ebenso in Osnabrück. Dies geschah, noch bevor die revolutionären Bewegungen im Reich zwischen dem 9. und 12. November den Sturz der Monarchien, die Beendigung des Krieges, die Proklamation des achtstündigen Maximalarbeitstags in den Betrieben und die Beseitigung der Gesindeordnung auf dem Land durchgesetzt hatten.

Osnabrück, das wichtigste Industrie- und Handelszentrum im Westen der preußischen Provinz Hannover, hatte bereits eine breite und relativ traditionsreiche Arbeiterbewegung, allerdings gespalten in eine sozialistische und eine christliche Richtung. Die Bewegung in Osnabrück, zunächst von den Soldaten getragen, wurde am 9. November von der Arbeiterklasse durch Arbeitsruhe in den großen Betrieben der Stadt und durch den geschlossenen Anmarsch zur nach Tausenden zählenden Kundgebung auf dem Ledenhof bekräftigt.

Angesichts der revolutionären Bewegung in Deutschland und nach den Erfahrungen mit der erfolgreichen russischen Oktober-Revolution 1917 konnten die Siegermächte ihr Kriegsziel trotz ihres vollständigen Sieges nicht erreichen: nämlich die völlige Kontrolle über das Privateigentum des besiegten Rivalen. „Jeder Versuch ... daß ausbeuterische Eigentum der deutschen Reichsbourgeoisie unmittelbar, gestützt auf eigene bewaffnete Truppen wahrzunehmen, mußte zur Umwandlung des Krieges in den revolutionären Befreiungskrieg gegen die Besatzung und zur Umwandlung dieses Krieges in den Bürgerkrieg gegen die eigene Bourgeoisie führen." (Solange es Imperialismus gibt, gibt es Krieg. Frankfurt 1977, S. 110) Der Kompromiß wurde im System des Versailler Friedens gefunden: Entwaffnung der Reichsbourgeoisie gegenüber anderen Staaten bei gleichzeitiger Belassung und Duldung der für die Konterrevolution im Innern erforderlichen Truppen; auf dieser Grundlage Tributzahlungen an die Siegermächte. Alles lief auf besonders verschärfte Ausbeutung der deutschen Arbeiterklasse hinaus, durchzusetzen nur durch die Kollaboration zwischen der Bourgeoisie des besiegten Reiches und derjenigen der Siegermächte bei der Unterdrückung aller Arbeiterkämpfe.

Das System von Tribut und verschärfter Ausbeutung der Arbeitskraft sah auch die örtliche Osnabrücker Bourgeoisie in aller Klarheit (vgl. Die Industrie- und Handelskammer zu Osnabrück, 1954, S. 66), desgleichen, zur Durchsetzung dieser Ziele, die Reorganisation der bewaffneten Einheiten, um die neu hergestellten Verbindungen zwischen Arbeiterbewegung und bewaffneten staatlichen Organen zu zerschlagen, die diese als Unterdrückungsorgane untauglich machten.

Gegen beide Ziele und Maßnahmen richteten sich die heftigen Kämpfe der Arbeiterklasse in Osnabrück, sowohl die Kämpfe um Lohn, Lebensmittelversorgung und Arbeitsbedingungen als auch die um Art und Zusammensetzung der bewaffneten Formationen des Staats. Anlaß dazu bestand umso mehr, als hier seit je die Notwendigkeit unterdurchschnittlicher Löhne offen propagiert wurde. Die Osnabrücker Arbeiterklasse in gestärktem Bewußtsein ihrer Kraft, nahm nach 1918 den ökonomischen Kampf wie auch jenen politischen Kampf entschieden auf. Ihre Entschiedenheit führte die Kämpfe des Volkes in Osnabrück an. Und wenn diese auch vielfach spontanen Charakter hatten, und wenn auch von der Mehrheits-Sozialdemokratie gepflegte reformistische Illusionen und der Einfluß der Würdenträger der christlichen Reaktion auf die Arbeiterbewegung diese teilweise entwaffneten – es hier z. B. zu keinen anerkannten Arbeiterwehren, wie in anderen Orten, kommen konnte –, so sind diese Kämpfe doch unauslöschlicher Teil der vorwärtsweisenden Kräfte in der Geschichte dieser Stadt, so sehr sich auch 1200-Jahr-Feierveranstaltungen um dessen Auslöschung bemühen mögen.

Die Arbeiterklasse kann die Niederlage der deutschen Bourgeoisie im I. Weltkrieg nicht für die Diktatur des Proletariats ausnutzen

Hirtenbrief des hochwürdigen Herrn Wilhelm, Bischofs von Osnabrück (1917)

„Alle irdischen Machthaber unterstehen der Autorität Gottes, von dem sie die Aufgabe erhalten, die Völker in seinem Namen zu regieren. Durch mich herrschen die Könige und geben die Gewaltigen der Erde ihre Gesetze. Wenn wir also unserem geliebten Landesvater, der ‚von Gottes Gnaden' Kaiser und König ist, Ehrfurcht, Liebe und Gehorsam entgegenbringen, so ehren wir Gott, von dem jede Obrigkeit ihre Würde und Macht erhalten hat."

Berning, W., Bischof von Osnabrück 1914 - 1955.

Aufruf der Osnabrücker Abendpost (mehrheits-sozialdemokratisch) vom 6.11.1918:

„Der letzte Augenblick

Mittwoch 1 Uhr ist Schluß der Zeichnungsfrist für die 9te Kriegsanleihe! Darum zeichne unverzüglich, wer noch nicht gezeichnet hat!"

Die revolutionären Ereignisse

Mitteilung der Pressestelle des Arbeiter- und Soldatenrats Osnabrück

„... Maschinengewehre waren postiert. Die militärische Leitung war willens, der Revolution mit bewaffneter Macht entgegenzutreten. Und dennoch! ... Das Unausweichliche kam. Am 8. November, kurz vor 3 Uhr nachmittags, kam eine Truppe aus Münster mit vier Maschinengewehren an. Sie sollte die Osnabrücker Sicherheitswachen unterstützen ... Unsere Bahnhofswachmannschaften mußten hierin ein Mißtrauensvotum erblicken. Beim Anblick der Münsterer wähnte man nach anderen Vorbildern die Revolution in Gefahr. Die Osnabrücker Garnison war reif. Das fühlte man. Kurz entschlossen trat ein 78er auf die Münstersche Schar zu und fragte sie, ob sie die Revolution mitmachen wollte. Fünf Minuten Bedenkzeit. Danach ein Münsterischer Offizier: Die Lage wäre nun mal so, sie verspürten keine Lust, sich den Osnabrückern zu widersetzen. Nach dem Schlamassel da draußen möchten sie sich hier keine Kugel von ihren eigenen Kameraden verpassen lassen! ‚Dann abschnallen!' Im Nu vollzog sich die Entwaffnung. Die vier Maschinengewehre wurden abgegeben."

Osnabrücker Tageblatt, 7.12.1918.

„Vom Bahnhof, wo gegen 16.00 Uhr die Bahnhofswache entwaffnet wurde, begaben sich die Soldaten dann in Richtung zur Innenstadt und weiter zu den Kasernen. Ohne auf nennenswerten Widerstand zu treffen, wurden den Soldaten Klosterkaserne, Dreikompaniekaserne (heute Standort des Niedersachsenbads, d. Hrsg.) und Caprivikaserne übergeben. Auf dem Osnabrücker Schloßhof versammelten sich nach den ersten Aktionen die Soldaten, um einen Soldatenrat zu wählen. Hernach wurden die Militärgefangenen befreit, das Rathaus besetzt, ebenso die Polizeidirektion ... und schließlich der Oberbürgermeister unter Bewaffnung gestellt

Diese Ereignisse spielten sich in der Zeit von 15.00 bis 17.00 Uhr ... ab und hatten die restlose Kapitulation der alten Gewalten zur Folge. Daß es sich um eine spontane Aktion handelte, die weder geplant noch zentral geleitet war, mußte auch der Oberbürgermeister ... zugeben."

Reinecke: a.a.O., S. 12.

Das System der sich immer mehr festigenden Militärdiktatur:

„Gewaltsame Sprengungen und Störungen von Versammlungen durch die Truppen ... waren an der Tagesordnung ... Besonders gefährdet waren natürlich sozialistische und pazifistische Veranstaltungen. In Osnabrück z. B. veranstaltete die ‚Friedensgesellschaft' einen Vortrag des Pazifisten Hellmut v. Gerlach. 30 schwerbewaffnete Leute des Freikorps Lichtschlag wollten den Saal betreten. Da Mitglieder der Truppe bereits vor einiger Zeit eine pazifistische Versammlung mit brutaler Gewaltanwendung gesprengt hatten, forderte der Saalordner sie auf, erst ihre Waffen abzulegen; daraufhin schoß einer ihm kurzerhand durch den Hals, und die Kolonne nahm im Hintergrund des Saales Aufstellung ...

Im August 1919 erklärte Hauptmann von Hanstein, Leiter der Abteilung 1c (Nachrichten und Politik) des Wehrkreiskommandos (sc. Münster, dem Osnabrück unterstand) ... ‚Die Reichsregierung sind 'wir', d. h. die Militärgewalt. Deutschland ist durch das Militär vor dem Chaos bewahrt worden ... Die zivile Regierung ist eine Nebenregierung.' "

Lucas; a.a.O., S. 70 f.

Vorbereitung des Kapp-Putschs durch General v.Lüttwitz (Spätsommer 1919):

„Um auch die Stellung der Befehlshaber im Westen zu erkunden, reiste Lüttwitz nach Osnabrück und Münster und machte die aufgestellten Forderungen bekannt ... Bei dieser Gelegenheit lernte Lüttwitz auch Hauptmann Lichtschlag

kennen. Seit dieser Begegnung war Lichtschlag Anhänger der Lüttwitz-Gruppe und der vermutlich wichtigste Kontaktmann der Verschwörer im Westen, der seinerseits ein Netz von Kontaktmännern aufbaute ...

Der in Osnabrück liegende Teil des Freikorps Lichtschlag bereitete auf die Nachrichten (sc. vom Kapp-Putsch) aus Berlin sofort einen Umzug durch die Stadt und einen Zapfenstreich vor. Der Magistrat, der Zusammenstöße mit der Arbeiterschaft mit Sicherheit voraussah, konnte beides gerade noch verhindern ... Auf der Kaserne wurde Schwarz-Weiß-Rot gehißt."

Lucas, a.a.o., S. 74 und 105.

Meldung der Kriminalabteilung der Polizeidirektion Osnabrück an den Regierungspräsidenten vom 13.4.20:

„Hier sind genaue Tatsachen nicht bekannt, aus denen eine Stellungnahme des Battallions Lichtschlag für die Regierung Kapp gefolgert werden könnte. Vielleicht war es eine Unvorsichtigkeit, am Sonntag, den 14. März nachmittags, also kurz nach dem Putsche, die schwarz-weiß-rote Flagge auf den Gebäuden der Caprivi-Kaserne zu hissen."

Aus den „Unverbürgten Nachrichten" des Militärbefehlshabers Osnabrück, ab Okt. 1919 als Geheiminformation verfaßt, sämtlich „Durch Offizier geschrieben" und gezeichnet vom Militärbefehlshaber Oberst Freiherr von Beaulieu-Marconnay:

„Nach einer unbestätigten Agentennachricht soll die Kompanie Köln in Hildesheim, früher Osnabrück, sehr unzuverlässig sein."

28.11.19 (zu einer Versammlung der kurz zuvor in Osnabrück mit der KPD verschmolzenen USPD): „Bei dieser Gelegenheit erklärten die Gebrüder Johann und August Schmedding, sowie Heinrich Mohne, alle Wesereschstraße 48, sie hätten Waffen genug, um ihren Stadtteil verteidigen zu können. (Polizeidirektion Osnabrück ist verständigt.)"

2.12.19: „In Osnabrück macht sich eine lebhafte Agitation gegen das Batallion des Korps Lichtschlag bemerkbar. Abgesandte sind nach Berlin gefahren, um die Entfernung des Batallions aus Osnabrück beim Reichswehrministerium zu beantragen."

18.12.19: „In den Arbeiterkreisen Osnabrücks, namentlich in den gewerkschaftlichen Organisationen, wird die Werbung für die Technische Nothilfe lebhaft erörtert. Die hiesigen Metallarbeiter haben beschlossen, den Kampf gegen die Te-No aufzunehmen und die Arbeiter davon abzuhalten, sich hierfür anwerben zu lassen."

7.4.20: (Zur Kündigung eines Arbeiters der Eisenbahn-Hauptwerkstätte, eines Mitglieds der Einwohnerwehr, durchgesetzt durch dessen Arbeitskollegen): „... weil sie in dem Glauben waren, daß Müller bei einem evtl. Putsch gegen sie kämpfen würde."

Schreiben vom 15.12.19 an den Militärbefehlshaber Osnabrück:
„... Tatsache ist, daß Arbeiter der Eisenbahn-Hauptwerkstätte die Reparatur der Panzerlokomotive des Korps Lichtschlag verweigert haben."

Schreiben der Polizeidirektion Osnabrück – Kriminalabteilung – vom 25.3.20 an den Regierungspräsidenten:

„Das Korps Lichtschlag ist z. Zt. 5 1/2 Uhr nachmittags beim Verladen im Fledder. Es kommt nach Holzminden. Die Waffen und Munition werden auf Wagen verladen und dann transportiert. Ein Arbeiterverteter bewacht das Verladen der Waffen und Munition. Die Soldaten dürfen die Stadt mit Waffen nicht verlassen. Der Zug fährt um 12¼ Uhr diese Nacht ab ..."

„Betrifft: Entsendung von Sicherheitspolizei" (im Anschluß an die Teuerungsunruhen vom 19. bis 23.6.1920, in denen Plünderungen erfolgten, v. a. aber zahlreiche Preise durch kollektives Vorgehen der Kunden gesenkt werden konnten) Geheimschreiben des Regierungspräsidenten vom 30.6.20 an den preußischen Innenminister Severing:

„... Die letzten Vorkommnisse in der Stadt Osnabrück haben gezeigt, daß die sogenannte blaue Polizei in solchen Fällen zu stellenden Anforderungen ... nicht gewachsen ist.

... Der Mangel eines ausreichenden, schnellen und wirkungsvollen Schutzes hat für die Stadt Osnabrück und auch für den Regierungsbezirk seine besondere Bedeutung. Osnabrück bildet einen wichtigen Verkehrsmittel- und Eisenbahnknotenpunkt und muß bei Unruhen im Ruhrgebiet einen Stützpunkt und die Rückendeckung für Münster bieten. Demgegenüber bilden die unruhigen Elemente unter der zahlreichen Arbeiterbevölkerung der Stadt und ihrer Umgebung und die Möglichkeit des raschen Zuzuges spartakistischer Elemente – namentlich vom Ruhrgebiet her und aus Bremen – eine ständige Gefahr. Außerdem befindet sich auch in Lingen, Nordhorn und Bramsche also in kleinen Orten, eine verhältnismäßig starke Arbeiterschaft ... Die grüne Sicherheitspolizei hat gegenüber der städtischen Polizei zweifellos ... den Vorteil, daß ihre Mannschaften kaserniert sind, keinen Zusammenhang mit der einheimischen Bevölkerung haben und im Bedarfsfalle jederzeit gewechselt werden können ... Nach Vorstehendem möchte ich den Antrag des hiesigen Magistrats unterstützen und bitten, ihm auch dortseits Folge geben ... zu wollen."

Zeittafel

1914-18	Erster imperialistischer Weltkrieg
1917	
Frühj./Sommer	Verbrüderungen an der Ostfront nach der Februar-Revolution in Rußland
April	Gründung der Unabhängigen Sozialdem. Partei (USPD)
1918	
Januar	Munitionsarbeiterstreiks
Aug. u. Okt.	Matrosen-Meutereien in Wilhelmshaven
4.11.	Arbeiter- und Soldatenrat in Kiel
8.11.	Arbeiter- und Soldatenrat in Osnabrück
9.11.	Ausrufung der Republik in Berlin
11.11.	Waffenstillstand
12.11.	Proklamation des achtstündigen Maximalarbeitstags für „spätestens am 1.1.1919" durch den Rat der Volksbeauftragten
31.12.	Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD)
Winter 1918/19	Bildung einer Bürgerwehr in Osnabrück
1919	
19.2.	Lebensmittelunruhen in Osnabrück: OB Rißmüller muß Überwachungskommission aus dem Volk akzeptieren, den Vorsitzenden der städt. Lebensmittelkommission entlassen und Rationen erhöhen
April	2. Rätekongreß in Berlin; vergeblicher Versuch, in Osnabrück die Rolle der Räte bei Magistrat und Regierungspräsident zu stärken
Frühjahr	Nach Osnabrück (Caprivikaserne) wird ein Batallion des Freikorps Lichtschlag einschließlich dessen Panzerzug verlegt Politischer Terror der Freikorps-Soldaten
Juli	Verbot aller kommunistischen Versammlungen
3.-7.11.	Streik der Mühlenarbeiter in Osnabrück
November	Arbeitervertreter aus Osnabrück werden nach Berlin gesandt mit der Forderung nach Abzug des Freikorps Lichtschlag
November	Verweigerung der Reparatur der Panzerlokomotive des Freikorps Lichtschlag durch die Arbeiter der Eisenbahn-Hauptwerkstätte in der Bremer Straße
Dezember	Osnabrücker Metallarbeitergewerkschaft beschließt, den Aufbau der Technischen Nothilfe zu bekämpfen
18.-20.12.	Streik der Angestellten des Groß- und Einzelhandels
1920	
13.3.	Kapp-Putsch gegen die Reichsregierung Generalstreik; Selbstbewaffnung der Arbeiter im Ruhrgebiet
13.3.	Lichtschlag bereitet militärischen Umzug durch die Stadt Osnabrück vor; die Kampfentschlossenheit der Osnabrücker Arbeiter setzt dessen Verhinderung durch den Magistrat durch
15.-17.März	Einsatz des Freikorps Lichtschlag gegen die Arbeiter im Ruhrgebiet durch Reichsbahnarbeiter verzögert, was den Sieg dieser bewaffneten Arbeiter über jenes besonders verhaßte Freikorps (Massaker gegen die Arbeiter im Ruhrgebiet im Generalstreik 1919) ermöglichte.
25.3.	Entwaffnung und Abzug des Freikorps Lichtschlag aus Osnabrück unter der Kontrolle von Arbeitervertretern durchgesetzt
27.3.	Gustav Noske scheidet als Reichswehrminister aus der Reichsregierung aus; 1920-1933 Oberpräsident in Hannover
April	Regierung ordnet die Auflösung der Einwohnerwehren in Osnabrück an; an ihre Stelle tritt der „Ortsschutz"
19.-23.6.	Teuerungsunruhen in Osnabrück
22.6.	Severing, preußischer Innenminister, rügt telegrafisch den Einsatz der „Einwohnerwehren" (Ortsschutz) in Osnabrück
24.6.	Antrag des Magistrats (befürwortet am 30.6. durch den Regierungspräsidenten) auf Stationierung von Sicherheitspolizei („Grüne Polizei"), da die städtische („blaue") Polizei bei Unruhen in der einheimischen Bevölkerung nicht genüge
1921	
März	Provokationen im mitteldeutschen Industrierevier führen zum Generalstreik und zum bewaffneten Widerstand im Mansfelder Gebiet und in den Leuna-Werken
1922	
30.4.	Städtische Polizei im Außendienst völlig durch „Grüne" Polizei abgelöst; 2 Hundertschaften in der Stadt stationiert

Die ohne angefügte Herkunftsangaben zitierten Quellen auf dieser und den folgenden Seiten liegen im Niedersächs. Staatsarchiv Osnabrück unter Rep 430 Dez 201-204 acc 5/66 Nr. 25, die der folgenden zwei Seiten dortselbst Nr. 6, die letztaufgeführte („Wochenberichte") jedoch unter Rep 430 Dez 101 acc 7/43 Nr. 331.

Die Bourgeoisie wendet das Blatt: Verschärfung der Ausbeutung.

Indem die Bourgeoisie mithilfe ihrer reorganisierten bewaffneten Einheiten die revolutionären Bewegungen blutig unterdrückte und demokratische Lohn- und Tarifkämpfe ständig erstickte, ging sie zugleich an den Aufbau einer Produktion, deren Profitlichkeit die Tributlasten aufwog. Zielstrebig verfolgte sie daher die Ausdehnung des Arbeitstages, die Rationalisierung des Arbeitsprozesses samt hoher Verdichtung der Arbeit, den Abbau des Lohns, insgesamt die weitere Verschärfung der Ausbeutung. Dies geschah gesetzlich und tariflich durch Maßnahmen wie staatliche Förderung der Kapitalkonzentration; gezielte Entlastung des KapitalJ von Schulden (Inflation), Steuern und Rationalisierungskosten; Einführung billigster „Notstandsarbeiten" und anderer Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) zu Sklavenhalterbedingungen und ab 1928 Abwälzung auch deren Kosten auf die Arbeitslosenkassen; schließlich ab 1930/31 Einführung eines zunehmend verschärften Arbeitsdienstes. In den damit verbundenen heftigen Kämpfen gelangte die Bourgeoisie Ende der 20er Jahre in die Offensive.

Ihre Erfolge gegen die Arbeiterbewegung trieben ihr Streben nach Neuaufteilung der Welt, zunächst nach Abschüttelung der Tribute, an und verminderten grundlegend ihr Risiko beim Versuch, mithilfe des längst von ihr bereitgehaltenen Faschismus im Inneren die organisierte Arbeiterbewegung zu zerschlagen und nach außen die Tributpflichtigkeit zu beseitigen. Ihre Ausbeutungsvorteile mußten ihr sodann eine sprunghafte Entwicklung ihrer ökonomischen – und in der Folge militärischen – Schlagkraft bescheren.

Der Syndikus der Stahlwerke zu deren Übernahme durch den Klöckner-Konzern:

„Nun war Peter Klöckner unumschränkter Herr ... Da die Novelle des Körperschaftsgesetzes von 1922 die hohen Gebühren bei Umschreibungen wesentlich herabsetzte, lag nun kein Hindernis mehr vor, auch nach außen hin die veränderten Verhältnisse sichtbar werden zu lassen. Am 9. Februar 1923 wurde ein Fusionsvertrag abgeschlossen.

... Jetzt gab es nur die Losung: Ruhe, Sparen, Mehrarbeit! Aber diese Rettungsmittel waren nicht volkstümlich. In den letzten Tagen des Jahres wurde die Arbeitszeit neu geregelt ..."

Sperling, Erich: Alles um Stahl, 1956, S. 195 und 197

Zu den Verhandlungen P. Klöckners mit General Degoutte, Vertreter der französischen Ruhr-Besatzungstruppen, am 5.10. 1923 über den Zehnstundentag:

„Nach dem von den Großindustriellen selbst angefertigten Protokoll ... hat Herr Geheimrat Klöckner vor dem französischen General folgendes ausgeführt: ‚Die Industrie sei der Überzeugung, daß es ein schwerer Fehler gewesen sei, den sozialistischen Einflüssen nachzugeben und nach einem verlorenen Kriege auch noch eine verkürzte Arbeitszeit einzuführen. Viele Schwierigkeiten hätten vermieden werden können ... Der rheinisch-westfälische Bergbau habe sich daher entschlossen, am kommenden Montag die Vorkriegsarbeitszeit wieder einzuführen, das heißt achteinhalb Stunden einschließlich Ein- und Ausfahrt für Untertagsarbeiter und zehn Stunden für Übertagsarbeiter. Die Industrie sei aber nicht in der Lage, ihre Absichten durchzuführen ohne die Unterstützung der Okkupationsmächte.' Und das – wurde hinzugefügt – sei einer der Gründe für unseren Besuch."

Otto Wels in der Reichtstagssitzung v. 20. 11. 1923 (Sten.Ber. Bd. 361, S. 12165A)

Schreiben des Regierungspräsidenten an den preußischen Innenminister v. 29. 1. 1924:

„Am 23. 12. 1923 hatte sich ein Zug von 150 - 200 Personen auf dem Neumarkt gebildet, um gegen die Einführung des 10-Stunden-Tages zu demonstrieren. Der Zug wurde durch 1 Pol.Oberm. und 7 Beamte aufgelöst.

Infolge Einführung des 10-Stunden-Tages waren im Klöckner-Konzern – GMH – einige Hunderte Arbeiter, die unter den neuen Bedingungen nicht arbeiten wollten, entlassen. Zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung und zur Verhinderung von Belästigungen der Arbeitswilligen wurde am 1. 1. 1924 1 Polz.Offz. und 17 Beamte nach GMH verlegt. Das Kommando wurde am 10. 1. 1924 zurückgezogen, nachdem die ausgesperrten Arbeiter die Arbeit wieder aufgenommen hatten."

Polizeibericht der Schutzpolizei Osnabrück (16.11.1923 - 15.1.1924):

„Reg.-Rat Haarmann von den Klöcknerwerken ruft an, daß in Hasbergen Arbeitswillige aus dem Zuge geholt worden seien. Dem Anfordern des Pol.-Leutnants B., GMH, auf PKW, 2 Kraftfahrer und 2 weitere Beamte wird entsprochen ... Am 4. 1. 1924 werden für die Bahnhofswache und das Stahlwerk die gleichen Anordnungen getroffen wie am 3. 1. 1924. Keine besonderen Vorkommnisse. Leutnant B. meldet aus der G.-M.-Hütte, daß in Hasbergen Arbeitswillige beschimpft, geschlagen und anscheinend beschossen seien. Eine Streifenfahrt auf Dorf Hasbergen mit Werkspolizei wird im Laufe des Vormittags angeordnet."

Direktor Wurmb, Stahlwerk, teilt mit, daß der Streik im Abflauen sei ... Am 15. 1. 1924 (5. Jahrestag der Ermordung R. Luxemburgs und K. Liebknechts, d. Hrsg.) war mit einer kommunistischen Versammlung auf dem Neumarkt zu rechnen. Seitens des Kommandos wurden die erforderlichen Maßnahmen getroffen ... Gegen 6.35 Uhr nachmittags meldete der Posten Neumarkt eine kommunistische Versammlung von ca. 250 Personen auf dem Neumarkt vor dem Gerichtsgebäude. 1 Polizeioffizier mit den ihm beigegebenen Beamten begab sich sofort vermittels LKW dorthin und zerstreute die Menge. Widerstand wurde nicht geleistet. 14 Personen würden zur Rathauswache zwangsgestellt, 6 nach Feststellungen der Personalien am Abend wieder entlassen."

Wochenberichte der Polizeidirektion (N.-Stelle) über die politische Lage in der Stadt Osnabrück:

17.12.23: „... Die Erwerbslosenzahl ist ... auf 1693 zurückgegangen ... dürfte aber in nächster Zeit auf Grund der Personalabbau-Verordnung wieder erheblich steigen. Durch diese Verordnung wird ein Teil der behördlichen Büroangestellten erwerbslos werden. Auch wird in nächster Zeit ein Teil der Bank- und Industrieangestellten zur Entlassung kommen ... Am 13. Dezember gegen 4¾ Uhr nachmittags kam es hier zu einer Demonstration der Erwerbslosen. Es beteiligten sich hieran vorwiegend jugendliche Personen, sogen. ‚Halbstarke'. Zu irgendwelchen Ausschreitungen kam es nicht, da die Demonstranten rechtzeitig auseinandergetrieben wurden ... Die Stimmung in der breiten Masse der Bevölkerung war auf Grund des allgemeinen Preisabbaues und der Besserung der innenpolitischen Lage etwas entspannt, ist aber durch die geplante Arbeitszeitverlängerung und Kündigungen auf den Klöcknerwerken zur Zeit wieder gespannt. In der Frage der Arbeitszeitverlängerung ist nach diesseitigen Feststellungen wohl anzunehmen, daß sich die Arbeiterschaft mit der 10stündigen Arbeitszeit einverstanden erklären wird.

Die Klöcknerwerke haben in letzter Woche durch Anschlag bekannt gegeben, daß sie beabsichtigen, die 10stündige Arbeitszeit einzuführen. Die Belegschaften der einzelnen Abteilungen sollten bis Freitag, den 14. d.Mts. eine Erklärung abgeben, ob sie mit dieser neu festzusetzenden Arbeitszeit einverstanden seien. Diese Erklärung ist aber bislang nicht erfolgt. Hierauf haben die Klöcknerwerke die Belegschaften ... am Montag, den 17.d.Mts. gekündigt. Die Kündigung wird am 31. d. Mts. ablaufen. Nach den Feststellungen würden dann am 2. Januar 1924 Neueinstellungen von denjenigen Personen erfolgen, welche gewillt sind, 10 Stunden täglich zu arbeiten ..."

Zu den Beobachtungen deutscher Kapitalisten in den USA:

„Wenn wir Deutschen ... heute nach Beispielen wirtschaftlicher Betriebsführung in Amerika Umschau halten, so erkennen wir außer der Typisierung zwei bedeutende Erscheinungen: der ‚Service'-Gedanke im Vertriebe und die wissenschaftliche Betriebsführung ... zweifellos ist Ford die gegebene Schule für den, der rationalisieren will. Dagegen wäre es sinnlos, seine Einrichtungen hier als Rezept anzuwenden. Auch wir wußten schon lange, daß Beschleunigung die Fertigung wirtschaftlicher gestaltet; aber wir gingen dabei allzusehr nur auf Lohnminderung durch Verkürzung der aufzuwendenden Arbeitszeiten aus. Dagegen sagt Ford: ‚Steckt Geist in eure Arbeit! Schafft durch geistige Arbeit die Möglichkeiten, billiger und besser zu produzieren.' Er verwirklicht diesen Gedanken durch eine geistige Druchdringung auch jeder geringsten Aufwendung an Werkstoff und Arbeit."

Direktor Frank Mäckbach: VDI-Nachrichten, Berlin 1926

„In Deutschland wurde 1919 der Ausschuß für Zeitstudien bei dem ‚Ausschuß für wirtschaftliche Fertigung' (AWF) des Reichskuratoriums für Wirtschaftlichkeit begründet. Der Ausschuß für Zeitstudien wurde später in zwei Ausschüsse geteilt, einen für Hand-, einen für Maschinenarbeit. Die Ergebnisse beider Ausschüsse machte sich der 1924 vom Gesamtverband deutscher Metallindustrieller und vom Verein deutscher Ingenieure begründete ‚Reichsausschuß für Arbeitszeitermittlung' (Refa) nutzbar. Der Refa hat durch Publikationen und Kurse tausende Betriebsingenieure und Werkmeister in den neuen Methoden der Akkordermittlung ausgebildet ...

Je komplizierter die Ermittlungsmethoden werden, desto mehr entziehen sie sich der Kontrolle der Arbeiter. Der vom Akkordbüro auf Grund umständlicher Beobachtungen und Berechnungen ermittelte Zeitakkord tritt den Arbeitern mit dem Anspruch gegenüber, das Ergebnis exakter, objektiver wissenschaftlicher Feststellungen zu sein."

Bauer, Otto: Rationalisierung – Fehlrationalisierung, Wien 1931, S. 108 und 110

Der Syndikus der Klöckner-Werke zu den Osnabrücker Stahlarbeiterlöhnen

„Da die Kohlenfrachten des Georgsmarienvereins 12 bis 15 Prozent der Lohnsumme ausmachten, mußten die Osnabrücker Löhne um diesen Betrag unter dem Stand der Hütten des Industriegebiets bleiben, die auf der Ruhrkohle saßen."

Sperling, a.a.o., S. 189.

Der Klöckner-Syndikus zur Rationalisierung:

„Der Übergang zum vorläufigen Zehnstundentag hatte ... die Voraussetzung für die Weiterarbeit der schwer angeschlagenen Hüttenindustrie geschaffen ... Auch für die Osnabrücker Werke hatten sich Mittel für eine verbilligende und verbessernde Ausstattung gefunden ... elektrisch betriebene Verladebrücken ... Zentralbegichtungsanlage für alle Öfen ...
Zur Erweiterung der Stromversorgung ... wurde 1923 bis 1924 das Kraftwerk um 39 m verlängert, um 2 neue Gas-Dynamomaschinen aufzustellen ... Am En-

de der Inflation (sc. Nov. 1923) hatten die drei Abteilungen der Georgsmarienwerke noch 11000 Beschäftigte. Im März 1924 waren es nur noch 7449; im Juli fiel die Zahl auf 6650. Durch die vielen Entlassungen, besonders auf der Hütte, war die Belegschaft um ihre Zukunft besorgt ..."

Sperling, Erich: Alles um Stahl, 1956, S. 198 ff.

1901 kauft Wilhelm Karmann die Wagenfabrik Chr. Klages

„Etwa im Jahre 1902 wurden die ersten Karosserien für die Dürkopp-Werke in Bielefeld gebaut ... Es kamen Aufträge aus der näheren und weiteren Umgebung: aus dem Industriebezirk Rheinland, Westfalen, Bremen, Hamburg und Berlin. Damals lieferten die Automobilfabriken Fahrgestelle an und bestellten dazu die Karosserien; aber auch größere Automobilhändler kauften Fahrgestelle und gaben die Karosserien nach den Wünschen, dem Geschmack und der Mode in Auftrag ... Die Belegschaft zählte etwa 50 Mann. Im Jahre 1911 wurde ein Teil des jetzigen Betriebes, die frühere Maschinenfabrik Lindemann, Martinistraße, käuflich erworben ...

Der Ausbruch des ersten Weltkrieges bereitete der Weiterentwicklung ein jähes Ende. Die Zahl der Belegschaft, die anfangs noch 70 Mann betrug, schmolz in kürzester Frist auf kaum 20 Mann zusammen. Der Betrieb mußte seine Fertigung sofort auf Rüstungsarbeiten umstellen. Bereits Mitte August kam telegrafisch ein für den damaligen Betrieb großer erstmaliger Auftrag auf hundert Krankenwagen ... Außer Krankenwagen wurden Fahrzeuge für die Pioniere und Luftschiffertruppen bestellt, außerdem Pferdegeschirre und sonstige Ausrüstungsteile für das Heer. Für die schwere Artillerie wurden große Aufträge auf Gürtelgeräte ausgeführt."

Nach dem 1. Weltkrieg – die Ausbeutung wird verschärft

„Mit der zunehmenden Inflation war auch ein Aufschwung im Karosseriegeschäft zu verzeichnen. Schon im Jahre 1921 gingen Aufträge auf 10, 25, 50 Karosserien und darüber hinaus ein ... Als Auftraggeber traten Automobilfabriken auf, die damals eine führende Rolle spielten, deren Namen heute aber schon fast in Vergessenheit geraten sind. Es waren unter anderem die Firmen AGA (Allgemeine Automobilgesellschaft, Berlin), NAG (Neue Automobilgesellschaft, Berlin), Protos (Berlin) ...

Die Preise der deutschen Automobilindustrie wurden nicht nur auf dem Weltmarkt, sondern auch bei uns im Inland, durch Importe amerikanischer Wagen so stark unterboten, daß das amerikanische Automobil, welches auch in technischer Hinsicht den deutschen Erzeugnissen überlegen war, flotten Absatz fand ... Als im Jahre 1924 führende Persönlichkeiten der deutschen Automobilindustrie eine Studienreise nach Amerika durchführten, um an Ort und Stelle die fortschrittlichen Produktionsmethoden der amerikanischen Automobilindustrie zu studieren, entschloß sich Herr Karmann zur Teilnahme.

Sorge machte wieder die Auftragslage, denn größere, langfristige Aufträge fehlten. Es gab Zeiten, besonders im Herbst und Winter, in denen sich der Betrieb nur mit der Herstellung von einzelnen Karosserien über Wasser hielt. Einige der größeren Hersteller stellten die Zahlungen ein ... In den Jahren von 1926 an wurde eine Verbindung mit den Adlerwerken, Frankfurt am Main, angeknüpft, die im Laufe der Zeit immer enger wurde und entscheidend zu der Aufwärtsentwicklung des Betriebes bis zum Kriegsausbruch im September 1939 beitrug ... Sommerhalbjahr 1932: Zum ersten Mal wurde in zwei Schichten gearbeitet und 800 Stück Adler-Primus-Cabriolets in Tageslieferungen von 8 Stück, zum Versand gebracht. Mit der Vergrößerung der Betriebsräume mußte auch die Verbesserung der Betriebseinrichtungen Hand in Hand gehen. Es wurde unmöglich, die Karosserieaußenbekleidung, wie es anfänglich üblich war, weiter von Hand herzustellen. Man zog Preßteile über sogenannte Arzpressen. Später, nach Ausbau des Betriebes IV an der Weidenstraße wurde aber auch die erste größere Ziehpresse angeschafft. Es handelte sich hier um die 325t-Weingarten-Presse, die auch heute noch in der Neulandstraße zuverlässig ihre Dienste tut ... Die allmählich einsetzende Entwicklung und Umstellung von der Halbstahlkarosserie auf die Ganzstahlkarosserie brachte neue Aufgaben. Sie machte den Kauf von zahlreichen Punktschweißmaschinen, einer Lichtbogenschweißanlage etc. notwendig ...

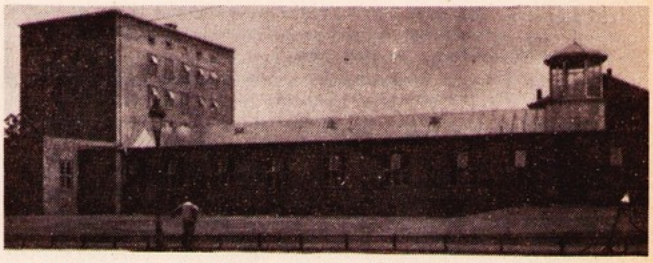
Der bereits erwähnte, besonders erfreuliche Auftragsbestand von einigen Tausend Adler-Karosserien, für dessen Erledigung sowohl im Rohbau als auch in der Fertigmontage Fließbänder eingerichtet und in Betrieb genommen waren, schien im Jahre 1939 zu einem neuen Aufschwung zu führen.

Allen Erfolgsaussichten bereitete der Kriegsausbruch am 2. September 1939 ein jähes Ende. Schon nach wenigen Wochen war jede Friedensfertigung unterbunden. Ganze Kolonnen der Belegschaft wurden zu den Weser-Flugzeugwerken Bremen zur Umschulung abkommandiert. Wir waren zum Unterlieferanten dieses Werkes bestimmt worden. Daneben blieb auch der Fahrzeugbau bestehen, welcher außer Feldwagen für Pferdebespannung, Infanterie-Munitionswagen und großen Stückzahlen schwerer Artillerieräder in der Folgezeit manchem Sonderauftrag zu erledigen hatten ... (Belegschaft 1938 = 800, d. Hrsg.)

Durch Einberufung zur Wehrmacht entstanden in den Reihen der Belegschaft immer weitere Lücken. Im Frühjahr 1942 wurden dann dem Werk erstmals 200 Ukrainerinnen zugewiesen, die als Ostarbeiterinnen bezeichnet wurden. Die Zahl erhöhte sich später auf 350. Für die Unterbringung wurden auf dem südlich an Werk IV angrenzenden Grundstück große Holzbaracken aufgestellt. Wegen ihrer Anpassungsfähigkeit und Geschicklichkeit wurden mit diesen Arbeitskräften allgemein gute Durchschnittsleistungen erzielt."

Alle Zitate aus: Gausmann, Gustav: Entwicklung der Fahrzeugfabrik Karmann

1922	
30.4.	Städtische Polizei im Außendienst völlig durch „Grüne" Polizei abgelöst; 2 Hundertschaften in der Stadt stationiert
1923	
Januar	Ruhrgebiets-Besetzung durch französische und belgische Truppen
9.2.	Abschluß des Fusions-Vertrages „Klöckner-Werke"
8.3.-27.3.	Streik der kaufmännischen Angestellten in Osnabrück
4.6.	Massendemonstration der Osnabrücker Arbeiter zum Tarifkampf der Metallarbeiter mit gewaltsamer Vorführung des Vorsitzenden des Osnabrücker Verbandes industrieller Arbeitgeber durch die Demonstranten vor dem Rathaus
Juli	Streik bei Hammersen
29.9.	Stinnes fordert von der Reichsregierung Wiedereinführung des Zehnstundentags
5.10.	Klöckner fordert von den Ruhr-Besatzungsmächten Unterstützung bei der Wiedereinführung des Zehnstundentags
9.10.	Teuerungsunruhen in Osnabrück gegen die Brotpreiserhöhungen
Anfang Nov.	Höhepunkt der Inflation
9.11.	Um 4 Uhr früh werden 13 führende Kommunisten in Osnabrück verhaftet, darunter ein Gewerkschaftssekretär und mehrere Betriebsräte
9.11.	Hitler-Putsch in München
Ende Nov.	Innenminister Severing verfügt, „daß ein erfahrener, fachpolitisch durchgebildeter Beamter der Polizei von der Schutzpolizei in Berlin" als Polizeihauptmann nach Osnabrück versetzt wird
10.12.	Kündigung der Arbeiter der Klöckner-Werke Osnabrück und GMHütte zum 31.12. zwecks Einführung des Zehnstundentags
13.12.	Arbeitslosendemonstration auf dem Neumarkt, von der Polizei aufgelöst
23.12.	Demonstration auf dem Neumarkt gegen den Zehnstundentag, von der Polizei aufgelöst
24.-27.12.	Verhandlungen in Osnabrück mit dem vom Arbeitsminister beauftragten Schlichter: „Schiedsspruch" für den Zehnstundentag
1924	
1.1.	Zehnstundentag in den Osnabrücker Großbetrieben eingeführt
Ende Jan. -4.2.	Streik der Maßschneider in Osnabrück
2.4.-13.6.	Streik und Aussperrung der Holzarbeiter in Osnabrück
ab 12.4.	Streik der Buchdrucker in Osnabrück
2.-12.5.	Streik der OKD-Arbeiter (Osnabrücker Kupfer- und Drahtwerke, heute kabelmetal) gegen den weiteren Zehnstundentag
1927	
ab 1927	Reorganisation und Zentralisierung der Polizei auf dem Land (Landjägerei)
14.12.	Die Klöckner-Werke GM-Hütte kündigen allen Arbeitern in Verbindung mit Stillegungsdrohung zum 31.12.27, um den Achtstundentag für die Feuerbetriebe in der Schwerindustrie zu verhindern; die Reichsregierung zieht daraufhin die diesbezügliche Verordnung zurück
1931	
Febr.	Austritt der Klöckner-Werke aus dem Osnabrücker Arbeitgeber-Verband, um überverbandsmäßige Lohnsenkungen durchzusetzen
1933	
30.1.	Hitler mit der Regierung beauftragt
6.2.	Demonstration der Eisernen Front gegen den Nationalsozialismus mit über 3000 Teilnehmern



Das Arbeitsamt zwischen Bohmter Straße und Alter Poststraße. Die Arbeitslosenzahlen in Osnabrück nahmen ab 1928 erheblich zu. Waren sie zu Beginn des Jahres 28 noch 2269 und Ende 28 bei 2980, so lagen die Zahlen dann: Januar 1929 bei 4578, Mitte 29 bei 2296, Ende 29 bei 3869. Ab 1930 dann folgende Entwicklung: Anfang 1930 4674, Ende 30 6801; Anfang 1931 7706, Ende 31 10593; Anfang 1932 11798, Ende 32 13057. Von über 13000 im Februar 1933, erhielten 6600 Unterstützung.

Mit dem Faschismus wird die Arbeiterklasse niedergeschlagen. Die christliche Reaktion bereitet den Boden

Die 3. Etappe der Weimarer Republik, ab 1928, ist gekennzeichnet durch erneute Offensive der deutschen Bourgeoisie im Kampf um die Weltherrschaft. Diese Offensive richtete sich gegen die imperialistischen Konkurrenten und mußte im Innern die Arbeiterklasse endgültig ausschalten. Dazu war bürgerliche Demokratie, auch die Zentrumspartei, nicht in der Lage. „Der Machtantritt des Faschismus ist keine einfache Ersetzung der einen bürgerlichen Regierung durch eine andere, sondern eine Ablösung der einen Staatsform der Klassenherrschaft der Bourgeoisie – der bürgerlichen Demokratie – durch eine andere – durch die offene terroristische Diktatur" (Dimitroff, G.: Arbeiterklasse gegen Faschismus, Frankfurt a. M., 1976). Diese korrekte Einschätzung durch den VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale, 1935, kam spät. Bis dahin war die Einheitsfront der Arbeiterklasse nicht möglich, vor allem durch die Kennzeichnung der Sozialdemokratie als Sozialfaschismus durch die KPD. „Der Faschismus stützt sich dabei nicht auf die Arbeiteraristokratie, die die bürgerliche Arbeiterpartei und die Gewerkschaften kontrollieren, sondern auf Beamte und Akademiker, auf Teile der neuen Mittelklasse, mit deren Hilfe er die Kleinbourgeoisie und Elemente von Lumpenproletariat kontrolliert." (KVZ, Nr. 15/80, S. 16) Auch herrschte lange Verwirrung über den Weg der politischen Machtergreifung durch die Arbeiterklasse, so daß gerade auch der Pazifismus nicht geschlagen wurde.

Dieser ist in nicht geringem Maße gerade durch die katholischen Arbeiterorganisationen verbreitet worden. „Im Programm der III. Internationale von 1928 wurde die Forderung nach Volksbewaffnung ausdrücklich als überholt zurückgewiesen. Nachher stand die Arbeiterklasse gegenüber dem Faschismus wehrlos da. Ohne demokratisches Programm bleibt die Arbeiterklasse ohne revolutionäre Taktik." (KVZ Nr. 15/80, a.a.O.)

15.2.1927 Himmler im Evangelischen Vereinshaus in Osnabrück

„Es handelt sich bei uns Nationalsozialisten nicht um den Streit der Reichsfarben, auch nicht um Monarchie oder Republik, sondern ob wir als 60 Millionenvolk leben oder sterben wollen. Die unselige Spaltung der beiden Gruppen, Nationalismus und Sozialismus, muß aufhören. Beide Gruppen sollten nun das Fazit ziehen aus der langen Arbeit der vielen Jahre. Seit etwa 70 Jahren steht nun der Sozialismus im Kampf. Was hat man nun erreicht? Den Achtstundentag hat man schließlich erkämpft. Wo ist dieser Achtstundentag geblieben? Jetzt werden längst wieder 8 bis 14 Stunden gearbeitet. Millionen von Erwerbslosen sind die Reservearmee des Kapitalismus. Ein Streik kann überhaupt nicht mehr durchgeführt werden, denn für jeden, der die Arbeit niederlegt, stehen zehn andere wieder da. Das Elend hat die Arbeiter zermürbt. Ich muß feststellen, daß der Marxismus richtig, die Methode der Durchführung aber falsch war. Der Marxismus hat den richtigen Sozialismus verfälscht. Heute, nach 70 Jahren bröckelt alles auseinander. Trotz des langen Kampfes gegen den Kapitalismus ist dieser heute stärker denn je. Es ist aber auf der anderen Seite, auf der Seite des Nationalismus, nicht anders geworden. Der Krieg war der Triumph des nationalen Gedankens. Etwa 10 Millionen haben gekämpft und geblutet. Auch hier ist der Zusammenbruch zu verzeichnen.
Ein nationaler Staat ist nicht mehr vorhanden, Deutschland ist jetzt eine Kolonie. Die nationalen Verbände mit ihrer großen Zahl hätten aber längst wieder erreichen können, was sie wollten. Die Vertreter des nationalen Gedankens haben aber ihren Grundsatz längst verwirtschaftet. Hier ist also auch kein Vorwärtskommen mehr. Aber eines ist auf beiden Seiten meist gemeinsam, nämlich daß sie schaffende Menschen sind. Wer ist nun eigentlich ein schaffender Mensch? Diese Frage darf man nicht in dem Sinn beantworten, daß nur der mit der Hand arbeitende Mensch, der Bauer hinter dem Pfluge, der Bergmann im dunklen Stollen, der Fabrikarbeiter im Walzwerk ein schaffender Mensch ist. Auch der bis in die Nacht hinein über den Büchern sitzende Student, der Ingenieur, der rechnende Unternehmer und auch der Beamte sind schaffende Menschen. Der Kopf gibt der Faust erst den Gedanken, und beide sind aufeinander angewiesen. Beiden schaffenden Menschen steht nun eine kleine Minderheit von Nichtschaffenden gegenüber. Das tätige Volk wird aber getrennt durch die beiden Begriffe ‚national' oder ‚international'. Es soll nicht heißen, hie ‚Bürger', ‚hie Prolet!' Sondern ‚hie Schaffender', ‚hie Blutsauger!'

Polizeidirektion Osnabrück, Wochenbericht über die politische Lage in Osnabrück, 21.2.27

Resolution einer Mittelstandskundgebung am 3. März 1929 in Osnabrück

„Warnend erheben in schwerer Zeit die am 3. März in Osnabrück versammelten Handwerker und Gewerbetreibenden ihre Stimme. Sie fordern: Schutz des mittelständischen Gewerbes gegen die großkapitalistischen Konzerne und Trusts, gegen die Regiebetriebe des Reiches, der Länder und Gemeinden; gegen den Mißbrauch gemeinnütziger Unternehmensformen; gegen Warenhäuser und Konsumvereine; – Revision der für das deutsche Volk untragbaren Reparationslasten; – beschleunigte Verminderung der öffentlichen Ausgaben durch Anpassung der Verwaltung an die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft; – Deckung aller Haushaltsdefizite des Reiches, der Länder und Gemeinden durch rücksichtslos durchgeführte Sparmaßnahmen; – Vereinfachung des Steuersystems und Verbilligung der sich ständig teurer gestaltenden Finanzverwaltung; Verminderung der Realsteuerlasten; – Aufhebung der steuerlichen Bevorzugung der öffentlichen Hand und der Konsumvereine; – Ausschließliche Verwendung der Hauszinssteuer für die Belebung des Baumarktes; – Abbau der sozialen Lasten auf ein für die Wirtschaft erträgliches Maß; – Beseitigung der Belastung handwerklicher Betriebe durch die jetzige Sozialgesetzgebung, die weit über das vernünftige Maß eines Schutzes des Arbeitnehmer hinausgeht; – Unterbindung der immer mehr zunehmenden Schwarzarbeit durch Aufnahme entsprechender Bestimmungen in das Arbeitsschutzgesetz; – Anpassung der Arbeitszeitbestimmungen an die Erfordernisse der Wirtschaft; – Unterstützung der mittelständischen Unternehmungen durch eine organische Umgestaltung der Kreditorganisationen; – weitgehendste Anerkennung der berufsständischen Selbstverwaltung in einer wirklich freien Wirtschaft."

Osnabrücker Tageblatt, 4.3.1929

Die katholische Kirche gegen die Arbeiterklasse

„Wir müssen Abwehr leisten gegen die Angriffe, die von Gottlosen heutzutage auf unseren Gottesglauben, auf das Reich Gottes auf Erden, auf die christliche Kulturwelt ausgeübt werden.

Der Bolschewismus ist nicht bloß ein Wirtschaftssystem, er ist eine Weltanschauung. Er ist die Weltanschauung der Gottlosigkeit, und für diese Weltanschauung macht er Propaganda nicht bloß in Rußland, auch in anderen Ländern. In Spanien hat er die Klöster gestürmt und die Kirchen zerstört. In Mexiko ist von neuem der Sturm der Gottesfeinde gegen unsere Kirche wieder entfacht. In 26 Ländern bestehen bereits Zentralen der Gottlosenbewegung. Auch in Deutschland gibt es solche Zentralen. Wir sind aufgerufen, das Gottesreich zu schützen."

Bischof Wilhelm Berning, in: Große Kundgebung der Katholiken Osnabrücks in der Stadthalle, Osnabrücker Volkszeitung, 25.1.32

Eröffnungssitzung des Bürgervorsteherkollegs am 30. März 1933

Die Vertreter der KPD waren aufgrund eines Runderlasses des preußischen Innenministers von den Sitzungen der Vertretungskörperschaften von Gemeinden und Gemeindeverbänden ausgeschlossen (Hochverratsverdacht).

„Meine Damen und Herren des neuen Bürgervorsteherkollegiums! Sie treten Ihr verantwortungsvolles Amt unter völlig veränderten Verhältnissen und unter glücklichen und verheißungsvollen Anzeichen an ... Wie ein Frühlingssturm über Nacht ist der Aufbruch zur nationalen Erhebung über unser Vaterland gekommen. Unser Volk, geführt von Männern, die mit heißem Herzen und mit flammender Leidenschaft um Freiheit und Wohlfahrt des Volkes ringen, hat sich in letzter Stunde auf sich selbst besonnen und mitgeholfen, den nationalen Staat auf christlicher Grundlage wiederaufzurichten. Wer sein Vaterland liebt, darf jetzt nicht gleichgültig beiseite stehen. Mit tätiger Anteilnahme und ganzem Einsatz hinter die Regierung zu treten, und den lebendigen Staatsgedanken, die entstehende Volksgemeinschaft zu fördern und zu vertiefen, ist unser aller heilige Pflicht ..."

Oberbürgermeister Gärtner (Zentrum) Osnabrücker Volkszeitung, 31.3.33

Die kath. Reaktion ist besorgt um ihren Einfluß – Gespräche zwischen kirchlichen Vertretern und nationalsozialistischen Ministern, zwischen Hitler und Berning, April 1933

„Die Begegnung (mit Hitler) verlief im besten Einvernehmen. Er (Hitler) sprach mit Wärme und Ruhe, hie und da temperamentvoll. Gegen die Kirche kein Wort, nur Anerkennung gegenüber den Bischöfen" (Berning)

„Protokoll der Besprechung Bischof Bernings mit Hitler

... Es sei ihm (Hitler) der Vorwurf gemacht worden, er gehe gegen das Christentum vor, und dieser Vorwurf hätte ihn schwer getroffen. Er sei auf das festeste davon überzeugt, daß ohne Christentum weder ein persönliches Leben noch ein Staat aufgebaut werden könne; und besonders der deutsche Staat sei ohne die feste Basis des Christentums gar nicht denkbar ... Infolgedessen sei ihm die Erkenntnis gekommen, daß der Staat die Kirche in diesem Kampf gegen die Gottlosigkeit unterstützen müsse. Gottlosigkeit und Bolschewismus seien nur mit Härte und Gewalt niederzukämpfen. Daß dabei auch unbillige Härten vorkommen, sei zu bedauern, aber er könne es nicht verhindern. In den Ausführungen hat Hitler mit der größten Hochachtung von der katholischen Kirche gesprochen ... Bezüglich der Vereine erklärte Hitler, die katholischen Organisationen sollen in keiner Weise beschränkt werden, wenn sie ihre Aufgaben erfüllen, den christlichen Geist in ihren Mitgliedern fördern, den Staat bejahen und den Gemeinschaftsgeist pflegen. Auch die Jugendvereine werden nicht angetastet werden, wenn sie den Kampf gegen den Marxismus ermöglichen ... Bezüglich der Beamten erklärte Hitler, daß wohl in einzelnen Fällen Härten entstehen können. Zwei Gründe veranlaßten zum Abbau: 1. Die Sparsamkeit und 2. es muß auch Platz gemacht werden für die Vorkämpfer der nationalsozialistischen Bewegung, die früher zu Unrecht zurückgedrängt wurden. ... Dem Prälaten Kaas hat er die Frage vorgelegt: ‚sind Sie einverstanden, daß die Zentrumsbeamten in demselben Prozentsatz wie die Stimmzahl des Zentrums bei der letzten Wahl war, in ihren Ämtern belassen werden?' Auf diese Frage hat Kaas nicht geantwortet."

D. Engelker, Das Verhältnis des deutschen Katholizismus zur NSDAP von 1930-1933, Osnabrück 1976, S. 31-34

„Als Berning auf der zweiten gesamtdeutschen Bischofskonferenz des Jahres 1933, Ende August, über das Verbandsthema referierte, spitzte sich die Aussprache auf die Frage zu: ‚Wer hat heutzutage die Gewalt: die NSDAP oder die Staatsgewalt oder die Orts-SS?' Berning darauf: ‚Ich bin angelogen (worden) wie noch nie in meinem Leben.' "

Wolfgang Seegrün: Wilhelm Berning (1877-1955), Osnabrücker Mitteilungen Nr. 76

Die NSDAP konnte sich in der Arbeiterklasse nicht verankern

„1930 plant die Osnabrücker NSDAP zum ersten Mal, an den Betriebsratswahlen teilzunehmen. Vorausgegangen war bereits im September 1929 die Gründung ihrer ersten Betriebsgruppe beim Städtischen Betriebsamt mit dem Namen ‚Gas und Wasser' ... Nach dem ersten vergeblichen Anlauf, in den Betrieben Fuß zu fassen, ruhen die Aktivitäten der NSDAP in dieser Hinsicht vorerst. Erst ein Jahr später werden sie für die erneut anstehenden Betriebsratswahlen wieder aufgenommen. Man versucht, beim OKD, Stahlwerk, Reichsbahn, Reichspost, Kromschröder, Schoeller und Hammersen Betriebszellen zu gründen. Beim OKD gelingt es, eine gut besuchte Betriebszellenversammlung abzuhalten. Der Polizeibericht bemerkt aber skeptisch: ‚Ob es der NSDAP hier aber gelingen wird, eine eigene Liste aufzustellen, ist sehr fraglich, da in diesem Betriebe keine geeigneten der NSDAP angehörenden Personen vorhanden sind, die über genügend Kenntnisse auf gewerkschaftlichem Gebiet verfügen.' Er behält damit auch recht. Die NSDAP gibt ‚da sich die Betriebszellen der NSDAP noch im Aufbau befänden' die Empfehlung, die Stimme den Christlichen Gewerkschaften zu geben."

Die Betriebsratswahl 1931 bei OKD ergibt folgende Sitzverteilung:

1. Freie Gewerkschaften	617 Stimmen – 3 Sitze
2. Christliche Gewerkschaften	335 Stimmen – 3 Sitze
3. RGO	332 Stimmen – 3 Sitze

Gartmann/Reichel, Aufstieg und Machtübernahme der NSDAP in Osnabrück, Osnabrück 1975, S. 49/50

Die Wahl wird angefochten und eine Neuwahl durchgeführt. Dabei erhält die NSDAP 90 Stimmen und keinen Sitz.

Betriebsratswahl bei den Städtischen Betrieben, April 1931. Sitzverteilung:

1. Freie Gewerkschaften	124 Stimmen - 6 Sitze
2. Christliche Gewerkschaften	20 Stimmen - 0 Sitze
3. NSDAP	38 Stimmen - 1 Sitz"

Gartmann/Reichel: a.a.O.,S.51

Aus dem Lagebericht der Staatspolizei

„Am 2.2.35 wurden 3 Osnabrücker Notstandsarbeiter, die im Notstandsarbeitslager Venner-Moor beschäftigt waren, in Schutzhaft genommen, weil sie durch verhetzende Redensarten Mißstimmung unter den übrigen Lagerinsassen hervorgerufen hatten, was zur Folge hatte, daß ein Teil der Lagerinsassen durch Krankmeldung die Arbeit niederlegte."

Lagebericht der Staatspolizeistelle Osnabrück, Staatsarchiv Osnabrück, Rep 439, Nr. 7a, Febr. 35, S.3

Einführung des Arbeitsdienstes – Die Staatspolizei stellt fest, daß man „bei den zum Arbeitsdienst ausgehobenen jungen Leuten des Jahrganges 1915 weniger Freude" vorfindet, als bei den Wehrpflichtigen.

a.a.O., Nr. 9, S.2

Aber „nur in einem Falle mußte zu der Festnahme eines 17jährigen Arbeitsdienstfreiwilligen aus dem Lager Emsland E 16 geschritten werden, da festgestellt worden war, daß er bis in die jüngste Zeit hinein mit marxistisch eingestellten Personen Verbindung unterhielt und zersetzend, wo nur möglich, aber in äußerst vorsichtiger Weise einzuwirken suchte."

a.a.O., Nr. 9, S.3

„Folgender Text – nach der Melodie des Horst-Wessel-Liedes zu singen – wurde auf dem Wege der Mundpropaganda in dem Betriebe (Karmann, d. Hrsg.) verbreitet: Die Fahne hoch! Das Fett wird immer teurer! Der Kumpel geht mit trocknem Brot zur Schicht! Kameraden, Rot Front wird noch einmal siegen! Dann kommt der Tag für Freiheit und für Brot!"

a.a.O., Nr. 11, August 35, S.6)

Juli 34. Die KPD verteilt zwei Nummern der Zeitung „Kampfruf" in Briefkästen und in die Spinde der Arbeiter in den größeren Betrieben. „Besonders in den Orten Bramsche, Oesede und Georgsmarienhütte und den zwischen diesen und Osnabrück liegenden kleineren Orten scheint sie festen Fuß gefaßt zu haben."

a.a.O., Nr. 5, S.5)

„Wenn das neue Reich nach der Revolution des 30. Januar 1933 auch nicht sofort begeistert umjubelt wurde, so liegt das in der Natur der stillen und etwas schwerfälligen Menschen, welche nicht sofort Hosianna rufen, aber auch nicht so schnell ‚ans Kreuz mit ihm'". Öffentliche Versammlungen der NSDAP werden immer schlechter besucht und zuletzt waren „bei manchen Kundgebungen nur mehr 20 bis 40 Personen anwesend."

Publikationen der KPD erscheinen immer seltener, allerdings „am 13.4.35 wurden in der Papierfabrik Kämmerer in einem aus Schweden eingeführten Ballen Zellulose 1 Exemplar der ‚Rote Fahne' im Kleinformat und 1 Exemplar der ‚Weltfront' vom September 1934 vorgefunden und sichergestellt."

a.a.O., Nr.8, März/April 35, S.6

Soziale Zusammensetzung der NSDAP in Osnabrück

Kaufleute = 19, Handwerker = 10, Selbstständige = 5, Angestellte = 7, Ingenieure = 3, Arbeiter = 2, Sonstige = 21.

„Am interessantesten ist in diesem Zusammenhang der Prozeß gegen Marxer (Vors. der NSDAP in Os.), den der ‚Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens' wegen beleidigender Äußerungen in einem antijüdischen Flugblatt angestrengt hatte. In der ersten Verhandlung wird Marxer zu 50 RM und in der Revision zu 200 RM verurteilt. Marxer nutzt in beiden Fällen die Gelegenheit zu propagandistischer Selbstdarstellung. Das war in diesem Fall besonders wirksam, da sogar die Osnabrücker Zeitungen, die die NSDAP sonst weitgehend ignorierten, ausführlich über den Prozeß berichteten. In den Prozessen führte Marxer aus, die NSDAP bestehe zum großen Teil aus Angehörigen des kleinen Mittelstandes und Arbeitern. Sie habe als Ziel, diesen Mittelstand, der sich in zunehmender Bedrängnis befinde, zu schützen und seine Interessen wahrzunehmen ... Er als Vorsitzender der Osnabrücker NSDAP sei von vielen Handwerkern und Mittelständlern gebeten worden, dieses Flugblatt zu verfassen. Er habe also in Wahrung berechtigter Interessen gehandelt."

Gartmann/Reichel: a.a.O., S. 35/36

Besetzung des Gewerkschaftshauses in Osnabrück am 11. 3. 1933. Nachdem die Faschisten in den Gewerkschaften nichts erreichen konnten, griffen sie die Organisationen der Arbeiterklasse offen an.

Literaturverzeichnis

Anlauf, K.: Die Revolution in Niedersachsen, Hannover 1919
Dimitroff, G.: Arbeiterklasse gegen Faschismus, Frankf. a. M. 1976
Dumkow, M. und Funke, R.: Geschichte der Ortsgruppe Osnabrück der KPD 1918-1933, Osnabrück 1975
Engelker, D.: Das Verhältnis des deutschen Katholizismus zur NSDAP von 1930-1933, Osnabrück 1976
Gartmann, F., Reichel, W.: Aufstieg und Machtübernahme der NSDAP in Osnabrück, Osnabrück 1975
Lucas, E.: Märzrevolution 1920, Bd. 1, Frankfurt a.M., 2. Auflage 1974
Reinecke, W.: Unterrichtseinheit über die Rätebewegung in der Novemberrevolution am Beispiel der Rätebewegung im Osnabrücker Raum, Osnabrück 1975
Seegrün, W.: Wilhelm Berning (1877-1955), in: Osnabrücker Mitteilungen Nr. 76
Sperling, E.: Alles um Stahl, Bremen-Horn 1956
100 Jahre SPD in Osnabrück 1875-1975, hrsg. von van Kampen, W. und Westphalen T., Osnabrück 1975
Kommunistischer Bund Westdeutschland, Zentrales Komitee: Solange es Imperialismus gibt, gibt es Krieg, Frankfurt a. M., 1977
Lagebericht der Staatspolizeistelle Osnabrück, Rep. 439 Nr. 5-14
Polizeidirektion in Os.: Wochenberichte über die politische Lage in Os.
Osnabrücker Volkszeitung 1932/33

1945-1980. Die Arbeiterklasse setzt die Produktion wieder in Gang. Sie kann die erneute Ausbeuterherrschaft der Kapitalistenklasse nicht verhindern

Die Stadt Osnabrück war am Ende des zweiten Weltkrieges weitgehend zerstört. Die Produktionsstätten hatten teilweise während der letzten Jahre brachgelegen. Die Arbeiterklasse ging daran, die Produktion wieder aufzunehmen, sie hat durch ihr Geschick und ihre Arbeit einen raschen Wiederaufbau der Stadt wie der Produktion ermöglicht. Die Arbeiterklasse hat aber nicht geherrscht. Die britischen Besatzungstruppen haben, man kann schon sagen, eine Terrorherrschaft ausgeübt. Täglich fanden Prozesse und Aburteilungen gegen die Volksmassen statt. In den „Kriegsverbrecherprozessen" wurden die einfachen Soldaten zum Tode verurteilt, die Offiziere freigesprochen. Die britische Besatzungsmacht hat den Gewerkschaftsaufbau zugelassen, gleichzeitig aber Wohlverhalten der Gewerkschaften gegenüber den Besatzern verlangt. Sie hat die Wiederinbesitznahme der Fabriken durch die Osnabrücker Kapitalisten betrieben und ermöglicht. Der Zeittafel ist zu entnehmen, daß die Osnabrücker Arbeiterklasse große Kämpfe geführt hat. Letztlich konnten diese Kämpfe nur zu vereinzelten Zugeständnissen führen; die Wiedererrichtung der kapitalistischen Ausbeutungsverhältnisse konnte in Westdeutschland und Westberlin insgesamt nicht verhindert werden.

Bis zur Krise 66/67 steht für die Kapitalisten die Ausdehnung und Erweiterung der Produktion im Vordergrund ihrer Planungen. Seit der Krise stagniert die Produktion, die Kapitalisten betreiben umfangreiche Rationalisierungsinvestitionen, um die Ausbeutung zu verschärfen. Besonders bei Klöckner, kabelmetal und in den Textilbetrieben werden Arbeiter entlassen. Das historisch niedrige Lohnniveau ist der Hebel für die Kapitalisten, um die Arbeiter in Nacht-, Schicht- und Akkordarbeit zu pressen.

Die Stadtkommune fördert die Vorhaben der örtlichen Kapitalisten. Über Steuer und Gebührenausplünderung finanziert der Rat die Infrastruktur für die Kapitalisten. Für die Verschuldung verlangt das Finanzkapital hohe Zinsen.

Jetzt, zur 1200-Jahr-Feier der Stadt Osnabrück startet die Bourgeoisie einen Propagandafeldzug für „Fortschritt und Bewahrung", dem Motto der Feier. Bewahrung der kapitalistischen Ausbeuterordnung und Fortschritt beim Höchstprofit, daran will die Bourgeoisie festhalten.

Nach 1945: Die britischen Besatzer unterdrücken die Volksmassen. Die Arbeiterklasse baut die Gewerkschaften auf.

Unter großen Opfern bauen die Lohnabhängigen die zerstörte Stadt wieder auf und halten die Infrastruktur aufrecht

„Der Trümmerhaufen unserer Stadt ist gigantisch zu nennen. Fachleute schätzen ihn auf 860000 cbm. Seit Beginn der systematischen Trümmerbeseitigung im Dezember 1945 sind 180000 cbm Schutt abgefahren. Nebenbei wurden 1800000 Ziegelsteine und 2000 cbm Natursteine geborgen. Desgleichen 700 t Stahlschrott. Rund 450 Brandruinen, von denen die Außenwände erhalten sind, wurden ausgeräumt und 180 total zerstörte Gebäude gänzlich abgetragen."

Nordwestdeutsche Rundschau, 6.5.1947

„Erschreckend schlecht, wie in keinem anderen Osnabrücker Betrieb, ist der Gesundheitszustand der Belegschaft (der Straßenbahnbetriebe, d. Hrsg.). Bei einer kürzlichen Untersuchung erreichten nur 5 Prozent der 245 Mann starken Belegschaft das Normalgewicht. Vom weiblichen Fahrpersonal hatte jede Zweite sogar ein Untergewicht von mehr als 20 Prozent ... waren im Monat Dezember von 162 Fahrern und Schaffnern 45 erkrankt ... 3000 Überstunden leisteten die Fahrer, Schaffner und Handwerker in einem Monat ... Nur die Überstunden der Belegschaft vermochten den ... Betrieb aufrechtzuerhalten."

Nordwestdeutsche Rundschau, 10.2.1948

Die Betriebe werden von den Arbeitern wieder in Gang gesetzt

„Als im Jahre 1945 die Besatzungstruppen in Osnabrück einmarschierten, war vom Hammersenwerk kein Gebäude unbeschädigt, die meisten standen als Ruinen mit klaffenden Wänden, ohne Dächer, mit rostenden oder ausgeglühten Maschinen ... In den wenigen Räumen, denen ein Dach Schutz gab, wurden Maschinenteile zusammengetragen, vom Rost befreit, neu montiert und in Betrieb gesetzt ... Rund 100 Webstühle sind es! ... Dort, wo andere Hallen noch keine Betriebsräume darstellen, aber ersten Schutz vor Witterungsunbilden gewähren, sind Werkangehörige beschäftigt, beschädigte Maschinen, die immer noch riesige Werte verkörpern, von Rost zu befreien und aufzuarbeiten ... die Materialknappheit auf dem Baumarkt steht überall als fast unüberwindliches Hemmnis ... Aber man improvisiert und konstruiert. Man arbeitet."

Osnabrücker Rundschau, 12.3.1946

Die britischen Besatzer gehen gegen jegliche Regung der Massen mit drakonischen Strafen vor

„Während der letzten Woche standen 23 angeklagte Personen vor dem Militärgericht im Rathaus Osnabrück. Davon waren 12 des Diebstahls überführt worden oder des ungesetzlichen Waffenbesitzes und zwei des Schwarzmarktvergehens. Die auferlegten Strafen bewegen sich zwischen 1 und 3 Monaten Gefängnis."

Osnabrücker Rundschau, 12.3.1946

Eine völlige Entwaffnung der Arbeiter und des Volkes war ein Hauptanliegen der Besatzungsmacht. Es hagelte nur so von Verhaftungen wegen 'ungesetzlichen Waffenbesitzes':

„Vom obersten Militärgericht in Osnabrück wurde der 27 Jahre alte Paul Neumann aus Gladbeck wegen unerlaubten Waffenbesitzes zum Tode verurteilt ... Glimpflicher kam der 24jährige Richard Günther aus Osnabrück davon, in dessen Wohnung am 12. März bei einer zufälligerweise aus irgendeinem anderen Grunde vorgenommenen Haussuchung ein Revolver entdeckt wurde. Er konnte dem Gericht ... glaubhaft machen, daß er die Waffe erst wenige Stunden vorher ... fand und die Absicht gehabt hat, sie bei einem späteren Gang in die Stadt auf der Polizeiwache abzuliefern. Weil er das nicht sofort tat, sondern sie erst mit nach Hause nahm, wurde er zu einem Jahr Gefängnis verurteilt."

Osnabrücker Rundschau, 10.5.1946

Für das Leben der Osnabrücker Bevölkerung stellen die Besatzer eine große Belastung dar

In der Sitzung des Rates der Stadt Osnabrück am Dienstag, 6.8.46:
„Die Militärregierung wird nochmals eindringlich auf die außerordentlich schwierige Wohnungslage in Osnabrück und die fast untragbare Belastung durch die für Sonderzwecke der Militärregierung neuerdings geplante und teilweise bereits durchgeführte Beschlagnahme von guterhaltenen, geräumigen Häusern hingewiesen, durch die voraussichtlich mindestens 1000 Personen betroffen werden".

Osnabrücker Rundschau, 9.8.1946

„Noch 1058 Elendsquartiere in der Stadt ... 1952 sind von 61031 Wohnräumen 1468 für die Zwecke der Militärregierung belegt. Auf 3 Osnabrücker entfällt ein Wohnraum".

Osnabrücker Tageblatt, 7.11.1952

Die Arbeiterbewegung baut die Gewerkschaft sofort wieder auf. Sie kämpft für die Einheitsgewerkschaft

„Bereits im Mai 1945 fand eine Verhandlung mit der Militärregierung statt, in der die Unterschriften von rund 2000 Arbeitern vorgelegt wurden, die der geplanten, konfessionell und parteipolitisch nicht gebundenen Gewerkschaftsbewegung beitreten wollten".

Osnabrücker Rundschau, 28.5.1946

„Dem FDGB Osnabrück, der in 12 Fachgruppen gegliedert ist, gehörten am 28.2.1946 8161 Mitglieder an".

Osnabrücker Rundschau, 15.3.1946

„Programm der Osnabrücker Gewerkschafter vom Mai 1945:
... Daher lautet unsere erste Forderung in bezug auf die zu schaffende Gewerkschaftsorganisation: Zusammenfassung aller Arbeiter, Angestellten und Beamten ohne Unterschied der Berufsgruppen und Dienstzweige in einer einheitlichen Kampforganisation, die nötigenfalls die berechtigten Forderungen ihrer Mitglieder durch Arbeitseinstellung erzwingen muß. Die Mitglieder dieser Gewerkschaft wählen sich ihre Leiter selbst. Unsere Ziele sind:
Schaffung gerechter Lohn- und Arbeitsbedingungen und unabdingbare Tarifverträge

Bildung von Betriebsvertretungen und Arbeiterkammern
Wiederherstellung aller Rechte und Gesetze, die nach 1918 von der Arbeiterschaft erkämpft, von den Nazis aber beseitigt wurden ...
Zusammenlegung aller gesetzlichen Krankenkassen zu einer einheitlichen Versicherung, die von den Versicherten nach demokratischen Gesichtspunkten verwaltet und geleitet wird.

...
Enteignung aller Unternehmer und Betriebsinhaber, die den Nationalsozialismus aktiv unterstützt haben zugunsten kriegs- und bombengeschädigter Antinazis und Aberkennung des Rechts, einen Betrieb zu besitzen oder zu leiten.
..."

Hartmann, Franz: Entstehung und Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung in Niedersachsen nach dem Zweiten Weltkrieg, Beiblatt II, S. 62/63

Die britischen Besatzer sichern sich ihr Einmischungsrecht in den Gewerkschaftsaufbau. Während der Gründungsversammlung der Fachschaft Reichsbahn des FDGB Osnabrück ist die britische Militärbehörde vertreten:
„Betont wurde zum Schluß nochmals, daß alle Vorschläge der Zustimmung und Entscheidung der britischen Militärbehörde bedürften".

Nordwest-Nachrichten, 17.8.1945

Die Kritik der Arbeiter richtet sich gegen die Kapitalistenklasse

Obwohl die bürgerliche Presse die revolutionären Bestrebungen der Arbeiterklasse unterdrückt und der Kritik am erneuten Aufbau der Ausbeuterordnung keinen Ausdruck verschafft, finden sich doch versteckte Hinweise.

„In einem Vortrag, den die Industrie- und Handelskammer im Kristallpalast veranstaltete, beklagte Dr. Kellner, daß die Unternehmerschaft allgemein als kapitalistische Ausbeuter bezeichnet werde. In der Öffentlichkeit sei die Achtung vor dem Unternehmerstand auf einem Tiefpunkt angelangt, der nicht mehr zu unterbieten sei".

Nordwestdeutsche Rundschau, 22.5.1948

Der Kampf gegen die Besatzer wird geführt

Kundgebung vom Ausschuß für gesamtdeutsche Beratung auf dem Marktplatz. Es spricht u.a. Ludwig Landwehr, Mitglied der KPD. Mit einer Gegenstimme wird folgende Erklärung verabschiedet:
„Die in der heutigen Kundgebung vereinten Osnabrücker Bürger sind der Meinung, daß die offenen Beiträge zu neuen Kriegsvorbereitungen durch die Aufstellung einer neuen Sondereinheit unausbleiblich zu einem dritten Weltkrieg führen. Wir aber wollen den Frieden ... Wir fordern einen Friedensvertrag und den Abzug der Besatzungstruppen".

Rep 430 Dez 201-204/acc 16B/65, Staatsarchiv Osnabrück

Die revolutionären Bestrebungen der Arbeiter und ihre revolutionären Organisationen werden unterdrückt

„Der Chef der Polizei im Regierungsbezirk Osnabrück hat sämtliche Versammlungen linksradikaler Vereinigungen im Regierungsbezirk Osnabrück verboten ... Darunter fallen: FDJ, Junge Pioniere, Freie Arbeiterjugend, Aktionsgemeinschaft der Jugend für ein einiges Deutschland, Komitee junger Friedenskämpfer, Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion, Kulturbund zur Erneuerung Deutschlands, Komitee der Kämpfer für den Frieden, Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN)."

Osnabrücker Tageblatt, 30.11.1950

Am 24. April 1951 faßte die Adenauerregierung den Beschluß, jede Volksbefragung über die Remilitarisierung zu verbieten. Trotz aller Verfolgung verlief die Volksbefragungsaktion, was die Beteiligung und das Abstimmungsergebnis betrifft, weitgehend erfolgreich. Nach Angaben des Hauptausschusses für Volksbefragung waren bis zum Abschluß der Aktion im März 1952 71712 Volksbefragungsaktionen in Westdeutschland durchgeführt worden, an denen sich 9119667 Männer und Frauen und Jugendliche beteiligten und sich unmißverständlich gegen die Remilitarisierung Westdeutschlands aussprachen. Wie überall wurde in Osnabrück die Volksbefragung unterdrückt, ihr Ausmaß und Ergebnis nicht dokumentiert.

„Am Sonntag wurden mehrere bekannte Funktionäre der Osnabrücker KPD in Eversburg in der Schulstraße bei der Werbung für die in der BRD verbotenen Volksbefragung angetroffen. Sie wurden vorübergehend festgenommen und das Propagandamaterial beschlagnahmt."

Neue Tagespost, 10.7.1951

Selbstdarstellung der britischen Besatzungstruppen 1945: „Schnell haben die Kinder ihren ‚Onkel Soldat' liebgewonnen" ist die Bildunterschrift.

Nordwest-Nachrichten, 24.8.1945

Streckenbau der Straßenbahn durch das Fahrpersonal 1945

Am 21.5.1952 demonstrierten zwischen 20000 und 25000 Arbeiter gegen den reaktionären Entwurf des Betriebsverfassungsgesetzes, das den Vertretungen der Arbeiterklasse die Zusammenarbeit mit den Kapitalisten vorschrieb.

Osnabrücker Tageblatt, 22.5.1952

Kapital und Arbeit – Osnabrück ab 1945

Osnabrück im Vergleich mit Nedersachsen bietet interessantes an. Sind Osnabrück und das Osnabrücker Land ein Musterländchen, in dem jede Kapitalinvestition zwecks Ausbeutung der Arbeiterklasse lohnend ist? Vom Lohnniveau her betrachtet, mag es stimmen. Die Bruttolohnverteilungen sagen über den Lohnstandard aus: Seit 1961 ist der Bruttodurchschnittslohn Stadt Osnabrück im Vergleich zu den kreisfreien Städten Niedersachsens von der 8. Stelle, auf die 10. Stelle 1968, auf die 14. Stelle 1971 von insgesamt 15 kreisfreien Städten und 1974 bei noch 10 kreisfreien Städten auf die letzte Stelle gewandert. Auch im Einzugsgebiet der Arbeitskräfte für die Osnabrücker Industrie, dem Landkreis Osnabrück wandert der Bruttodurchschnittslohn von Stelle 10 1961 auf die 38. Stelle 1974 der 60 Landkreise Niedersachsens stetig nach unten. Ist der niedrige Lohn für die Kapitalisten verheißungsvoll, stimmen damit noch lange nicht die Profite. Für die Abwicklung des Warenverkehrs ist aus Steuergeldern der Binnenhafen angelegt worden. Ebenfalls ist ein Autobahnanschluß vorhanden. Stahlindustrie, Kupferindustrie, Automobilindustrie, Textil- und Papierindustrie sind neben den Handelsbetrieben von Bedeutung. Zahlreiche große Kämpfe der Arbeiterklasse um Lohn und gegen die verschärften Ausbeutungsbedingungen haben stattgefunden.

Schon während des Krieges treffen die Kapitalisten ihre Vorbereitungen

„Mit Ausbruch des Krieges war für die Unternehmer standespolitisch das Schlimmste überstanden. Die Rüstungsindustrie lief auf vollen Touren. Starke Unternehmerpersönlichkeiten waren unentbehrlich. Sie traten, als Ringleiter oder als Verbandsführer anerkannt, offiziell wieder auf den Plan ... Als Stand war ihnen zunächst noch jede Sicherheit genommen. Einen offiziellen Zusammenhang untereinander gab es nicht. Und doch sahen die Osnabrücker Industriellen schon in dieser Zeit einen Silberstreifen und nutzten ihn. Abgeschirmt durch Offiziere des Rüstungskommandos, der Wehrersatzdienststellen und ähnlicher, damals zeitgemäßer Einrichtungen, setzten sie sich ab 1939 regelmäßig zu einem ‚Stammtisch' zusammen ...

So war es nach Kriegsende 1945/46 nicht schwer, die Osnabrücker Unternehmer wieder zu sammeln. Sie selbst hatten rechtzeitig die neue Zeit vorbedacht. Sie waren sich auch von Anfang an einig, wie alles werden sollte, wenn erst einmal die Provisorien der Übergangszeit beendet waren. Schon 1948 konnte der Allgemeine Industriellenverband mit Lothar Knake als Geschäftsführer neugegründet werden. Wiederum sahen sich die Metallindustriellen von zwei Seiten, von Hannover und Nordrhein-Westfalen umworben. Wiederum entschieden sie sich am Ende für keine von beiden, sondern für die Selbständigkeit des Osnabrücker Tarifgebiets. Und sie werden sicher nicht die ersten sein, die freiwillig auf ihre Tarifhoheit verzichten, wenn sich einmal die Struktur von Gesamtmetall ändern sollte. Sie haben für diese Unabhängigkeit seit Jahrzehnten materielle Opfer gebracht."

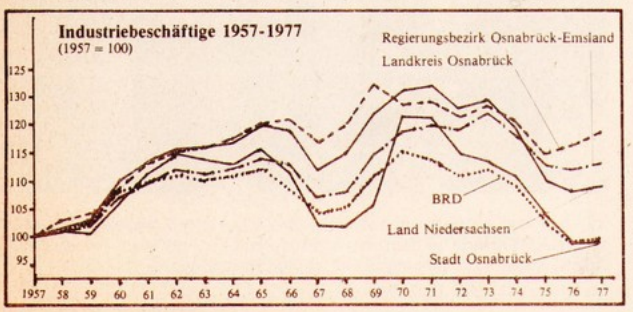
Friess, Osnabrücker Unternehmer, S. 48ff.

„Aufstieg aus den Trümmern" auf den Knochen der Arbeiter

„Als 1945 der Krieg zuende ging, war das Gelände des Osnabrücker Stahlwerks eine wüste Trümmerstätte ... Schon bald nach dem Waffenstillstand machten sich die Arbeiter daran, ihre alte Arbeitsstätte notdürftig wieder herzurichten und gemeinsam mit der Werksleitung nach Erlaubnis der Alliierten die Produktion für Friedenszwecke in Gang zu bringen. In dieser Zeit ist von den Werksangehörigen des Osnabrücker Stahlwerks geradezu unmögliches möglich gemacht worden. Das Werk gehörte zu den am schwersten getroffenen des ehemaligen Klöckner-Konzerns. In offenen Fabrikhallen ohne Fensterglas und Türen und unter freiem Himmel wurde mit der Arbeit begonnen. Die Männer waren allen Unbilden der Witterung preisgegeben. Und das in einer Zeit völlig unzureichender Ernährung und härtester Lebensbedingungen. Trotzdem hielten die alten Stahlwerker durch, um mit dem Aufbau ihres Werkes auch sich selbst wieder die Existenz und ihren Familien das tägliche Brot zu sichern ...

Die Beseitigung der gröbsten Kriegszerstörungen stand an erster Stelle der Aufbauarbeit. Daneben mußte versucht werden, die im Kriege vernachlässigten Reparaturen und Erneuerungen nachzuholen, um in der anlaufenden Produktion Qualitätsarbeit leisten und ein neues wirtschaftliches Fundament für das Werk schaffen zu können."

Osnabrücker Tageblatt, August 1953



Der Hafen: „Traumland der Zukunft für die Osnabrücker Wirtschaft"(Neue Osnabrücker Zeitung)

Sowohl um günstigere Transportbedingungen für die örtlichen Kapitalisten zu schaffen, als ihnen auch zusammenhängende, gut erschlossene „Gewerbeflächen" zur Verfügung zu stellen, wurde seit 1968 der Osnabrücker Hafen ausgebaut. Ca. 100ha um das Hafengelände wurden als „Industriegebiet West" den Kapitalisten zur Verfügung gestellt.

„Das Industriegebiet West wurde der Stadt Osnabrück nicht geschenkt. Bereits 1968 war der Gesamtaufwand für Geländeerwerb, Haseverlegung und Erschließung mit Straßen, Kanalisation, Gleisen und Versorgungsleitungen auf 52 Millionen DM veranschlagt. Die Hälfte davon wird die Stadt aus eigenen Mitteln aufbringen müssen. Vom Land Niedersachsen erhofft Osnabrück einen Zuschuß von 24 Millionen DM. Der Bewilligungsbescheid über die erste Million ging vor wenigen Tagen bei der Stadt ein. Osnabrücks Landtagsabgeordnete und die Verwaltung der Stadt werden sich noch erheblich anstrengen müssen, um die restlichen 23 Millionen einzubringen. Etwa 17 Millionen DM, so Dr. Rogge (Stadtrat), werden bis Ende 1970 für Geländeerwerb, Kanal- und Strassenbauten ausgegeben sein."

Neue Osnabrücker Zeitung, 18. April 1970

Profitentwicklung nicht steil genug

„Die Ausgangsbasis der industriellen Entwicklung der Stadt Osnabrück im Jahre 1957 sieht wie folgt aus:

– mit 181 höchste Industriedichte im Vergleich zu den übrigen Teilräumen der Wirtschaftsregion Osnabrück-Emsland

– mit 31000 DM unterdurchschnittliche Industrieumsätze je Beschäftigten (durchschnittlicher Wert damals für die gesamte Region liegt bei 36500 DM)

– eine relativ hohe Exportquote von 15,3%, das jährliche Exportvolumen von 110 Mio. DM stand damals – in absoluten DM gemessen – an erster Stelle.

Zieht man eine Bilanz der industriellen Entwicklung der Stadt Osnabrück in den letzten 20 Jahren, so muß man sich vergegenwärtigen, daß die wirtschaftliche Entwicklung dieser Stadt nicht allein vom Industriesektor, sondern auch von Dienstleistungen u. a. geprägt wird. Im industriellen Bereich selbst gab es einen Rückgang der Industriedichte von 181 auf 144 (- 37 Punkte). Damit gehört die Stadt Osnabrück zusammen mit der Grafschaft Bentheim zu den beiden Teilgebieten der Wirtschaftsregion Osnabrück-Emsland, in denen die Industriedichte zurückgegangen ist. Sie liegt allerdings – immer noch weit über dem Durchschnitt der Region – unangefochten an der Spitze. Infolge einer relativ schwachen Wachstumsrate der Industrieumsätze in der Stadt Osnabrück um 196% in den vergangenen 20 Jahren ist die Kennziffer „Industrieumsatz je Beschäftigten" nur schwach gewachsen. Mit über 92000 DM in 1977 liegt sie weit unter dem Durchschnittswert für den Wirtschaftsraum Osnabrück-Emsland (138672 DM), des Landes Niedersachsen (128522 DM) oder des Bundesgebietes mit 127108 DM. Der erwähnte Rückgang der Industriedichte darf allerdings nicht so verstanden werden, daß in diesem Ausmaß industrielle Arbeitsplätze entfallen sind. Im Vergleich zu 1957 gab es einen leichten Rückgang von etwas über 200 Arbeitsplätzen. Der Rückgang der Industriedichte ist damit vor allem auf die von 128564 auf 160242 gestiegene Wohnbevölkerung zurückzuführen (durch Eingemeindung der Umlandgemeinden, d. Hrsg.)."

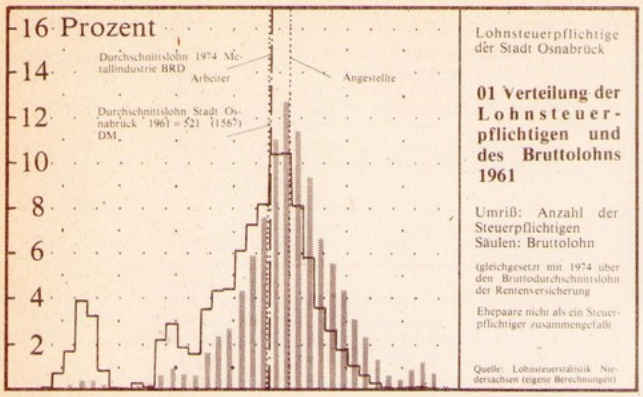
Industrie- und Handelskammer Osnabrück-Emsland, Industrie im Wirtschaftsraum Osnabrück-Emsland, Daten und Kennziffern 1957-1977, Sept. 1978.

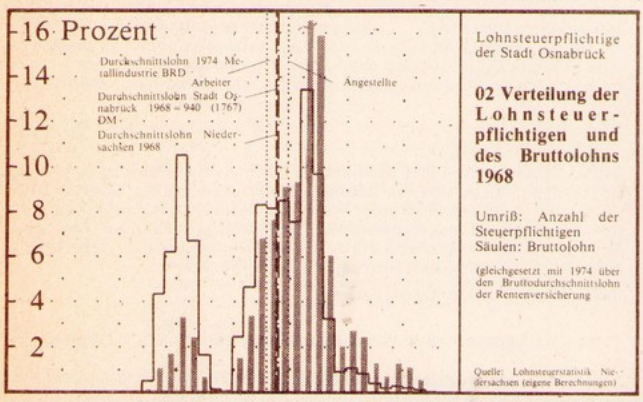
„Den höchsten Bruttodurchschnittslohn je Steuerpflichtigen verzeichnete bei den kreisfreien Städten wiederum mit Abstand Wolfsburg mit 25334 DM, den niedrigsten Osnabrück mit 21312 DM, d. h., daß 1974 der durchschnittliche Bruttolohn in Wolfsburg jährlich um 4022 und monatlich um 335 DM höher lag als in Osnabrück. Läßt man Wolfsburg außer Ansatz und berechnet den Abstand zu der an 2. Stelle liegenden Stadt Salzgitter, so beträgt die Differenz allerdings nur noch 2514 DM im Jahr. Betrachtet man die Entwicklung deE Durchschnittsbruttolöhne von 1971 bis 1974 in den kreisfreien Städten, so zeigt sich für Wolfsburg eine unter dem Durchschnitt für alle kreisfreien Städte (plus 36,3%) liegenden Quote, nämlich 34,3%. Die geringste Zunahme verzeichnete die Stadt Osnabrück mit 34,0%. Den stärksten Sprung nach oben machte Salzgitter, wo der Durchschnittslohn um 45,9% angestiegen ist."

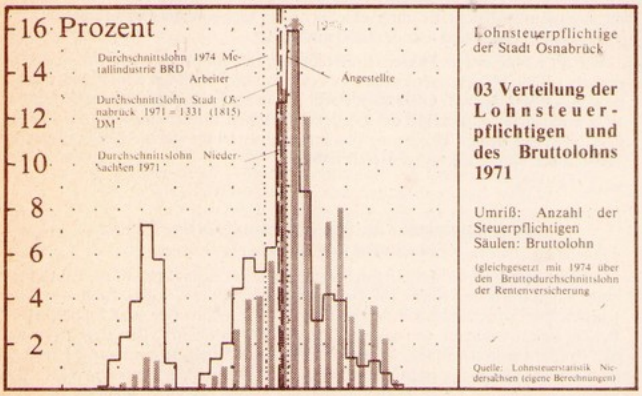
Statistik von Niedersachsen, Bruttolohn und Lohnsteuer 1974, Band 289.

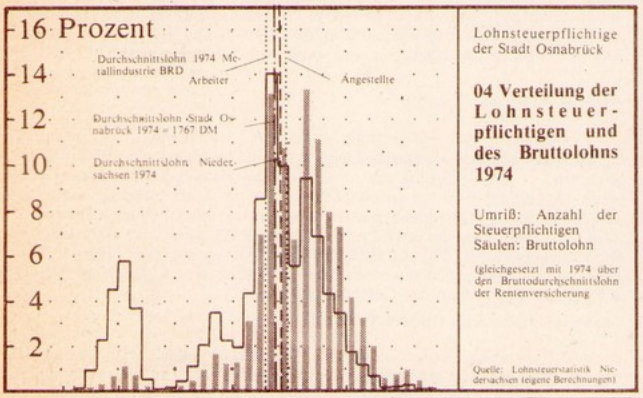
Beschäftigte nach Branchen - Stadt Osnabrück
(Arbeitsstättenzählung vom 27. Mai 1970)

Branche:	Beschäftigte insgesamt
Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei	287
Energiewirtschaft und Wasserversorgung / Bergbau	916
Verarbeitendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	33673
Baugewerbe	7307
Großhandel	9145
Einzelhandel	9508
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	8541
Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	2377
Dienstleistungen, soweit von Unternehmen u. freien Berufen erbracht / u. Handelsvermittlungen	9996
Organisationen ohne Erwerbscharakter / Gebietskörperschaften u. Sozialversicherungen	10805
insgesamt:	92555

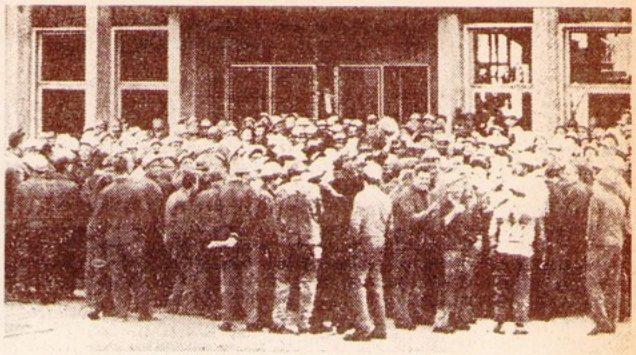








128 256 512 1024 2048 4096 8192 monatl.



Vom 6. bis zum 19. September 1969 streikten die Arbeiter des Stahlwerks Osnabrück und vom 6. bis 8. September in der Georgsmarienhütte für eine Lohnerhöhung von ca. 50 Pfennig die Stunde. Mit dem durch die gesamten Streiks in der Stahlindustrie durchgesetzten vorzeitigen Tarifabschluß wurden 11 % Lohnerhöhung erreicht und bei Klöckner zusätzlich 20 Pfennig innerbetriebliche Zulage.

und Klöckner 1978

Karmann 1973

Im Mai 1973 streikten die ausländischen Kollegen bei Karmann (linkes Bild) für 5 Wochen bezahlten Urlaub. Mit einer Betriebsvereinbarung wollten die Kapitalisten die Kollegen im Fahrzeugbau zwingen, 3 Wochen Betriebsurlaub zu nehmen und den restlichen Tarifurlaub später. Der Streik wurde von den deutschen Kollegen unterstützt. Das rechte Bild zeigt eine Kundgebung der IG-Metall zum Stahlarbeiterstreik am 12.12.1978 in der Halle Gartlage.

Am 12. April 1975 forderten etwa 1000 Teilnehmer einer Demonstration den sofortigen Stop der „Abrißsanierung", nachdem die Stadt durch Zwangsräumung und sofortigen Abriß vollendete Tatsachen schaffen wollte. Ca. 10000 Unterschriften wurden gegen die Stadtsanierung gesammelt. Ziel der Sanierung war es, durch Verbreiterung der Dielinger- und der Lortzingstraße eine sechsspurige Trasse in die Altstadt zu schlagen, um den Warenumschlag der Warenhauskonzerne zu beschleunigen und die nördliche Innenstadt nach den Bedürfnissen des Handels- und Finanzkapitals umzugestalten.

Kommunalverfassung und Gemeindefinanzen der Stadt Osnabrück

Der Rat der Stadt Osnabrück, der sich noch 1946 für die kommunale Selbstverwaltung und gegen die Einmischung übergeordneter Instanzen gewandt hatte, hat sich heute mit der vollständigen gesetzlichen und finanziellen Abhängigkeit von der Landes- und Bundesregierung und dem Finanzkapital abgefunden. Die beiden wesentlichen eigenen Finanzquellen der Stadt sind die Gewerbesteuer und die Gebühren, Strafen und Entgelte. Sichert die Abhängigkeit von der Gewerbesteuer das offene Ohr für die Ansprüche der örtlichen Kapitalisten, wirken die Gebühren, die als einzige Finanzquelle nicht von der Genehmigung durch die Kommunalaufsicht abhängig sind, als Stachel zur Ausplünderung der Volksmassen. Das gesamte Steueraufkommen des Finanzamtes Osnabrück-Stadt ist rund doppelt so hoch wie die gesamten Ausgaben der Stadt. Trotz der enormen Steuerausplünderung soll jede Leistung der Gemeinde auch noch kostendeckend bezahlt werden, wo dies nicht geht, wird möglichst wenig ausgegeben. Steuern auf Kapital (z.B. die Lohnsummensteuer) wurden von der Bundesregierung gestrichen, die Kapitalisten wollen weitere Steuererleichterungen erzwingen.

Im Vermögenshaushalt, aus dem alle Investitionen der Stadt und die Kreditrückzahlung finanziert werden müssen, reichen die eigenen Mittel der Stadt gerade noch zur Rückzahlung der Schulden bei den Banken. Keine Investition ist ohne Zuweisungen von Bund und Land und ohne Bewilligung der notwendigen Kredite durch das Finanzkapital möglich. Gegenüber dem Stadtrat, auf dessen Entscheidungen die Volksmassen noch am ehesten Einfluß nehmen können, kann so die Reduzierung der Investitionen, die die Massen brauchen, auf das Notwendigste durchgesetzt werden.

Die Stadt hat keine Finanzhoheit. Beschränkung der Selbstverwaltungsrechte der Gemeinde.

„... Eine wachsende Zahl von gesetzlichen Regelungen geht hart bis an den Kern dessen, was man bisher als kommunale Selbstverwaltung ansah, heran ... Das neue niedersächsische Krankenhausfinanzierungsgesetz begründet bei dem Sozialminister die Schlußentscheidung darüber, welche Krankenhäuser die Gebietskörperschaften bauen und betreiben ...

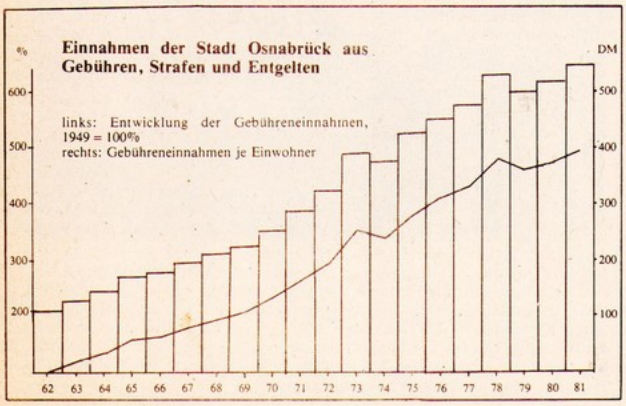
Die bevorstehende Novelle zum niedersächsischen Schulrecht wird, von Großstädten abgesehen, die Schulträgerschaft für Schulen des Sekundarbereichs I weitgehend von den Gemeinden auf Landkreise Übertragen. Schulträgerschaften dieser Art gehören in Deutschland ebenfalls bisher zum unverzichtbaren Aufgabenbereich der Kommunen.

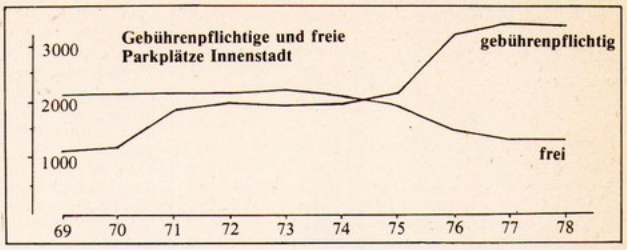
Das niedersächsische Innenministerium hat vorgeschlagen, gemeindliche Stellenpläne künftig generell der Genehmigung der Aufsichtsbehörde zu unterstellen, was zweifellos ein massiver Eingriff in unsere Personalhoheit wäre. Ich erspare Ihnen, zum wiederholten Male darzulegen, wie infolge unzureichender Finanzausstattung durch Bund und Land große Bereiche unserer Selbstverwaltung nicht rechtlich, aber faktisch obsolet werden."

Bericht des Oberstadtdirektors an den Rat v. 8. 5. 1973

§ 1 (1) Die Gemeinden und Landkreise sind berechtigt, nach Maßgabe dieses Gesetzes kommunale Abgaben (Steuern, Gebühren, Beiträge) zu erheben, soweit nicht Bundes- oder Landesrecht etwas anderes bestimmen.
§ 2 (2) Satzungen über die Erhebung von Steuern bedürfen der Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde.

Niedersächsisches Kommunalabgabengesetz





„... Ärger jedoch wird es, wenn die junge Dame ‚zu einer Spritztour ins Auto gepackt werden' soll, oder als ‚Tante von der Heilsarmee' bezeichnet wird. Schlimmer wird es bei der Titulierung ‚HJ-Weib', der Androhung von Ohrfeigen oder dem Satz ‚die gehört zum Schlachter'.

Diejenigen, die sich häufig am Tag solche oder ähnliche Beschimpfungen anhören müssen, sind sechs Politessen, die seit genau einem halben Jahr in der Innenstadt ihren Dienst tun ... Gegen den Vorwurf mancher Osnabrücker, die Politessen seien lediglich dazu da, die Stadtkasse aufzufüllen, stellte Ordnungsamtsleiter Ellbracht die Berechnung von Fachleuten, wonach die Politessen ... mehr kosten, als sie an Verwarnungsgeldern für die Stadt einnehmen würden".

NOZ, 1.11.1977

„§ 5(1) Die Gemeinden und Landkreise erheben als Gegenleistung für die Inanspruchnahme öffentlicher Einrichtungen Benutzungsgebühren, soweit nicht ein privatrechtliches Entgeld gefordert wird. Das Gebührenaufkommen soll die Kosten der jeweiligen Einrichtungen decken, jedoch nicht übersteigen. Die Gemeinden und Landkreise können niedrigere Gebühren erheben oder von Gebühren absehen, soweit daran ein öffentliches Interesse besteht."

Niedersächsisches Kommunalabgabengesetz

Die Kapitalisten wollen weitere Steuersenkungen erzwingen.

„Als äußerst unbefriedigend bezeichnen die Industrie- und Handelskammer und die Handwerkskammer Osnabrück-Emsland in einem gemeinsamen Schreiben an die Kommunalaufsicht die unterschiedliche Entwicklung der Gewerbesteuerhebesätze 1980 in Stadt und Landkreis Osnabrück.

Wie die Kammern ausführen, muß die Kommunalaufsicht nunmehr eingehend prüfen, ob die Hebesatzsenkungen ausreichend und nicht auch in weiteren Kommunen notwendig sind. Grundlage dafür ist ein nach dem Steueränderungsgesetz 1979 ergangener Runderlaß des Niedersächsischen Innenministers vom 21. August 1979, auf dessen Beachtung das Innenministerium wie die Bezirksregierung Weser-Ems wiederholt hingewiesen haben."

NOZ, 11.3.1980

Abhängigkeit von den Zuweisungen des Landes. Einschränkung der Investitionen

„... Wie Meyer-Pries weiter berichtete, sei jedoch zusätzlich nur die Einrichtung einer hauptamtlichen Klinik für Dermatologie gebilligt worden. Nicht anerkannt wurden die Forderung nach Angeboten für Neurochirurgie und Radiologie ... Bei der Bettenkapazität wurde eine Zahl von 583 anerkannt. Dies liege zwar unter den Forderungen der Stadt, sei jedoch in bezug auf den Bettenüberhang im Land und in dieser Region eingeplant worden ... Als Haus der zentralen Versorgung werde der Neubau rund 30 Betten weniger haben als jetzt, obgleich das Haus schon heute ‚bis an den Rand' gefüllt sei ... Haas nannte das neue Haus ein ‚Minikrankenhaus', das den Bedürfnissen der Bevölkerung nicht gerecht werde ... Die SPD stimmte trotzdem zu, ‚weil sonst noch Schlimmeres auf uns zukommt' ."

NOZ, 31.3.1979 und 25.4.1979

„Der Höhe des Vermögenshaushalts und seines Verhältnisses zum Volumen des Gesamthaushalts wird allgemein in der Diskussion eine besondere Bedeutung beigemessen ... Ein Rückgang des ... Anteils des Vermögenshaushalts von 1974 (noch 32,6 %) auf 1979 nur (noch 24 %) könnte als Ausdruck einer längerfristig wirkenden Sättigungstendenz hinsichtlich des Investitionsbedarfs interpretiert werden ... Die Härte der jeweiligen Haushaltsberatungen ... im Rat und seinen Ausschüssen beweist, daß von Erreichen eines Sättigungsgrades innerhalb dieses Zeitraums nicht gesprochen werden kann. Hier ist es ausschließlich die finanzielle Enge, die den Ablauf des Geschehens diktiert."

Finanzplanung der Stadt Osnabrück, 1978-82, S. 13

Weniger Einwohner, weniger disponible Finanzmasse bedeutet Abschied nehmen von aufwendigen und großzügigen Ausbaukonzeptionen in unserer Siedlungs- und Infrastruktur, heißt konkret keine neuen Bürgerhäuser, Schwimmbäder, weniger Schulgebäude, Straßen, heißt Streckung laufender Projekte.

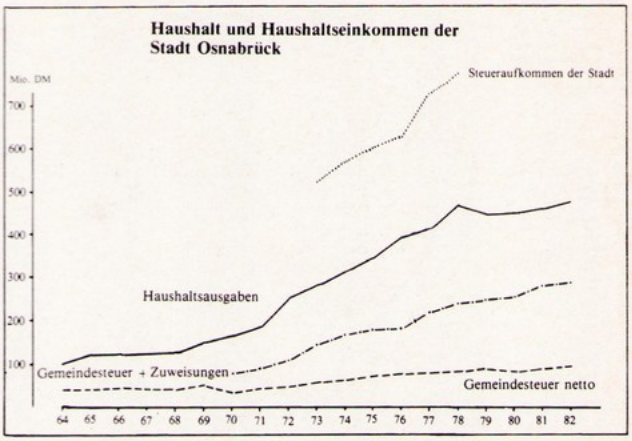
Bericht des Oberstadtdirektors v. 24.6.75

Zeittafel

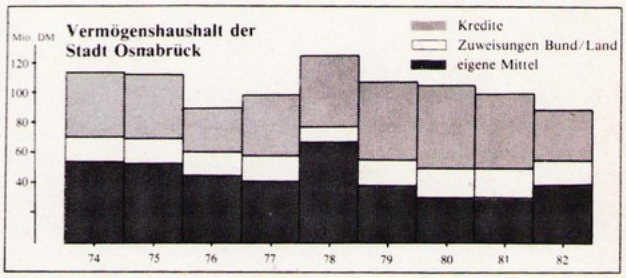
1945 10. August	Erste große Gewerkschaftsversammlung mit 1500 Teilnehmern des FDGB Osnabrück, Fachgruppe Eisenbahner
13. August	Zweite große Gewerkschaftsversammlung des FDGB Osnabrück, Fachgruppe Eisen und Metall
17. Oktober	Genehmigung des FDGB Osnabrück durch die britische Militärbehörde
27. November	Auf Befehl der Milittärregierung wird die Industrie- und Handelskammer neugebildet. Vorläufiger Präsident ist Gerhard Schoeller.
24. Dezember	Erster Kriegsverbrecherprozeß in Osnabrück. Vier Soldaten werden zum Tode verurteilt wegen Erschießung eines britischen Leutnants und Feldwebels. Kreisleiter und Ortsgruppenleiter, die den Befehl erteilt hatten, stehen nicht vor Gericht.
1946 8. Januar	Die KPD, Stadtbezirk Osnabrück, wird durch die brit. Militärbehörde mit Auflagen genehmigt.
1947 9. Dezember	Der Rat der Stadt Osnabrück lehnt die Brotrationskürzung von 2000 g ab.
1948 11. und 12. Mai	Im gesamten Regierungsbezirk Osnabrück beteiligen sich rund 18000 Arbeiter am Streik gegen die Kürzung der Brotration in Niedersachsen.
10. August	15-20000 versammeln sich auf dem Domhof zu einer Kundgebung gegen die Folgen der Währungsreform.
12. November	Auf Aufruf der Gewerkschaft geschlossener Streik gegen den niedrigen Lohnstandard.
1950 9. November	Mitglieder des Osnbr. Kreislehrer- und -lehrerinnenvereins verabschieden einstimmige Erklärung gegen Gehaltskürzung im öffentlichen Dienst um 3 %.
3o. November	Sämtliche Versammlungen linksradikaler Vereinigungen im Regierungsbezirk Osnabrück werden verboten, u. a. die FDJ, insgesamt 8 Organisationen.
1952 21. Mai	Mehr als 20000 Arbeiter der Stadt und des Landkreises beteiligen sich an der seit Kriegsende größten Demonstration gegen das vorliegende Betriebsverfassungsgesetz. Für die Dauer der Demonstration und Kundgebung wird in keinem Betrieb gearbeitet.
1953 1. Mai	15000 beteiligen sich an der 1. Mai-Demonstration in Osnabrück.
1955 24. Januar	9000 Arbeiter im Stahl- und Hüttenwerk streiken 24 Stunden gegen Reusch, der die Montanmitbestimmung angegriffen hatte.
1966 13. Dezember	Der Rat beschließt den Neubau der städtischen Kliniken
1967	Beginn des Hafenausbaus und Erschließung des Industriegebiets West
1969 6. bis 13. September	Streik der Arbeiter des Stahlwerks Osnabrück für eine Lohnerhöhung von ca. 50 Pfennig nach 2 Jahren Lohnstop.
1970 1. Januar	Die Gemeindefinanzreform tritt in Kraft. Die Gemeinden erhalten 14 % der Lohnsteuer des Landes, müssen dafür aber 40 % der Gewerbesteuer an das Land zahlen.
12. Mai	Der Rat beschließt die Sanierung der nördlichen Innenstadt
1. Januar	Die Stadt erhebt erstmals die Lohnsummensteuer
1973 Mai	Streik der ausländischen Arbeiter bei Karmann gegen eine Betriebsvereinbarung, die sie zwingen sollte, ihren Urlaub je nach Auftragslage der Kapitalisten zu teilen.
1975 12. April	Ca. 1000 Menschen demonstrieren gegen die Abrißsanierung des Stadtrats
1978 Dezember-**1979** Januar	Aussperrung der Stahlarbeiter bei Klöckner-Osnabrück im Stahlarbeiterstreik.
1980 1. Januar	Die Stadt darf auf Beschluß des Bundestags keine Lohnsummensteuer mehr erheben.

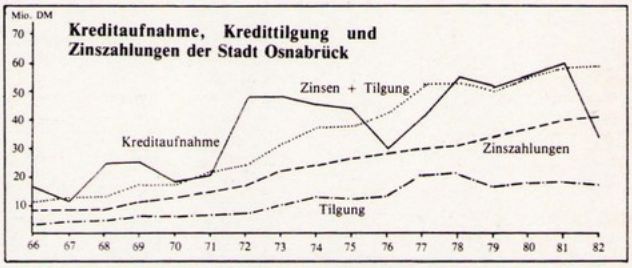
Literaturverzeichnis

Osnabrücker Rundschau, Jhrg. 1946
Nordwest-Nachrichten, Jhrg. 1945
Nordwestdeutsche Rundschau, Jhrg. 1947/48
Osnabrücker Tageblatt, Jhrg. 1950, 1951, 1952
Neue Tagespost, Jhrg. 1951
Hartmann, Franz: Entstehung und Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung in Niedersachsen nach dem Zweiten Weltkrieg, Göttingen
Osnabrücker Tageblatt 1953
Neue Osnabrücker Zeitung 1970
Friess, R.: Die Osnabrücker Unternehmer, o.J.
Statistik von Niedersachsen: Das lohnsteuerpflichtige Einkommen 1961, 1968, 1971, 1974
Industrie im Wirtschaftsraum Osnabrück-Emsland 1957-77, hrsg. von der Industrie- und Handelskammer Osnabrück-Emsland
Haushaltpläne der Stadt Osnabrück 1962-1980
Finanzplanung der Stadt Osnabrück 1974-1978 und 1978-1982
Verwaltungsberichte der Stadt Osnabrück 1961-1976
Jahrbücher der Stadt Osnabrück 1964-1978
Niedersächsisches Kommunalabgabengesetz
Statistisches Landesamt: Staatliche und kommunale Finanzen 1962-1976
Statistisches Landesamt: Schulden des Landes, der Gemeinden, Samtgemeinden und Landkreise 1962-1976
Statistisches Landesamt: Gemeindeergebnisse der Finanzstatistik



Unter dem Steueraufkommen der Stadt sind die Einkommenssteuer, die Lohnsteuer, Umsatzsteuer, KFZ-Steuer und die Körperschaftssteuer erfaßt. Diese Angaben finden sich erstmals im Stat. Jahrbuch der Stadt Osnabrück. Die Angaben für frühere Jahre verweigerte das Finanzamt unter Hinweis auf das Steuergeheimnis.





Mit einer Demonstration von mehr als hundert Schülern und einer Resolution der Elternversammlung protestierten Eltern, Lehrer und Schüler im Dezember 1976 gegen den Beschluß des Rates, den Bau neuer Räume für die Gesamtschule im Arbeiterviertel Schinkel zu verweigern. Nachdem der Rat vor den Kommunalwahlen den Bau von 10 Schulräumen zugesagt hatte „fast unfrei unter dem Druck der Wähler", zog er diese Zusage einige Monate nach der Wahl mit dem Argument der „Sparsamkeit" wieder zurück.